Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

6. Oktober 1980
Jg. 8 Nr. 41

Ausgabe für die Bezirke Hannover, Südostniedersachsen, Ostwestfalen. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Gewerkschaftstage: Einige politische Fortschritte

Ausgangspunkte für den Kampf gegen die Kapitalisten und die kommende Regierung

bep. In den letzten Wochen haben die Gewerkschaftstage der IG Chemie, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und der IG Metall stattgefunden. Durch die Organisierung in Einheitsgewerkschaften hat sich die Arbeiterklasse in der BRD eine vergleichsweise starke Stellung geschaffen und in der Vergangenheit zweifellos bestimmte Erfolge, zum Beispiel in der Verteidigung des Reallohns, erzielen können. Auch politische Selbständigkeit entwickelt die Arbeiterbewegung gegenwärtig vor allem im Rahmen der Gewerkschaften. Auf den Gewerkschaftstagen ist die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft oft berufen worden. Zu Recht gegenüber d.n Spaltungsdrohungen der christlichen Reaktion. Sehr oft aber nur als Vorwand, um eine Einheit auf sozialdemokratischen Grundlagen zu schaffen. Nach wie vor besteht die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften. Aber in den letzten Jahren hat die Arbeiterbewegung einige wichtige Fortschritte im Zusammenschluß gegen Ausbeutung und politische Reaktion gemacht. Darüber ist sie unvermeidlich auch in Widerspruch
schluß gegen Ausbeutung und politische Reaktion gemacht. Darüber ist sie unvermeidlich auch in Widerspruch
zur Politik der Sozialdemokratie geraten.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie spitzte sich die Auseinandersetzung um eine Politik der Klassenversöhnung, wie sie vom Hauptvorstand verteidigt wurde, mehr auf Satzungs- und Personalfragen zu als auf inhaltliche Festlegungen der Gewerkschaftspolitik. Dem Vorstand unter Führung von Hauenschild gelang es deshalb, gerade unter Berufung auf die notwendige Einheit und Kampfstärke der Gewerkschaft in diesen Fragen seine Position zu behaupten. Der Gewerkschaftstag mußte sich nach Ablauf der vorgesehenen Zeit vertagen, als noch nicht die Hälfte der Anträge verhandelt war; er wird im November fortgesetzt. Auf dem Gewerkschaftstag der HBV erblickte ein Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die „Machtübernahme der Kommunisten“. Alarmiert war er nicht nur durch die Duldung von DKP-Mitgliedern in Organen der Gewerkschaft, sondern vor allem durch die Bekräftigung eines entschiedeneren Kurses der Gewerkschaft gegenüber den Kapitalisten, der in den vergangenen Jahren auch schon zu bestimmten Erfolgen in einigen Lohnkämpfen und zu einem raschen Anwachsen der Mitgliedschaft geführt hat. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall rief Loderer zum Kampf auf gegen die Angriffe der Unternehmer und die Politik der CDU/CSU und des FDP-Wirtschaftsministers. In verschiedenen Beschlüssen des Gewerkschaftstags, die zum Teil über die Vorstandsempfehlungen hinausgehen, wird er beim Wort genommen. Wie auch auf den anderen Gewerkschaftstagen ist die Forderung nach Verteidigung des Reallohns verbunden worden mit der Forderung nach Veränderung der Lohnstruktur zugunsten der unteren Lohngruppen. Alle bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD haben den harten Widerstand der Kapitalisten gegen diese angebliche Ni-
SPD haben den harten Widerstand der Kapitalisten gegen diese angebliche Ni-
vellierung der Löhne unterstützt. Die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen war ein Programmpunkt der letzten Regierung. In Anträgen der Frauenausschüsse von IG Chemie und IG Metall wird die weitere Ausdehnung der Teilzeitarbeit abgelehnt. Sie fördere die Rationalisierung und steigere die Arbeitsintensität. In vielen Anträgen, besonders zahlreich zum kommenden Gewerkschaftstag der IG Druck, ist die Forderung nach Einführung der 35-Stundenwoche bekräftigt worden. Die SPD hat die Forderung in Worten übernommen, um die Einführung der 35-Stundenwoche auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben. SPD und sozialdemokratische Bundesregierung haben sich unter dem Deckmantel der Entspannungspolitik windelweich gegenüber der sowjetischen Aggression in Afghanistan verhalten und gleichzeitig einmütig mit allen bürgerlichen Parteien den NATO-Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen
tionierung von Mittelstreckenraketen
in Mitteleuropa unterstützt. Die Delegierten von IG Chemie und IG Metall sind eindeutig für den Abzug der sowjetischen Truppen eingetreten, und die Delegierten der IGM haben mit überwältigender Mehrheit Front gemacht gegen die Stationierung der amerikanischen Raketen.

Alle Parteien haben einen „Kassensturz“ der neuen Regierung nach der Wahl angekündigt. Herauskommen werden Angriffe auf das Versicherungswesen, auf das Ausbildungssystem, steigende Steuerlast und höhere Gebühren. Die internationalen Widersprüche werden sich weiter zuspitzen, und die Außenpolitik der neuen Bundesregierung wird weiter zu ihrer Verschärfung beitragen. Ansätze einer Einheitsfront gegen diese Politik und die Maßnahmen der Kapitalisten haben sich auch auf den Gewerkschaftstagen gezeigt.



Erneut steht die Namibiafrage auf der Tagesordnung der UN-Generalversammlung. Die südafrikanische Regierung hat wieder um einen „Aufschub“ des für Ende September vorgesehenen Besuches der UN-Untersuchungskommission gebeten. Gemäß der UN-Resolution 435 (1978) wurde der Unabhängigkeitstermin für Namibia auf den 1.1.79 festgesetzt. Die SWAPO hat auf der letzten Sitzung des Zentralen Komitees Ende September beschlossen, den bewaffneten Kampf zu verstärken. Unser Bild zeigt den Empfang des UN-Untersuchungsausschusses 1978 in der Stadt Onipa.

Italiens Regierungskoalition an drohendem Generalstreik zerbrochen

fük. Italiens zurückgetretene Regierung Cossiga, eine Koalitionsregierung aus Christdemokraten, Sozialisten und Republikanern, war die 43. Regierung des Landes seit dem Sturz des Faschismus vor 37 Jahren. Nach einer Abstimmungsniederlage über ein wirtschaftliches Stabilitätsprogramm (297:298) im Parlament trat die Regierung zurück. 29 Mitglieder der eigenen Koalition hatten in einer geheimen Abstimmung gegen die Regierung gestimmt, nachdem sie noch eine halbe Stunde vorher in offener Abstimmung für das Programm gestimmt hatten. Italien steht wie andere imperialistische Staaten Westeuropas am Rande einer größeren Wirtschaftskrise, was die Klassengegensätze erheblich verschärft.

Die Regierung Cossiga war vor 6 Monaten angetreten. Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage hieß es wie schon bei anderen Regierungen zuvor. Ausdehnung der Steuerplünderung, Beseitigung von materiellen Sicherungen und Rechten der Arbeiterklasse, um die Kapitalisten zu mästen, waren ihre ersten Amtshandlungen. In den letzten Jahren ist in verschiedenen Bereichen der Industrie Italiens die Produktion erheblich ausgedehnt worden. Verschiedene Kreditförderungsmaßnahmen durch die Regierungen folgten, was insgesamt wiederum zum Anwachsen der Inflation im Land geführt hat, heute 23%. Die hohe Inflationsrate hat die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Imperialisten auf dem Weltmarkt geschwächt. Eine Maßnahme der Regierung Cossiga nach ihrer Regierungsübernahme war ein Gesetz zur „Förderung der Umstellung und Umstrukturierung von Industrieunternehmen“, was bedeutete, daß für die Firmen bei den Banken 4000 Mrd. Lire (8,47 Mrd. DM) Kreditgelder bereitstanden. „Wir müssen die Produktivität erhöhen und die Beschäftigung senken“, forderten die Fiatkapitalisten gleichzeitig, einer der größten Konzerne des Landes. Massenentlassungen von 24000 Arbeitern und Angestellten bis 1981 sollen durchgeführt werden, 15000 praktisch sofort. Die Arbeiterbewegung Italiens antwortete seit Monaten mit Kampfaktionen gegen Kapitalisten und Regierung. Demonstrationen, Kundgebungen, Straßen- und Werksblockaden, Besetzungen von Eisenbahngleisen sowie staatlichen Gebäuden und Streiks sind die Kampfformen; gegen Steuerausplünderung, gegen die Dekrete der Regierung, gegen Massenentlassungen die Forderungen. Aus Solidarität mit den streikenden Fiatarbeitern planten die Gewerkschaften (CGIL, CISL, UIL), in denen jeder 2. italienische Lohnabhängige organisiert ist, zusammen 7,2 Mio., einen landesweiten Generalstreik am 2. Oktober.

Die Entwicklung der ökonomischen und politischen Lage in Italien ist auch Gegenstand des heftigen Streits der parlamentarischen Vertreter der herrschenden Klasse in Italien und hat zum Rücktritt der Regierung Cossiga geführt. Kernpunkt ist im Grunde seit Jahren schon die Frage, Beteiligung der KPI an der Regierung oder nicht, was ist besser, um die Arbeiterbewegung in den Griff zu bekommen? Eine Regierungsbeteiligung betreibt die KPI seit Jahren – historischer Kompromiß in Italien –, der ein Knebel für die Herausbildung der Arbeiterbewegung zur selbständigen Kraft darstellen würde. Der letzte Parteitag der DC ging im wesentlichen um die Frage der KPI-Beteiligung, DC-Abgeordnete gaben auch den Ausschlag bei der Abstimmungsniederlage Cossigas. In der DC gibt es eine Fraktion, die zumindestens eine flexiblere Taktik gegenüber der KPI einschlagen will. Die KPI hat gegenüber der Regierung Cossiga den Kurs eingeschlagen, sie unbedingt zu Fall zu bringen, um eine Beteiligung an der Regierung zu erzwingen. Gleichzeitig ist sie immer mehr gezwungen, die Arbeiterbewegung zu unterstützen, insbesondere über eine der Gewerkschaften, die sie beherrscht. Noch ist Cossiga im Amt. Gleich am letzten Sonntag sind noch „Notstandsmaßnahmen“ getroffen worden. Der Diskontsatz wurde von 15 auf 16,5% heraufgesetzt, was praktisch die Kreditaufnahme für die Kapitalisten erschwert und in der Wirkung Vernichtung von überschüssigem kleinem Kapital bedeuten wird. Ganz im Interesse der Monopolbourgeoisie, Kapital zu konzentrieren und zu zentralisieren und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Fiat schob die Entlassungen nach dem Regierungsrücktritt auf, die Gewerkschaften führten erstmal den Generalstreik nicht durch. Entschieden ist damit noch nichts. Staatspräsident Pertini hat A. Forlani (DC) beauftragt, eine neue Regierung zu bilden. Der will praktisch den Kurs fortsetzen, aber noch die Sozialdemokraten und Liberalen einbeziehen in die Koalition.

Krieg zwischen Irak und Iran: Israel lachender Dritter

Zia erinnert an die eigentlichen Feinde / Vermittlungen bisher erfolglos

ges. Die Versuche, zwischen Irak und Iran zu vermitteln und Verhandlungen über die bestehenden Streitfragen einzuleiten, brachten bisher keinen Erfolg. Zwar verkündete der Irak, ab Sonntag einen einseitigen Waffenstillstand zu befolgen und nur noch zurückzuschlagen, wenn irakische Truppen angegriffen würden. Doch ging der Irak davon aus, bis Sonntag die Ziele seines Vormarsches im Iran erreicht zu haben, so daß ihm diese Ankündigung leicht gefallen sein muß. Der Iran seinerseits hat die Aufforderung des UNO-Sicherheitsrates abgelehnt, einen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen einzugehen und in Verhandlungen einzutreten. Als Vorbedingung für Verhandlungen nannte Bani Sadr den Rückzug des Irak von iranischem Boden und die Anerkennung der iranischen Souveränitätsrechte. Die Souveränität des Iran über die Hälfte des Schatt al-Arab und über früher irakisches Territorium is aber gerade umstritten. Der Botschafter des Iran in der Sowjetunion, Mokri, nannte in einer Pressekonferenz den Sturz der Regierung Saddam Hussein als Vorbedingung von Verhandlungen. Inzwischen wurde der Botschafter heimgerufen und seine Äußerungen sind durch die iranische Regierung als private Meinung heruntergespielt worden. Jedoch hat Khomeiny, wie schon wiederholt vor Ausbruch der offenen Kriegshandlungen, auch in den letzten Wochen das irakische Volk im Namen des Islam aufgerufen, das gottlose Baath-Regime zu stürzen. Der Irak seinerseits ruft die Araber im Iran zum Aufstand gegen die persische Unterdrückung. Die territorialen Streitfragen zwischen den beiden Ländern werden verschärft durch die Versuche, unter Berufung auf den Islam oder den arabischen Nationalismus, sich gegenseitig in die inneren Angelegenheiten einzumischen. Unter der Bedingung gemeinsamer Bedrohung durch die beiden Supermächte stellen sich Panislamismus und Panarabismus als kostspielige und reaktionäre Ideologien heraus, wenn mit ihrer Hilfe vorhandene Widersprüche zwischen Ländern der Dritten Welt angeheizt werden und die gemeinsame Front gegen Imperialismus und Hegemonismus geschwächt wird.

Der pakistanische Staatspräsident Zia hat im Rahmen seiner Vermittlungsbemühungen daran erinnert, wo die eigentlichen Feinde der islamischen Länder wie der Dritten Welt überhaupt stehen. Er erinnerte an die Aufgabe, den Kampf des Volkes von Afghanistan zu unterstützen, statt sich gegenseitig zu bekriegen, und wies darauf hin, daß der Frieden im Nahen Osten vor allem durch Israel gefährdet würde. „Laßt nicht den Eindruck entstehen, als könnte die Zeit die Wunden heilen, die den Palästinensern geschlagen wurden. Es ist dringlich, zur Aktion überzugehen und bald wird es zu spät sein.“ Einstweilen scheinen die israelischen Expansionisten, genau wie die beiden Supermächte, die Gelegenheit zu nutzen.

In der letzten Woche wurde das irakische Kernforschungszentrum von Phantomjägern angegriffen. Der iranische Generalstab teilte mit, er habe dazu keinen Befehl erteilt. Dagegen war in Israel bereits öffentlich verkündet worden, daß es sicherlich bald zu einem solchen Angriff käme. Das israelische Oberkommando hat inzwischen dementiert, israelische Flugzeuge hätten den Angriff ausgeführt. Gleichzeitig teilte die israelische Presse mit, aus Teheran sei zu hören, daß weitere Angriffe auf das Kernforschungszentrum folgen würden. Bekanntlich ist die israelische Luftwaffe wie die Luftwaffe des Iran mit amerikanischen Phantom ausgestattet.

Obwohl Iran versichert, die Straße von Hormuz für den internationalen Schiffahrtsverkehr offenzuhalten, verstärken die USA ihre Flotte am Golfeingang und ziehen ein internationales Geschwader zusammen. In der westdeutschen Presse beginnt inzwischen die Debatte, ob die Verfassung tatsächlich eine Beteiligung an Militärinterventionen außerhalb des NATO-Bereiches verbiete. Der Friede müßte weltweit gesichert werden, meint die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Friedenssicherung aber sei der Verfassungsauftrag.

Alle Macht geht vom Volk aus! Aber wo geht sie hin?

ges. In den Bundestagswahlen versuchen die bürgerlichen Parteien, ihr Mandat zu erneuern, um nach Ende des Kampfes um die Stimmen in der Ausplünderung und der Unterdrückung der Volksmassen weiter zu konkurrieren. Aber bekommen sie dies Mandat auch? Niemand hat mit seinem Stimmzettel zugleich seine Interessen in die Urne geworfen, und die wirklichen Auseinandersetzungen werden auf der Basis von Interessen entschieden und nicht auf der Basis von Stimmzetteln, die, einmal ausgezählt, über die Vertretung dieser Interessen entscheiden sollen. Parlamentarische Wahlkämpfe haben etwas künstliches.

Die Parteien machen unter Vorbehalten ihre Versprechungen, die Massen geben ihre Stimmen ab, ebenfalls unter Vorbehalt. Auf den Kampf für ihre Interessen verzichten sie deshalb jedenfalls nicht. Es gibt reaktionäre Kritik an den Wahlen der parlamentarischen Demokratie. Sie stören bloß das politische Geschäft und zwängen die Politiker zu verbalen Zugeständnissen an die Massen, was bloß die Kontinuität der sachkundigen Machtausübung stören müsse. Diese reaktionäre Kritik wird insgeheim von allen bürgerlichen Politikern geteilt, wie erst recht von ihren Drahtziehern in den Bank- und Konzernzentralen. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht mußte der Bourgeoisie überhaupt erst aufgezwungen werden. Erst 1918 fiel das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht. Schon 15 Jahre später schaffte Hitler die parlamentarische Demokratie wieder ab. Es gibt aber auch revolutionäre Kritik an der parlamentarischen Demokratie. Solange es Kapitalisten gibt, die die Produktionsmittel besitzen und Proletarier, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, wird selbst das freiest gewählte Parlament von den besitzenden Klassen beherrscht. Im Kampf für ihre Interessen können die Arbeiter und Volksmassen zu keinem Zeitpunkt auf ihre eigene souveräne Entscheidung verzichten. Nicht auf die Rechte des Parlaments, auf die Rechte der Volksmassen kommt es an. In der bürgerlichen Demokratie ist es umgekehrt.

Tandlers Parteiverbot ohne Verbotsantrag

wig. Der bayerische Innenminister Tandler hat ein neues Verfahren für das Verbot von revolutionären Parteien gefordert. In einem Referat auf der gesamtpolizeilichen Arbeitstagung am
en gefordert. In einem Referat auf der
gesamtpolizeilichen Arbeitstagung am
24. September in München schlug Tandler eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes vor. Dort ist bisher festgehalten, daß das Bundesverfassungsgericht auf Antrag des Bundestages, des Bundesrates oder der Bundesregierung über die Verfassungswidrigkeit und das Verbot einer Partei entscheidet. Mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei muß das Bundesverfassungsgericht die Auflösung der Partei und das Verbot, eine Ersatzorganisation zu bilden, verbinden.

Tandlers Vorstoß zielt darauf ab, die Feststellung der Verfassungswidrigkeit und das Verbot voneinander zu trennen und damit mehr Spielraum gegen revolutionäre Organisationen der Arbeiterklasse zu erreichen. Nach Tandlers Vorschlag soll das Bundesverfassungsgericht lediglich darüber zu befinden haben, ob eine Partei „verfassungskonform" ist oder nicht. Ein Verbot der Partei müsse der Administration vorbehalten bleiben.

Auf Antrag des Bundestages, des Bundesrates oder der Bundesregierung könnte so jederzeit beim Bundesverfassungsgericht beantragt werden, die Verfassungswidrigkeit einer Partei festzustellen ohne damit gleichzeitig ein Verbot der Partei auszusprechen. Ein solches Verbot könnte danach jederzeit vom Innenministerium ausgesprochen werden, je nach dem, wann der Zeitpunkt geeignet scheint.

Schon bei dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes soll eine Partei, der Verfassungswidrigkeit vorgeworfen
fassungsgerichtes soll eine Partei, der
Verfassungswidrigkeit vorgeworfen
wird, all ihrer Rechte verlustig gehen. Tandler nannte dazu als Beispiel kostenlose Rundfunk- und Fernsehsendungen zu den Wahlen. Tandlers Vorstoß bezweckt also eine maximale Behinderung der revolutionären Propaganda von Organisationen der Arbeiterklasse und maximale Möglichkeiten, mit Verbotsdrohungen und dem jederzeit zu vollziehenden Verbot Druck auf Organisationen der Arbeiterklasse auszuüben, ohne einen Verbotsantrag stellen zu müssen.

Einerseits soll mit einem solchen Verfahren verhindert werden, daß eine revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse sich auf die illegale Arbeit nach einem Verbot einstellen kann, andererseits soll der Kampf gegen das Verbot revolutionärer Organisationen optimal zersplittert werden, weil ja kein *Verbots*antrag mehr gestellt zu werden braucht. Daß es Tandler um die praktikablere Handhabung des Verbots revolutionärer Organisationen geht, hat er in einem Interview nach dem Münchner Bombenanschlag klargelegt: „Wenn man den gleichen Maßstab an alle extremistischen Gruppen anlegt, wie im Januar dieses Jahres für das Verbot der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann', dann hätten auf der linken Seite schon eine ganze Reihe von Organisationen verboten werden müssen."

BRD-Monopole im Rüstungsgeschäft mit UdSSR

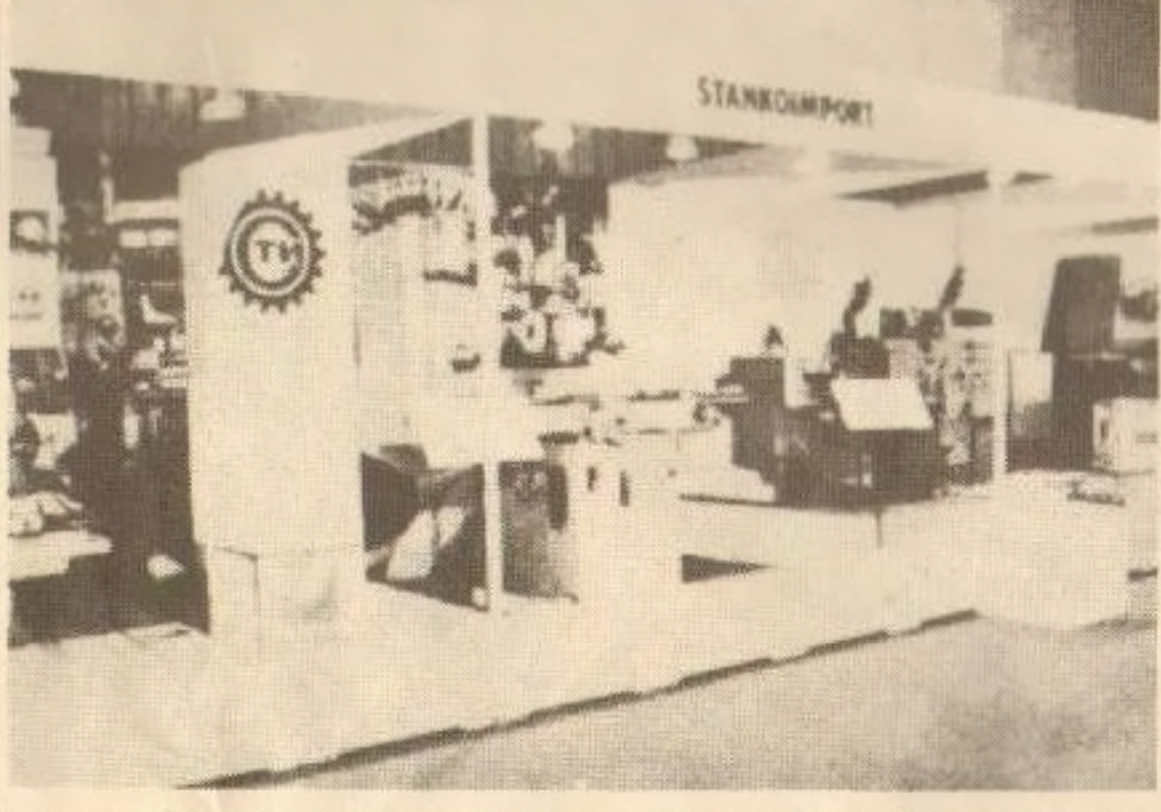
Enthüllungen über Maschinenlieferungen von Gildemeister / Lambsdorff findet's „normal"

z.wos. Am 22.9. hat die „Welt" einen Bearbeitungsbogen des Werkzeugmaschinenherstellers Gildemeister AG abgedruckt. Unter Datum vom 23.1.80 findet man dort u.a. Eintragungen wie „Kundenname: Stankoimport Moskau", „Werkstück: Zünderteile; Teilbenennung: Zünder" oder „Waffenteile: Verschluß". Wörner (CDU), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, hat daraufhin den Vorwurf erhoben, mit diesen Universal-Werkzeugmaschinen könnten in der UdSSR Munitionsteile hergestellt werden.

Die Sowjetunion importiert aus den westlichen imperialistischen Ländern zahlreiche Maschinen, die in der Rüstungsproduktion Verwendung finden. Beim Kriegsschiffbau soll in Einzelfällen bis zu 70% der eingesetzten Maschinerie aus dem Westen stammen. Für die Rüstungspolitik der UdSSR ist eine rasche und intensive Aufrüstung wesentlich, wozu sie ziemlich stark auf westliche Maschinenimporte angewiesen ist. Bezahlen tut sie mit Rohstofflieferungen.

Die Gildemeister AG hat von 1972–74 rund 300 Mehrspindelautomaten an die UdSSR geliefert, die besonders im Fahrzeug- und Maschinenbau benutzt werden. Damals stammten ca. 30% ihrer Aufträge aus osteuropäischen Ländern. Anschließend hat sie sich Folgeaufträge für die erwähnten Universalmaschinen sichern können. Heute betragen ihre Exporte nach Osteuropa immer noch rund 10%. Niemals hat das für Ostexporte zuständige Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft der Firma die Exportgegenehmigung vorenthalten. Das Bundesamt vertritt die Auffassung: „Es kommt nicht auf den Zweck an, sondern auf die Beschaffenheit der Maschine." Mit den im Außenwirtschaftsgesetz der BRD festgelegten Bestimmungen zusammen wird zugleich die von den US-Imperialisten aufgestellte sogenannte COCOM (= Coordinating Committee for East-West Trade Policy)-Liste für strategisch wichtige Güter unterlaufen. Wörner will jetzt die „Grauzone", die zwischen diesen beiden Beschränkungen besteht, beseitigen. Dagegen „erinnerte" der für den Maschinenbau zuständige Kapitalistenverband VDMA durch seinen Präsidenten Kapp daran, daß „im Grunde jede moderne Werkzeugmaschine in der Rüstungsproduktion eingesetzt werden kann."

Unabhängig von allen Konkurrenzgründen zwischen den Imperialisten und innerhalb der Bourgeoisie und ihrer Parteien muß sich die Arbeiterklasse dagegen wenden, daß westdeutsche Monopole in das sowjetische Rüstungsgeschäft einsteigen.



Importgesellschaften wie die „Stankoimport V/O Moskau" wickeln die Maschinenimporte der UdSSR ab. Die letztendliche Verwendung ist unkontrollierbar.

Enquete-Kommission gegen Splitting bei der Steuer

Neue Möglichkeiten zur Besteuerung gesucht / Die CDU will die Familie retten

hew. Die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft hat ihren Bericht vorgelegt. Im Vorwort der Kommission heißt es: „Die Kommission hat den Auftrag, Empfehlungen für die rechtliche und soziale Gleichberechtigung zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag vorzulegen."

Im Rahmen dieser Empfehlungen hat sich die Kommission mit den Punkten Beruf/Arbeitswelt; Familie und Vereinbarkeit von Familie und Beruf auseinandergesetzt. Den Teil über die Familie schließt die Kommission mit einer Untersuchung über die Besteuerung von Verheirateten ab. Dabei kommt die Kommission zu Ergebnissen, die so neu nicht sind: Durch das Steuersplitting werden bestimmte Familien gegenüber anderen benachteiligt. Diese Feststellung, von der die Kommission als bei der Steuerreform noch nicht absehbar spricht, ist vom DGB schon lange getroffen worden. Die Gewerkschaften fordern, das Steuersplitting auf eine bestimmte Einkommenshöhe zu begrenzen.

Bei Verheirateten werden die Einkünfte beider zunächst einmal zur Versteuerung als gesamtes Familieneinkommen gerechnet. Dann wird das Gesamteinkommen geteilt und die Steuer berechnet. Das führt dazu, daß Eheleute, bei denen einer gar nichts oder sehr viel weniger als der andere verdient, im Verhältnis eine höhere Steuerersparnis haben als solche mit gleichen Einkommen. Besonders deutlich wird diese Wirkung bei Eheleuten, bei denen nur ein Verdiener das Einkommen erwirtschaftet. Durch die Wirkung der Progression erhöht sich die Steuerersparnis durch das Splitting mit zunehmend hohen Einkommen. Die Kommission führt als weitere Punkte der Ungerechtigkeiten dieses Systems an, daß Kinder nicht in der Besteuerung berücksichtigt werden und dadurch noch einmal diejenigen, die ohne Kinder sind, den Vorteil haben, da sie bei gleicher Besteuerung weniger Kosten haben, als sie mit Kinder hätten. Am besten stehen sich Eheleute, die keine Kinder haben und bei denen einer wesentlich mehr verdient als der andere oder die Frau überhaupt nicht arbeitet. Das Splitting wirkt also besonders für diejenigen begünstigend, die ohnehin viel verdienen, während diejenigen mit niedrigen Löhnen keinen Vorteil davon haben.

Demgegenüber empfiehlt die Kommission, „Vorschläge zu einer gerechteren steuerlichen Behandlung von Ehe und Familie zu erarbeiten". Der Bundestag soll dazu einen Prüfungsauftrag erteilen.

Dabei ist die Tendenz der Prüfung, möglichst Stellen zu finden, an denen noch was zu holen ist. Die Abschaffung des Splitting liegt da auf der Hand. Die CDU hat die Gefahr für die gutsituierte Familie erkannt und schlägt sich jetzt neuerdings auf die Seite der Lohnabhängigen: Für die Lohnabhängigen sei es eine Ungerechtigkeit, wenn sie nicht weiter wie die Bauern das Einkommen auf mehrere zur Besteuerung verteilen könnten, ließ sich die CDU-Fraktion vernehmen. Daß bei den Klein- und Mittelbauern tatsächlich auch die Familienangehörigen zur Erzielung des Einkommens – auch oft über die steuerpflichtigen Angehörigen hinaus – arbeiten, hat die Fraktion dabei übersehen. Der Vorteil der Aufteilung kommt als direkte Steuerersparnis nur in den höheren Einkommen zum Tragen. Ein schlechter Anwalt also, die CDU. Die Bedenken über die Gerechtigkeit lassen sich wirkungsvoll über die gleiche Besteuerung mit einem kräftig angehobenen Grundfreibetrag in Höhe des Durchschnittslohns, mindestens sofort 25%, bekämpfen, auf dieser Grundlage kann man die Abschaffung des Splitting nur begrüßen.

Drohendes Verbot der ATIF

vip. Die Anzeichen für ein bevorstehendes Verbot der „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V." (ATIF) mehren sich. Bereits im April dieses Jahres hatte die Ausländerbehörde Darmstadt dem Vorsitzenden Osman Uludag auf Grund §6 Abs. 2 AuslG die politische Betätigung mit der Begründung untersagt, der Inhalt der von ihm unterzeichneten Flugblätter sei geeignet, „die Beziehungen der Bundesrepublik zu der Türkei zu stören". U.a. werden folgende Flugblattauszüge herangezogen: „Der westdeutsche Imperialismus hat ... den zweitgrößten Anteil an der Ausbeutung der Türkei"; „der westdeutsche Imperialismus unterdrückt die fortschrittlichen ausländischen und einheimischen Organisationen"; „die Angriffe der Westdeutschland-Polizei gegen ATIF und Mitgliederver-eine nehmen ständig zu". Neben Aufrufen zur Gewalt wird verboten, „öffentlich in Wort und Schrift Stellungnahmen gegen die BRD und ihre Politik abzugeben" sowie „aktiv oder inaktiv eine politische Betätigung auszuüben, die gegen die türkische Staatsform, die Regierung dieses Staates oder seine Repräsentanten und Einrichtungen gerichtet ist". – In jüngster Zeit sind Wohnungen von über 500 ATIF-Migliedern durchsucht worden. Gegen rund 100 Mitglieder sind Prozesse anhängig, die teilweise das Ergebnis provokatorischer Anzeigen sind. Über 25 ATIF-Mitglieder sind gegenwärtig inhaftiert.

Neue Pläne für Wiederaufbereitungsanlagen

bep. Im Mai letzten Jahres hatte die niedersächsische Landesregierung unter dem Druck öffentlicher Proteste erklärt, für die Dauer „dieser Generation" auf den Bau von Wiederaufbereitungsanlagen für verbrauchte Kernbrennstoffe verzichten zu wollen. Stattdessen sollte zunächst der Bau von Zwischenlagern, sodann der von „sicheren" Endlagern für radioaktive Abfälle betrieben werden. Inzwischen hat die Landesregierung die höhere Rentabilität von Wiederaufbereitungsanlagen aufs neue entdeckt; es sollte aber nicht mehr, wie ursprünglich für Niedersachsen in Aussicht genommen, eine zentrale Anlage für die ganze BRD, sondern mehrere kleinere Anlagen errichtet werden. Die Landesregierungen Hessen und Rheinland-Pfalz wollen ebenfalls den Bau solcher Anlagen prüfen.

Vermittlung in kürzere Arbeitsverhältnisse, höhere Sperrzeiten

gkr. Vor kurzem legte die Bundesanstalt für Arbeit ihren Geschäftsbericht für 1979 vor. Danach waren im vergangenen Jahr im Durchschnitt 876000 Arbeitslose gemeldet, 11,8% weniger als zuvor. Die Zahlungen an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe stiegen zwar um 19% auf 9,3 Mrd. DM, dennoch erhielten von den insgesamt arbeitslos Gemeldeten 1,3% weniger überhaupt Arbeitslosenunterstützung. Die durchschnittlich gezahlten Beträge an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe stiegen damit von 11724 DM pro Jahr 1978 auf 15968 DM im Jahre 1979. In dieser Steigerung drückt sich ein überdurchschnittlicher Rückgang der Arbeitslosenzahlen bei wenig qualifizierten Lohnabhängigen um 15,4% aus. Um die Lohnabhängigen in jede Arbeit zu zwingen, griffen dabei die Arbeitsämter verstärkt zum Mittel der Sperrzeiten: Bezogen auf alle arbeitslos Gemeldeten wurden 32,3% Sperrzeiten verhängt, 1,5% mehr als im davor liegenden Jahr 1978. Unter den Drohungen der Arbeitslosigkeit und von ausgesprochenen Sperren setzten die Bourgois eine zunehmende Vermittlung in kurzfristige Arbeitsverhältnisse durch: Die Zahl der Arbeitsvermittlungen bis zu sieben Tagen stieg mit 4,9% am stärksten an, ebenfalls stieg die Vermittlung in Arbeitsverhältnisse von sieben Tagen bis zu drei Monaten. Dagegen sank die Zahl der Vermittlungen in unbefristete Arbeitsverhältnisse erneut um 6,5%.

Erste vier Divisionen des Heeres umgegliedert

gkr. Mit dem 1. Oktober nehmen vier der 12 Divisionen der Bundeswehr die neue Struktur nach der Heeresstruktur 4 ein. Es sind dies: Die 2. Jägerdivision, Kassel, die 3. Panzerdivision, Buxtehude, die 7. Panzergrenadierdivision in Unna und die 12. Panzerdivision in Veitshöchheim. Die gesamte Umgliederung des Heeres in 2 weiteren Schritten bis Ende 1981. Die Bourgeois äußern sich zufrieden: „Die Panzerabwehr wird verbessert, die Beweglichkeit der Verbände gesteigert", so der Inspekteur des Heeres nach den diesjährigen Herbstübungen, an denen umgegliederte Brigaden teilgenommen hatten.

Demonstration gegen psychiatrische Großkrankenhäuser

bep. Die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie ruft für den 19. Oktober zu einer Sternfahrt nach Bonn auf unter dem Motto: „Löst die Großkrankenhäuser auf: Irren ist menschlich – Aussondern schadet allen!" Forderungen der Demonstration sollen sein: Ausbau ambulanter Dienste für die Betreuung psychisch Kranker; für die Schaffung beschützter Arbeitsplätze; für das Verbot von Gehirnoperationen; für strengere Kriterien für die Verbreitung von Psychopharmaka. Die niedersächsische Landesregierung hat den Arbeitern, Angestellten und Beamten der psychiatrischen Anstalten die Teilnahme untersagt und Disziplinarmaßnahmen angedroht.

Löhne, Preise, Wohnungen, Gewerkschaften, Afghanistan ...

Gespräche und Eindrücke bei einem erneuten Besuch in Ungarn

z.krk. Pünktlich um 22 Uhr wird die Straßenbeleuchtung von Budapest auf halbe Stärke gestellt, die Lichter in den meisten Schaufenstern gehen aus. Vor allem die kleineren Straßen hüllen sich völlig in Dunkelheit. Tiefe Löcher und Unebenheiten der Straßendecke machen unter diesen Umsatänden das Leben von Passanten und Autofahrern schwer. Die Straßen leeren sich schnell. Seit den Preiserhöhungen des letzten Jahres können sich die arbeitenden Menschen nur noch ganz selten erlauben, ins Restaurant oder in die Kneipe zu gehen.

5 Jahre sind es her, daß ich Ungarn das letzte Mal gesehen habe. Damals gab es keine nachts abgeschalteten Lichter, die Menschen waren besser gekleidet, waren fröhlicher, schienen optimistischer. Heute stechen die Zeichen einer tiefen Wirtschaftskrise krass ins Auge: Die Bruttoproduktion ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,4% zurückgegangen, die Zahl der in der Volkswirtschaft Beschäftigten nahm um 2,8% ab. Das bedeutet Arbeitslosigkeit; es gibt sie vor allem unter Jugendlichen, wenn auch noch in versteckten Formen („Gammler", etc.) Über die jährliche Inflationsrate werden keine brauchbaren Angaben veröffentlicht, sie liegt mit Sicherheit über 10%. Viele Betriebe sitzen auf unverkäuflichem Schrott. Kaum bezahlbar sind die Investitionen, die Ungarn auf dem Weltmarkt Konkurrenzfähigkeit sichern könnten. Und wenn sie doch aufgebracht werden, so fehlt alles, was dazu gehören würde: Straßen, Transportmittel, Lager, Zulieferbetriebe. Es herrscht weder Planwirtschaft, noch kann das Wertgesetz unbehindert seine kapitalistische Regulierungsfunktion wahrnehmen. Das Ergebnis ist, daß die kapitalistische Krise durch schwere Strukturmängel vertieft wird, was nur zeigt, daß der klassische Weg zur Bereinigung der Krise durch Vernichtung von Kapital und Massenentlassungen noch immer nicht vollständig frei ist für die neue Bourgeoisie. Ihre Wirtschaftsreformen zielen allerdings gerade in diese Richtung

schaftsreformen zielen allerdings gerade in diese Richtung

Die Last der Krise haben in jedem Fall die Volksmassen zu tragen. Ihre Löhne sind zwar um einige Prozente gestiegen, aber nicht entsprechend den Preisen. In den Lebensmittelläden ist tatsächlich alles zu haben, aber wie die Leute sagen: „westliche Preise – östliche Löhne'. Sie essen heute weniger gutes Rindfleisch als vor einigen Jahren, dies mußte auch Herr Rényi, stellvertretender Chefredakteur des Zentralorgans der USAP zugeben, in seinem Interview mit dem Spiegel (39/80) zugeben. 90 Ft kostet ein Kilogramm gutes Rindfleisch bei Löhnen, die sich im Durchschnitt zwischen 2800 und 3000 Ft bewegen. (Offizieller Touristenkurs 1 DM = 12,50 Ft, auf dem Schwarzmarkt bekommt man aber zwischen 18 und 22 Ft für eine DM). Fast so unerschwinglich wie Fleisch ist inzwischen auch wieder Obst und Gemüse.

Wirklich bedrückend wirken diese Preise vor allem im Zusammenhang mit der Wohnungslage. Nach dem 2. Weltkrieg war Ungarn ein unterentwickeltes Agrarland. Inzwischen stammt der größte Teil des Nationalprodukts aus der Industrie. Große Massen von Lohnarbeitern wurden in den Städten, vor allem in Budapest (über 2 Mio. Einwohner) zusammengeballt, ohne daß ausreichende Bedingungen für die Reproduktion vorhanden wären. Es fehlen Krippen und Kindergärten. Es gibt zu wenig Läden. Schlechte und enge Straßen. Nachmittags scheint die Stadt aus allen Nähten zu platzen. Es ist eine elende Plackerei, auch nur das Einfachste einzuholen. Schlange stehen, sich einen winzigen Platz in den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erkämpfen, das gehört zu den alltäglichen Torturen.

Immer weniger staatliche Mietwohnungen mit verhältnismäßig niedrigen Mieten werden noch gebaut. Nach dem letzten Fünfjahrplan sind insgesamt eine Million Wohnungen gebaut worden, aber in dieser Zahl sind die Villen der Bourgeois am Plattensee und in den Hügeln um Budapest herum ebenso inbegriffen, wie die kleinen Häuser der Bauern und die von Baukooperativen und vom Staat gebauten Eigentumswohnungen. In diesem Fünfjahrplan werden es erheblich weniger Wohnungen insgesamt werden, und der zuständige Minister denkt gerade über eine Zementpreiserhöhung nach.

Für die knappen staatlichen Mietwohnungen gibt es einen regelrechten, staatlich geduldeten Schwarzmarkt. Je nach Lage und Größe werden sie beim Tausch zwischen 300000 und 600000 Ft. gehandelt. Eine verlotterte Eigentumswohnung, zentral in Budapest gelegen, kostete 1979 ebenfalls 300000 Ft. Wer sich über eine Baukooperative eine solche Wohnung hat bauen lassen, kann die Wohnung mehrere Jahre lang nicht tauschen oder verkaufen, seine Kinder erben sie noch, aber die Enkel nicht mehr, die Wohnung geht auf den Staat über, obwohl vom ersten Besitzer die vollen Baukosten gezahlt wurden.

Die wohl finsterste Form, wie der Staat Kapital aus dem Wohnungselend schlägt, ist der sogenannte Arbeiterwohnungsbau. Ein junger Arbeiter, 24 Jahre, berichtet: Er ist verheiratet, hat ein paar Monate altes Kind. Er wohnt mit seinen Schwiegereltern in einem Zimmer. Die Schwiegereltern leben in Scheidung, jeden abead fliegen die Fetzen. Als Kfz-Mechaniker bei einer Bautransportfirma kann er nun in den Genuß einer Arbeiterwohnung gelangen: vor 4 Jahren hat er 105000 Ft eingezahlt (das sind 20 bis 30 Monatslöhne!), und hat unterschrieben, daß er 15 Jahre bei seiner Firma bleibt. Die Wohnung wird aber erst in Jahren fertig. Nun bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich um eine Notunterkunft zu bewerben. Die bekommt er auch. Das Zimmer ist 12 qm lang und sein Vorgänger berichtet ihm, daß er im Winter 40 Doppelzentner Kohlen verheizt hat, um das Zimmer auf eine Temperatur von 16°C zu bringen. Aber weiter: der junge Mann ist gewerkschaftlicher Vertrauensmann seiner Abteilung. Auf die Frage hin, ob er die Interessen seiner Kollegen vertreten könne, anwortet er: Wenn du das tust, werden sie vielleicht nicht offen gegen dich vorgehen, aber du wirst keine Lohnerhöhung bekommen und sie

dich vorgehen, aber du wirst keine Lohnerhöhung bekommen und sie

werden dich schikanieren, wo sie nur können. Und dann kannst du eben nicht kündigen, weil du ja die 15 Jahre für die Wohung unterschrieben hast. Dann überlegst du dir schon zweimal, was du sagst.

Dieses Gespräch führten wir auf der Mitgliederversammlung der Kommunistischen Jugendorgansation KISZ seiner Firma. Ich bin von dem Sekretär der Jugendorganisation auf die Sitzung eingeladen worden. Er meinte, die Mitglieder würden sich gern über die Lage in der Welt informieren, wie „man es von Westdeutschland aus sieht". Gekommen waren etwa 15 Mitglieder der Einheit. Nachdem das offensichtlich zur Kontrolle des Geschehens erschienene Parteimitglied die Versammlung verlassen hatte, kam es zur Debatte. In der Hauptsache ging es darum, ob die ungarischen Gewerkschaften die Interessen ihrer Mitglieder vertreten würden. Der Anlaß waren die Kämpfe der polnischen Arbeiter.

Ich will dir ein Beispiel nennen, fängt ein Kollege an. Wir hatten mal eine ältere, unheimlich gute Kollegin aus der Werkstatt zum Vertrauensmann gewählt, es sollte mal auch jemand Vertrauensmann sein, der es gut meint. Bald darauf war Betriebsversammlung. Alles war da: der Genosse Direktor, der Parteisekretär, der freigestellte Gewerkschaftsvorsitzende. Die Frau stand auf und erzählte über die Probleme der Werkstatt, über Umkleidekabinen, Arbeitskleidung, usw. Der Vorsitzende lobte sie sogar, wie gut sie geredet haben soll. Nächsten Tag wurde sie zum Direktor geholt und zur Sau gemacht, sie kam hinterher heulend in die Abteilung zurück. Gut, sie war schon älter und krank. Sie starb einen Monat später. Das werde ich mir persönlich nie verzeihen. Ich habe früher ab und zu mal was gesagt. Ich heiße jetzt nur der Großmäulige.

Eine Kollegin wirft ein, daß die polnischen Arbeiter sich aber ins eigene Fleisch geschnitten hätten, weil nun die Schulden des Landes nur noch größer geworden seien. Ein anderer sagt dagegen: Die oben verstehen keine andere Sprache, es blieb gar nichts anderes übrig. Aber hier in Ungarn müßte man sich trotzdem an die Ereignisse von 1956 erinnern, *eine* Niederlage hätte man schon hinnehmen müssen. Der Fehler sei, sagt einer, daß der freigestellte Gewerkschaftssekretär und auch der Betriebsratsvorsitzende seine Funktion nicht über die Wahl der Kollegen erhält – obwohl formell abgestimmt wird –, sondern über die Gunst der Direktion. Spuren sie nicht, ist es mit der Freistellung vorbei.



Erste Schicht um 5 Uhr morgens im Budapester Industriegebiet Váci út. Die Verkehrsmittel sind veraltet und vollgestopft. Nach einer solchen Fahrt fängt man die Arbeit müde an. (Bild aus: „Mit der gebührenden Achtung", s.u.)

Letzten Endes ist die Frage, ob die ungarischen Arbeiter auch die freien Gewerkschaften bräuchten, mit Ja beantwortet worden. Aber die Gedanken gehen auch schon darüber hinaus. Am Ende der Versammlung fragt mich ein junger Arbeiter: Kannst du mir mal sagen, wenn das hier der Staat der Arbeiterklasse ist, wieso brauchen wir dann die freien Gewerkschaften?

Widerstand gegen eine Gewerkschaftsorganisation, die Teil des bürokratischen Staatsapparats der neuen Bourgeoisie ist, gibt in vielen verschiedenen Formen. Eine der einheitlichsten war, daß sich die Werktätigen fast überall geweigert haben, über gewerkschaftliche Solidaritätsmarken den Krieg Vietnams gegen das Demokratische Kampuchea mit ihrem Geld zu unterstützen. Der übliche Vorgang ist, daß der gewerkschaftliche Vertrauensmann beim Kassieren der Beiträge gleichzeitig diese Solidaritätsmarken im Wert von 10–20 Ft an den Mann bringt. Diesmal wollte im oben erwähnten Betrieb kaum einer. Daraufhin ist der Vertrauensmann aufgefordert worden, eine Liste mit den Namen derjenigen anzufertigen, die nicht zahlen wollten. Der Vertrauensmann hat dies aufgebracht abgelehnt. Die Mitglieder der Jugendorganisation im staatlichen Rundfunk haben sich ebenfalls geweigert zu zahlen, nachdem ihnen verboten wurde, für die Opfer des Erdbebens in Jugoslawien zu sammeln. Entsprechende Berichte habe ich aus zahlreichen Betrieben gehört. Die Methode und das Sammlungsziel sei ihnen nicht sympathisch gewesen. Entscheidend für diese Auflehnung ist der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan, worüber die Meinungen ziemlich einheitlich sind: die Sowjetunion betreibe Großmachtpolitik.

Rockkonzert von „Omega" und zwei anderen Gruppen im Kisstadion in Budapest. Es ist schon beeindruckend, welch eine Angst die ungarische Bourgeoisie vor der Jugend hat. 15000 sind zum Konzert gekommen. Drei Ringe von Polizisten, Soldaten und Kontrolleuren mußte überwinden, wer reinwollte. Vorne, um die Bühne herum, nur Polizisten mit Hunden. Zwischen den Reihen der Jugendlichen auf den Tribünen mehrere Reihen russischer Soldaten in Uniform. Mag sein, daß sie zwecks Truppenunterhaltung ausgeführt worden sind, aber sie demonstrierten die ganze Widerlichkeit der doppelten Unterdrückung. Die Begeisterung im Publikum war trotzdem überwältigend. Das Märchen vom „Mädchen mit dem Perlenhaar" sangen alle mit, etwa in der Stimmung: so schön, oder jedenfalls ganz anders müsste alles werden. Und dann grüßten sie die Band auf der Bühne mit der erhobenen Faust.

„Mit der gebührenden Achtung"

Reportage aus einem ungarischen Stahlbetrieb

Halmos Ferenc, der Verfasser dieser Betriebsreportage, hat ein geisteswissenschaftliches Studium hinter sich. Da er keine seiner Ausbildung entsprechende Stelle bekommt, geht er in einem Budapester Stahlbetrieb arbeiten. Nach drei Jahren in der Härterei beschreibt er seine Erfahrungen. Sein Buch „Mit der gebührenden Achtung" ist 1978 in Ungarn erschienen. (Eigene Übers. aus d. Ungarischen)

Am nächsten Morgen um acht Uhr ging ich auf die Brigadensitzung. Ab halb acht versammelten sich die Leute in der Kantine der Fabrik. Auf den Tischen Platten mit belegten Brötchen, daneben 5–6 Flaschen Cola. Die Brigadiers, einige ausgesuchte ältere Fachkräfte und die gesamte Leitung des Betriebes waren anwesend: sämtliche Abteilungsleiter, Oberabteilungsleiter, Betriebsleiter, einige Schichtleiter, die Leiter der gesellschaftlichen Organisationen, der Sicherheitsbeauftragte, der Luftschutzkommandant und wer könnte sie alle aufzählen. Der Direktor hielt seinen Bericht. Unsere Werkstatt stampfte er in den Erdboden, weil wir den Plan des dritten Quartals nicht erfüllt hatten.

Ich spürte, ich hätte was sagen müssen. Ich hätte sagen müssen, daß ich mit dem Genossen Direktor nicht einverstanden bin, der unsere Abteilung gerügt hatte. 170 Menschen – die größte und gewinnbringendste Abteilung des Betriebes – arbeiteten hier Tag und Nacht, an freien Samstagen und Sonntagen. Die Anforderungen an die Werkstatt sind irreal. Unter den gegebenen Bedingungen sind sie unerfüllbar. Klar, das Pferd, das zieht, muß man schlagen. Diese Werkstatt bringt den Gewinn, die muß belastet werden. Ich hätte fragen müssen: wissen Sie darüber Bescheid, daß die Leute bei uns regelmäßig 16-Stunden-Schichten fahren? Was verboten ist. Natürlich wissen Sie darüber Bescheid. Daß einer 24 Stunden am Stück drin war, weil die Exportlieferung raus mußte? Daß die Leute 50 bis 60 Überstunden schieben, schwarz? Sie sind dazu gezwungen. Nicht nur weil sie das Geld brauchen, sondern weil sonst der Plan nicht mal soweit erfüllt werden könnte ...

*

Chef, eine Elektrode ist abgerissen – schreit Onkel Jani zu uns herüber. Tibi geht mit ruhigen Schritten zum Automaten hin. Ich hinter ihm her. Wenn wir das Salz ausschöpfen, abwarten bis es abkühlt und so die Elektrode auswechseln, fällt eine Schicht aus. Wir schauen einander an, wir schauen den Ofen an und das 1200 Grad heiße Salz. Keiner von uns wagt, die einzig mögliche Lösung aussprechen. Jani, bring neue Elektroden her, fängt er an. Und du – sagt er zu mir, bring die Schlüssel und die Asbesthandschuhe.

Er schaltet die Instrumente ab. Zieht das eine Paar Handschuhe an, ich das andere Paar. Wir stellen uns neben den Ofen und unsere Gesichter wegdrehend fangen wir an, mit den Schraubenschlüsseln die eingebrannten Schrauben loszudrehen. Wir drehen den Schlüssel einmal um und reißen die Hand gleich zurück, damit unsere Hemden nicht Feuer fangen. Die Handschuhe sind auch so schon versengt. Als stünde ich unter der Dusche, fließt das Wasser von mir in Bächen. Wir müssen 8 Schrauben runterholen. Sie sind eingebrannt. In Tibis Hand rutscht der Schraubenschlüssel aus. Mit dem ganzen Körper knallt er gegen die Wand. Flüche. Und macht weiter. Ich quäl mich auch nur ab. Bis jetzt habe ich zwei Schrauben geschafft. Inzwischen bringt Onkel Jani die neuen Elektroden. Er legt sie an den Rand des Ofens, damit sie angewärmt werden. Mein Hemd fängt Feuer, ich drücke es an meine Hüfte, damit es ausgeht. Von meinen Händen sind die Haare abgesengt. Tibi hat die eine Elektrode rausmontiert. Mit der anderen bin ich auch bald fertig. Ich lege den Schlüssel hin, etwas weiter vom Ofen weg schüttele ich das Wasser von mir ab, wie ein nasser Hund. Ich trinke ein Glas Wasser. Und mach weiter. Wenn jetzt das Salz explodieren würde, verbrennen wir beide. – Passen Sie bloß auf, nicht daß mir einer Feuer fängt, jammert Tante Margit. ... Das Schwerste haben wir hinter uns. Die verbrannten Elektroden sind raus, jetzt müssen nur noch die neuen rein. Das geht schon schneller. Wir arbeiten Hand in Hand. Onkel Jani hebt die Elektroden auf ihren Platz, ich lege die Muttern darauf, Tibi zieht sie fest, reihum, die 16 Schrauben. Ich schaue auf die Uhr. Wir haben es in nicht ganz einer Stunde geschafft. Wir schalten die Instrumente wieder ein, in einer halben Stunde kann mit dem Ofen wieder gearbeitet werden. Es ist doch keine Schicht ausgefallen, jetzt kurz vor Monatsschluß.

Tibi schaut mich an und brüllt vor Lachen los. – Wenn du wüßtest, wie du aussiehst!

Denkst, du bist schöner? – und ich lache auch.

Wir stellen uns in die Werkstatt-Tür an die frische Luft. Ich steck mir eine Zigarette an. Dann erst merke ich, daß der Schichtleiter hinter unserem Rükken steht.

Was ist los, tut ihr heute nichts? – wendet er sich entrüstet an Tibi. In dessen Hand zuckt der Schraubenschlüssel, genau wie die Nerven in seinem Gesicht. Er explodiert schier vor Wut. Wenn er jetzt antwortet, schlägt er auch gleich zu, zuckt es mir durchs Gehirn.

Wir haben die Elektroden ausgetauscht – sag ich ihm seitwärts, vielleicht läßt sich so vermeiden, daß Tibi antwortet.

Deswegen können Sie noch ruhig arbeiten gehen – gibt er zurück, ohne den Sinn dessen, was ich sagte, zu begreifen. Ohne ein Wort geht Tibi in Richtung Hof, raus aus der Werkstatt, ich zurück zu den Öfen. Der Schichtleiter sagt noch was zu Onkel Jani und zieht ab auf dem Weg zu den Büros. Die Wut zwingt mir ein Lächeln auf. Auch Onkel Jani lächelt.

Ist diese Ratte weg? – Tibi kehrt in die Werkstatt zurück. Wenn er noch ein Wort sagt, erschlage ich ihn mit dem Schraubenschlüssel. Die würden dem Proleten selbst die Haut abziehen. Schlimmer sind die als die Kapitalisten.

Krisenmaßnahmen der polnischen Regierung
Warnstreik für Erfüllung der Abkommen

hku. „Man muß alles tun, daß die Vereinbarungen eingehalten werden können ... Eine volle Deckung gibt es noch nicht. Aber in die Verträge wurde der Glaube eingetragen, daß in dem neuen gesellschaftlichen Klima alle mehr von sich geben: der Minister und der Arbeiter, der Direktor und der Brigadier ... Es ist nicht wahr, daß gute Produktionsergebnisse allein das Interesse der Direktion, des Staates sind, und daß die Entlohnung das Interesse des Arbeiters ist." Die neuen Gewerkschaften würden sich viel um die Löhne, zu wenig um die Erhöhung der Produktion kümmern, hat Jagielski im polnischen Fernsehen weiter geäußert. (Zycie Warszawy, 27.9.)

Trotz scharfer Angriffe von seiten der Parteiführung sind hunderttausende Arbeiter aus Großbetrieben dem Aufruf des Gewerkschaftsverbandes „Solidarität" zu einem Warnstreik gefolgt. Sie fordern die Einhaltung der Regierungszusagen, vor allem: allgemeine Lohnerhöhung – die Erhöhungen sollen jetzt bis zum 1.1.81 durchgeführt werden –; Zugang zu den Massenmedien; keine Behinderungen beim Gewerkschaftsaufbau durch Regionalverwaltungen. Die polnische Arbeiterklasse will die Erfolge der Streiks sichern und ist nicht bereit, unter dem Druck einer „gemeinsamen Krisenbewältigung" zurückzustecken – allzu deutlich war und ist die Erfahrung des Klassengegensatzes. „Was er denn gemeinsam habe mit einem, der das 20fache von seinem Lohn habe; wie der ihn auffordern könne, den Gürtel enger zu schnallen", zitiert „Trybuna Ludu" einen Arbeiter aus einer Parteiversammlung.

Die Regierung gibt die Planrückstände zum IV. Quartal mit 40 Mrd. Zl. an (= 2,5 Mrd. DM), bei Steinkohle fehlen z.B. 5 Mio. t; auf der anderen Seite würden die beschlossenen Lohnerhöhungen die Lohnsumme um 10% erhöhen und einen durch Waren nicht gedeckten Kaufkraftüberhang von 50 Mrd. Zl. schaffen. Die Versorgung könne nur zu 80% gedeckt werden. Das Sofortprogramm des Ministerrates vom 15.5. sieht neben dem Stopp von verschiedenen Investitionsvorhaben vor, daß Großunternehmen und Staat bis Ende 1981 23 Mrd. Zl. einsparen durch Kürzungen bei Forschungsprojekten wie dem Arktik-Programm; beim Bau von Schnellstraßen u.a. Eingespart werden soll auch bei Empfängen und Festen, „wo es Anlaß zu gesellschaftlicher Kritik gegeben hat". 9 Mrd. Zl. sollen rasch freiwerden durch die Straffung der „stark aufgeblähten Leitungen" der Betriebe.

Dies Programm ist deutlich Reaktion auf den Druck der Volksmassen; angesichts der wirtschaftlichen Lage ist es aber offensichtlich nicht ausreichend. Das ZK der PVAP, das bei Redaktionsschluß zusammengetreten ist, steht andrerseits unter dem Druck der Sozialimperialisten, mit der „bourgeoisen Provokation" aufzuräumen, wie die „Prawda" die unabhängigen Gewerkschaften genannt hat.

Friedensbewegung und Pazifische Staaten fordern nuklearfreien Pazifik

Friedensbewegung und Pazifische Staaten fordern nuklearfreien Pazifik

mat.Sydney. Vor einer Woche fand in Sydney eine Konferenz zur Durchsetzung eines nuklearfreien Pazifik statt. Anwesend waren Vertreter des australischen Gewerkschaftsbundes ACTU, der japanischen Bewegungen gegen Atom- und Wassenstoffbomben, der Regierungspartei von Vanuatu (ehemals Neue Hebriden), Parteienvertreter aus der zukünftigen Republik Palau (zur Zeit noch Teil des US-Trust-Territoriums Mikronesien) und aus Papua-Neuguinea, Vertreter der Friedensbewegung von Hawai, von Organisationen der Maori auf Neuseeland, der australischen Aborigines und der Befreiungsorganisation Westpapua (Westirian) OPM. Neben den japanischen Plänen zur Versenkung von Atommüll standen die ausländischen Militärstützpunkte im Mittelpunkt. Neuseeland ist regelmäßiger Anlaufpunkt für atomgetriebene US-Kriegsschiffe, nur wenige Tage vor der Konferenz fanden dort in mehreren Städten Demonstrationen gegen den Besuch des US-Schiffes Truxtun statt. In Australien befinden sich mehrere US-Nachrichtenbasen, darunter Pine Gap, die wichtigste Satellitenkontrollstation außerhalb der USA. Zur Zeit werden Pläne für die Errichtung einer U-Boot-Basis ausgearbeitet, und am 19.9. hat die Regierung Überflug- und Landerechte für atomar bewaffnete B 52-Bomber im Norden Australiens zugestanden. Die Labourpartei hat sich für die Rücknahme der Genehmigung ausgesprochen, ebenso für die Einstellung der Uranförderung „bis nach Abschluß einer Studie".

Großen Beifall fand die Ankündigung des neuen ACTU-Präsidenten, daß ACTU die Kampagne gegen Uranförderung und -export verstärkt wieder aufnehmen wird. Neben diesen positiven Schritten dominierten aber unter den australischen Teilnehmern insgesamt revisionistische und reformistische Ansichten. Ihr Einfluß wurde in Resolutionen deutlich wie Verbot der Weitergabe von Kerntechnologie für friedliche und militärische Zwecke. Initiativen, die sich gegen beide Supermächte richteten, kamen vor allem von den Delegationen aus dem Pazifik. Vanuatu fordert einen nuklearfreien Pazifik, und die Verfassung von Palau wird das Verbot aller ausländischen Stützpunkte enthalten. Auch ein Initiativantrag aus dem Plenum auf Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen wurde angenommen. Der Sprecher der katholischen Friedensaktion von Hawai forderte die „Auflösung aller Militäreinrichtungen auf der Insel, und wenn Hawai dazu aus den USA ausgegliedert werden muß". 44 Atom-U-Boote sind ständig in Hawai stationiert, über 3000 Atom- und H-Bomben dort gelagert. Gegen die fortgesetzten Kernwaffenversuche der französischen Imperialisten in Polynesien sagte die Konferenz den Befreiungsbewegungen der französischen Kolonien Unterstützung zu und forderte die Freilassung der inhaftierten Freiheitskämpfer.

Wohnungsnot in Dänemark

Geschäfte der Banken mit den Eigenheimen / Zahlreiche Kämpfe gegen die Wohnungspolitik

bag.Aarhus. Kommt man als Tourist nach Dänemark, so fallen einem die zahlreichen, oft sehr schmucken Einfamilienhäuser auf und man denkt vielleicht, daß da der Wohlstand herrscht. Das tut er auch, allerdings nicht bei den Eigentümern dieser Häuser, sondern beim Bankkapital.

Rund 50% der dänischen Bevölkerung wohnen in Eigenheimen. Dazu kamen in den letzten Jahren rund 20%, die eine Eigentumswohnung kauften. Dahinter steckt die Politik der sozialdemokratischen Regierung, daß die Lohnabhängigen sich mit Schuldenmachen von einem Teil der immensen Steuerlast „befreien" können, in den letzten Jahren kombiniert mit der Einschränkung des sozialen Wohnungsbaus, so daß mehr und mehr auch direkt eine Wohnung kaufen *müssen*. Große Teile der Lohngelder der dänischen Arbeiterklasse und der Volksmassen sind auf diese Weise auf Jahrzehnte praktisch an die Banken verpfändet. Diese nutzen die Zwangslage weidlich aus, indem sie z.B. laufend die Zinsen erhöhen; allein seit 1975 von 13% auf heute 17%. Sie sind auch sonst in ihren Mitteln nicht zimperlich. Verfällt ein Termin, heißt es nahezu fristlos Zwangsauktion; damit macht vor allem „Finansbanken" ihr Geschäft, die auch in der Bundesrepublik in Annoncen mit hohen Sparzinsen lockt. Weiterer Nutznießer dieser Wohnungspolitik sind die Makler, die für jeden Handel dicke Provisionen kassieren, und auch die Kommunen wollen ihren Teil: für jeden Wechsel des Eigentümers (und das ist gerade bei kleinen Wohnungen häufig) fordern sie saftige Gebühren. Ein Rechtsanwalt ist auch an jedem Handel beteiligt und will Geld für ein paar Stempel. Und am Ende kommt dann noch einmal der Steuereintreiber durch die Hintertür wieder herein: diesmal sind es „Eigentumssteuern", die jedoch, weil auch die Kapitalisten sie bezahlen müssen, relativ niedrig sind.

Seit 1976 ist der Reallohn in Dänemark um 10% gefallen. In den ersten Jahren konnte der Verlust offensichtlich durch Einsparungen hier und da aufgefangen werden. Inzwischen geht es an die Substanz. Das sieht man an der sprunghaften Zunahme der Zwangsauktionen von Eigenheimen; in der ersten Hälfte dieses Jahres war es fast eine Verdoppelung. Ein Arbeiter, verheiratet, zwei Kinder, Eigenheim, berichtete uns:

„Ich bin Facharbeiter in einer Holzhandlung. Ich bringe alle 14 Tage 2200 Kr. nach Hause, also nach Abzug der Steuern, das sind knapp 53000 netto im Jahr. Unsere Rechnung sieht jetzt so aus: 15000 fürs Haus, das ist wenig, wir haben es 1968 noch ziemlich billig kaufen können und die Zinsen sind nicht mehr so hoch, weil es fast abbezahlt ist. Für Essen und Trinken brauchen wir 19000. Das ist eine knappe Kalkulation, und das geht auch nur, weil meine Frau nicht arbeitet und die Läden der Umgebung mit dem Fahrrad nach Sonderangeboten absucht. Kleidung 6000 Kr., und auch das geht nur, weil meine Frau selbst näht und vor allem für die Kinder viel ändert aus alten Sachen. Transport ist jetzt nur noch 3000 Kr., im April haben wir unser Auto verkauft, Datsun, das verschlang zum Schluß soviel wie das Haus, der Liter Benzin kostet inzwischen ja fast 5 Kr., dazu die Versicherungen und die staatlichen Abgaben. Ich geh zu Fuß zur Arbeit, 15 Minuten, von den Jungs fährt der eine mit dem Rad zur Schule, der andere muß den Bus nehmen, das ist zu weit. Für Arzt, Zahnarzt usw. sind es 2000 Kr., fürs Fernsehen, Zeitungen, Telefon 4000, und für Versicherungen und Gewerkschaftsbeitrag 3000. Da bleiben 1000 Kr. für sonstiges. Urlaubsreise haben wir schon 1976 gestrichen, wir fahren jetzt höchstens mal für eine Woche zu den Schwiegereltern und ich gehe mit den Jungs angeln. Wie wir die neuen Preissteigerungen und Steuererhöhungen schaffen sollen, ist uns ein Rätsel. Allein für Strom und Heizungsöl müssen wir mit 1000 Kr. mehr rechnen, die neue Eigentumssteuer wird 1500 Kr. mehr. Vielleicht das Haus verkaufen? Aber erstens, wer kauft das jetzt in der Krise, und zweitens, wo sollen wir dann wohnen, bei dem Mangel an Mietwohnungen und den hohen Mieten?"

Die Wartezeit für eine Mietwohnung beträgt zur Zeit in den Großstädten durchschnittlich 5 Jahre, in Kopenhagen teilweise bis zu 10 Jahren. Zum 1. Oktober erhöhten zahlreiche kommunale Wohnungsgesellschaften die Mieten, z.T. zum zweiten oder dritten Mal innerhalb weniger Jahre. Ein besonders drastisches Beispiel sind 3 Betonsiedlungen am Stadtrand von Aarhus, wo die Mieten um 10, 13 und 27% erhöht wurden. Betroffen sind 2 800 Wohnungen mit insgesamt 13000 Bewohnern. Für die Siedlung Holmstrup war das eine Steigerung um 53% seit Januar 1978. Hier schlossen sich die Bewohner, rund 150 Familien, beim Bekanntwerden der neuen geplanten Erhöhungen zusammen und einigten sich, in einer Boykott-Aktion die Erhöhung ab 1.10. nicht zu zahlen, sondern nach wie vor den alten Beitrag zu überweisen. Als das bekannt wurde, drohte die Kommune, das kürzlich verabschiedete Antiboykott-Gesetz anzuwenden. Demzufolge kann der öffentliche Vermieter mittels Beschlagnahme des Lohns oder sonstiger finanzieller Mittel der Mieter (Rente, Sozialhilfe usw.) die Mieterhöhung eintreiben. Dies löste einen solchen Sturm von Protesten aus, daß der Wohnungsminister selbst sich zum Eingreifen genötigt sah. Die Mieterhöhungen wurden zwar nicht zurückgenommen, aber erheblich reduziert, und die Mieter erhielten die schriftliche Zusicherung, daß 1981 keine weiteren Erhöhungen verlangt werden würden.

Besonders stark betroffen von dieser Wohnungspolitik sind Jugendliche in der Ausbildung. Ohne Einkommen, können sie keine Wohnung kaufen. Sie müssen sich um die wenigen Räume auf dem Mietwohnungsmarkt schlagen bzw. monatelang auf Zimmer in Studentenheimen warten. Und auch die Mieten solcher Zimmer werden laufend erhöht. In einem Studentenheim in Lyngby bei Kopenhagen stieg die Miete für ein 12 qm großes Zimmer z.B. am 1. Februar dieses Jahres von 440 auf 629 Kr. Gerade wurde bekannt, daß die Hälfte der rund 600 Bewohner eine Boykott-Aktion beschlossen hat. Sie riskieren, daß ihnen die nichtbezahlte Mieterhöhung vom Stipendium abgezogen wird. Eine andere Form des Protestes ist die Besetzung leerstehender Häuser (s. *Bild*).



Sicherheitspakt zwischen der SU und Syrien geplant

chm. Am 8.10.1980 ist die Unterzeichnung eines Sicherheitspaktes zwischen der SU und Syrien vorgesehen. Der syrische Staatspräsident Hafiz al-Assad wird zum Staatsbesuch in Moskau erwartet. Das vorgesehene Abkommen soll den Umfang der sowjetischen Militärhilfe an Syrien festlegen und den Sozialimperialisten die Möglichkeit öffnen, „im Bedarfsfall" sowjetische Truppen nach Syrien zu entsenden. Vorausgegangen war die Unterzeichnung von zwei Kooperationsabkommen und eines Konsularabkommens am 3.6.1976 bei einem Besuch Kossygins in Damaskus. Der syrische Informationsminister begründete die Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens damit, daß nach der Unterzeichnung des Separatabkommens zwischen Ägypten und Israel es notwendig geworden sei, „das strategische Gleichgewicht zwischen Israel und den arabischen Staaten durch die Wiederherstellung eines Gleichgewichts zwischen den beiden Supermächten in der Region" wiederherzustellen. Die Aufstände im Norden Syriens in der ersten Hälfte des Jahres richteten sich u a. gegen die Abhängigkeit von der Sowjetunion. Eine gewisse Rolle spielte dabei, daß die Regierung, sowie die Spitze der Baath-Partei und der Armee, der Minderheit der Alawiten, einer schiitischen Sekte, angehört, während die Mehrheit der Bevölkerung sunnitischer Glaubensrichtung ist.

Gesetz gegen Koaltions- und Streikrecht

hth.Paris. Das französische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das unter der Bezeichnung „Gegen Eingriffe in den Straßenverkehr" läuft. Damit sind gemeint u.a. Blockaden, Sachschäden bei Demonstrationen und Kundgebungen. Fabrikbesetzungen werden unter „leichte physische Zwangshandlungen" subsumiert. Die Bestrafung kann für eines dieser „Delikte" oder für alle gemeinsam erfolgen. Der Gesetzentwurf, der diese Woche im Senat beraten wird, trägt den Titel „Sécurité et Liberté". Justizminister Peyrefitte machte kein Hehl daraus, daß sich das Gesetz gegen das Streik- und Koalitionsrecht richtet. Das Gesetz enthält außerdem die Einführung einer allgemeinen Ausweispflicht, Ausdehnung der Untersuchungshaft, vor allem gegen sog. Rückfalltäter und Strafverschärfung bei eben diesen „Rückfalltätern". Am 2.10. fanden in Paris und anderen Großstädten Kundgebungen und Demonstrationen statt, zu denen 13 Organisationen und Verbände aufgerufen hatten, darunter auch die beiden großen Gewerkschaftsverbände CGT und CFDT. Auch die Richtergewerkschaft und die Gewerkschaft der Polizei haben sich an den Aktionen beteiligt.

Schweiz: Zwei Initiativen für Rechte der Ausländer

gek. In zwei Gesetzesinitiativen haben die Ausländervereinigungen in der Schweiz sowie die „Mitenand"-Initiative, eine Aktionseinheit linker und gewerkschaftlicher Organisationen, Verbesserungen der Rechtsstellung der Ausländer in der Schweiz gefordert. Die Ausländervereinigungen haben unter Berufung auf eine Resolution des Europäischen Gewerkschaftsbundes das aktive und passive Wahlrecht auf Kantons- und Gemeindeebene für alle Ausländer, die wenigstens 5 Jahre in der Schweiz und 1 Jahr im Kanton leben, gefordert. Die „Mitenand"-Initiative fordert in erster Linie die Aufhebung des „Saisonnier"-Statuts, wodurch ausländische Arbeiter für eine „Saison" im Bau- und Gaststättengewerbe zu Elendslöhnen eingesetzt und dann wieder hinausgeworfen werden; ferner generell die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen ohne Bindung an einen Arbeitsplatz, und politische Betätigungsfreiheit.

Labour-Parteitag: Chauvinistische Töne und Bürokratismus

chm. Mit einem Abstimmungsverhältnis von 5:2 hat der Parteitag der britischen Labourparty den Austritt Großbritanniens aus der EG beschlossen. Den Schlußbeitrag vor der Abstimmung hielt der Vorsitzende der Angestelltengewerkschaft, ASTMS, Clive Jenkins: „Wir verschleudern unser Nordseeöl und unsere Erdgaseinnahmen, damit Franz Joseph Strauß die bayerischen Bauern subventioniert." Mit einfacher Mehrheit wurde die nukleare Abrüstung Großbritanniens und die Auflösung aller atomaren britischen und amerikanischen Stützpunkte auf englischen Boden beschlossen. Die Beschlüsse zur atomaren Abrüstung würden nicht ins Programm aufgenommen, verkündete der jetzige Labourvorsitzende Callaghan nach der Abstimmung, da sie nur mit einfacher Mehrheit gefaßt worden seien. – 90% aller Ausgaben der Labourparty werden von den Gewerkschaften bestritten. Für jedes Mitglied führt die Gewerkschaften jährlich 32 Pence an die Parteikasse ab. Würden die Gewerkschaften ihre Zahlungen einstellen, stünde die Partei vor dem Bankrott. Denn die Labourparty hat nicht mehr Mitglieder als die kleine Liberale Partei. (Es gibt keine offiziellen Zahlen – die Schätzung schwankt zwischen 300000 und 600000). Bisher wurde der Parteivorsitzende ausschließlich von der Parlamentsfraktion gewählt. Der Delegiertenkörper auf dem Parteitag besteht jedoch aus drei Gruppen: den örtlichen Labourorganisationen, den Abgeordneten und den Vertretern der Gewerkschaften, die jeweils die Gesamtheit der Mitglieder vertreten und als Block ihre Stimmen abgeben. Den größten Block bildet die Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) mit 1250000 Stimmen. Es konnte keine Einigung erzielt werden über den Wahlmodus des Parteivorsitzenden. Ein Parteitag im Januar soll darüber entscheiden. Gewählt soll erst im März oder April werden. Bis dahin gibt es einen „Interimsvorsitzenden".



Einheit gegen die vietnamesische Aggression

Auszüge aus Gesprächen mit Khieu Samphan und Ieng Sary

Khieu Samphan, in einem Gespräch mit Xinhua. Die bewaffneten Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea haben ihre Angriffe gegen den Feind ausgedehnt. Vietnam verliert etwas von der Stoßkraft seiner Offensive in Kampuchea ... Für die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea naht das Ende der Etappe der strategischen Defensive, sie geht über in eine Etappe des strategischen Patts:

1. Mitte August haben wir angefangen, in größeren Verbänden die in ihren befestigten Stützpunkten eingeschlossenen Truppen des Feindes anzugreifen. Es ist uns gelungen, sie kompanieweise zu vernichten.

2. Es ist uns gelungen, hinter die feindlichen Linien durchzudringen und ihn in vielen Teilen des Landes von hinten anzugreifen durch gut geplante und organisierte Operationen...

Zwei Hauptkriegsschauplätze, der Norden und der Nordosten, die früher voneinander abgeschnitten waren, sind jetzt miteinander verbunden. Die Guerillastützpunkte und die Orte größerer Guerillakampftätigkeit in den thailändischen und laotischen Grenzgebieten, von den südwestlich gelegenen Küstengebieten Kompongsoms bis Koh Kong, Battambang und Preah Vihear sowie der Nordostprovinz von Ratanakiri, sind zu einem einheitlichen Gebiet mit einem ausgedehnten Hinterland geworden.

Chhep in der nördlichen Provinz Preah Viheae bis zur Nationalstraße von Thea Reabarivoat in der Provinz Stung Trong und von der Stadt Stung Trong nördlich bis zur Nationalstraße 13 entlang der kampucheanisch-laotischen Grenze ist Schauplatz heftiger Kämpfe geworden.

schen Grenze ist Schauplatz heftiger Kämpfe geworden.

Vietnam hat seine Truppen auf der kampucheanischen Seite der thailändisch-kampucheanischen Grenze massiert, um unsere Angriffe zurückzuschlagen. Dadurch hat es seine Kräfte im Innern Kampucheas verdünnt. Das hat unsere Guerillatätigkeit erleichtert in diesem Teil des Landes.

Mit Unterstützung der Bevölkerung im jeweiligen Teil des Landes führen die Guerillakämpfer Operationen an den Nationalstraßen Nr. 5, 6 und 7. Sie haben die Eisenbahnlinie zwischen der Stadt Pursat und der Stadt Romeas in der Provinz Kompong Chhang gesprengt. In manchen Gebieten schließen sich Mitglieder der „Selbstverteidigungseinheiten" des Marionettenregimes den Guerillakämpfern des Demokratischen Kampuchea an und greifen den Feind gemeinsam an.

Seit Anfang Juni ist es uns gelungen, die Hauptstadt Phnom Penh zu infiltrieren, und wir führen dort „hit and run-Operationen" durch.

Mit sowjetischer Unterstützung hat Vietnam unser Land überfallen. Das Überleben unserer Nation steht auf dem Spiel. Die Aufgabe, mit der wir jetzt konfrontiert sind, ist nicht der Aufbau des Sozialismus, sondern die Vereinheitlichung mit allen anderen Kräften, die entschlossen sind, Widerstand zu leisten gegen den vietnamesischen Aggressor. Das ist die einzige Überlebenschance, die Kampuchea hat ... Wir sind gewillt, uns mit allen zu verbünden, die bereit sind, gegen die vietnamesischen Aggressoren zu kämpfen. Viele Leute, die in den Gebieten gelebt haben, die von den vietnamesischen Besatzern kontrolliert werden, sind in die Gebiete geflüchtet, die unter der Kontrolle des Demokratischen Kampuchea stehen. Einige Mitglieder der „Selbstverteidigungseinheiten", die vom Heng Samrin-Regime aufgestellt worden sind, einige Dorfvorsteher und Stadtverordnete sind gegen die vietnamesische Kontrolle und Besetzung ihres Landes. Die Kräfte der Khmer Serai haben der Regierung des Demokratischen Kampuchea zugesichert, daß sie in keine Auseinandersetzung mit ihr treten wollen, viele ihrer bewaffneten Verbände haben sich den Streitkräften des Demokratischen Kampuchea angeschlossen und kämpfen mit ihnen gegen die Vietnamesen.

Die Menschen, die in den Gebieten leben, die unter der Kontrolle des Demokratischen Kampuchea stehen, können ungehindert ihr Familienleben führen, sie haben die Freiheit, ihren Ehepartner auszusuchen und dürfen ein kleines Stück Land besitzen.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat die Erfahrungen in der Vergangenheit zusammengefaßt und entsprechende Lehren daraus gezogen. Sie berichtigt ihre Fehler, ergreift neue Maßnahmen und setzt eine andere Politik durch, während sie den Kampf gegen Vietnam weiterführt. Die Regierung hat im September letzten Jahres nach der Einholung der Ansichten von Einzelpersonen und von Massenorganisationen den „Programmentwurf für die Politik der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Union von Kampuchea" veröffentlicht. Darin werden alle patriotischen Kräfte, ohne Ansehen ihrer politischen Richtungen oder Differenzen, aufgefordert, sich zu einem Ganzen zusammenzuschließen im Widerstand gegen die vietnamesische Aggression. Der Programmentwurf begrüßt es, wenn die patriotischen Kräfte sich an der Arbeit der Regierung und der Ver-

wenn die patriotischen Kräfte sich an der Arbeit der Regierung und der Ver-

waltung auf verschiedenen Ebenen beteiligen. Der Programmentwurf garantiert die demokratischen Freiheiten und andere Rechte des Volkes und den Schutz des privaten Eigentums ...

Die Verwirklichung der „Verfassung des Demokratischen Kampuchea", die am 5. Januar 1976 verkündet worden ist und in der die Abschaffung der Ausbeutung und das staatliche oder kollektive Eigentum an den elementaren Produktionsmitteln vorgesehen war, ist ausgesetzt worden.

Wir haben Exzesse und schwere Fehler begangen. Wir hatten die Absicht, die ganze Bevölkerung zu mobilisieren, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und die Lebensbedingungen so schnell wie möglich zu verbessern. Aber wir haben die Menschen gezwungen, körperliche Arbeiten zu verrichten, die für manche zu hart war. Deshalb starben Menschen an Erschöpfung, Krankheiten und Unterernährung.

Der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Ieng Sary sagte:

„Wir haben politische Fehler begangen, da es Mangel an Erfahrung in der Leitung des Staates gegeben hat und ungestüme Forderungen. Die Umsiedlung der Stadtbewohner ist für zahlreiche Menschen verhängnisvoll gewesen. Die Regierung hätte besser daran getan, wenn sie den Familien erlaubt hätte, zusammenzuleben, anstatt die Familien auseinanderzureißen. Es wäre besser gewesen, wenn die Schulen wie üblich weitergeführt worden wären. Man hätte das private Eigentum nicht abschaffen sollen. Die Währung hätte in Umlauf bleiben sollen, und man hätte Religionsfreiheit gewähren sollen. Für all diese Dinge ist die Zentralregierung verantwortlich. In Übereinstimmung mit dem Programm der Patriotischen Front hat die Regierung des Demokratischen Kampuchea andere bewaffnete Kräfte des kampucheanischen Widerstandes in der Provinz Pursat, den Phnom-Malai-Bergen, in Thmar Puok und anderen Teilen der Provinz Battambang zu einem gemeinsamen Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren vereint. In jenen Gebieten, die sich unter der Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea befinden, sind die gemeinsamen Speiseräume und kollektive Zwangsarbeit abgeschafft; die individuelle Geschäftstätigkeit, die Freiheit der Eheschließung und der Religion sind gewährleistet.

Khieu Samphan: Das Demokratische Kampuchea verfolgt eine Politik, ‚die Vergangenes vergangen sein läßt', mithin eine Politik der Nichtdiskriminierung gegenüber Militär- oder Verwaltungspersonal der Marionettenregierung, die auf die Seite des Volkes übergewechselt sind, sowie eine Politik der Milde gegenüber vietnamesischen Gefangenen, die den Kampf aufgegeben haben. Da das Demokratische Kampuchea das Programm der Patriotischen Front gewissenhaft durchführt, sind Mißtrauen und Besorgnis von vielen Menschen genommen, und die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und der Armee haben sich verbessert ... Die Bevölkerung in verschiedenen Teilen des Landes versorgt die Kämpfer mit Nahrung und Informationen. Mehr und mehr Soldaten und Milizen der Marionettenregierung schützen die Soldaten der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea und die Partisanen und dienen ihnen sogar als Führer."

USA geben „Feuer frei!" in El Salvador
Revolutionäre richten sich auf langen Krieg ein

z.gek. Im Bürgerkrieg in El Salvador ist die Armee, unterstützt von Flugzeugen und Helikoptern, dazu übergegangen, Bauerndörfer in den von den Volksbefreiungsstreitkräften kontrollierten Gebieten, vor allem an der Grenze zu Honduras, systematisch anzugreifen und zu bombardieren. Nachdem der Generalstreik Ende August teilweise unterdrückt werden konnte, in den Städten staatliche Mordkommandos hausen, nahezu alle Gewerkschaftsführer verhaftet und praktisch alle Streiks und legalen Aktionen unmöglich gemacht worden sind, hat die Mehrzahl der in der „Revolutionär-Demokratischen Front" (FDR) zusammengeschlossenen Organisationen beschlossen, das Militärregime in einen Abnutzungskrieg zu verwickeln, der nur vom Land aus geführt werden kann. Eben einer solchen Entwicklung versucht die jetzige Offensive der Regierungstruppen zuvorzukommen. Es scheint, als solle noch einmal der Weg von 1932 beschritten werden, als die erste spontane Erhebung der Volksmassen El Salvadors in einem einzigen Blutbad niedergeschlagen wurde.

Anfang September spitzte sich der Kampf innerhalb der Armee zwischen den äußersten rechten Kräften um das Junta-Mitglied Oberst Guitièrrez und den Verteidigungsminister José Garcia auf der einen, dem auf einige minimale Reformen festgelegten Flügel des Militärs um das Junta-Mitglied Oberst Majano auf der anderen zu. Majano werden Kontakte zu dem nationalbürgerlichen Flügel der FDR nachgesagt, wie es auch offenes Geheimnis ist, daß einige lateinamerikanische Staaten (vor allem Mexiko und die Andenstaaten), daneben vor allem auch die westdeutsche Bundesregierung, an einer solchen Koalition gewirkt haben. In einem großen Revirement wurden die Anhänger Majanos sämtlich entweder kaltgestellt oder aber direkt in die Guerilla-Gebiete, wo die härtesten Kämpfe im Gang sind, an die Front geschickt. Majano weigerte sich, die Verfügung zu unterzeichnen. Der US-Botschafter White reiste daraufhin zu Beratungen nach Washington. Majano wurde hinzitiert. Er weigerte sich wiederum. Mitte des Monats erschien White wieder in San Salvador. Der Widerstand Majanos und der von ihm vertretenen Teile der Armee wurde gebrochen. Das war die Bedingung für die Aufstockung der US-Militärhilfe an die Junta um 20 Mio. $ (auf 90 Mio. insgesamt). Washington hat damit „Feuer frei!" für zügellose Konterrevolution gegeben.

Nur mit viel Geld kann die Militärmaschine der Konterrevolution, bei der äußerst schmalen politischen Basis, die sie noch hat, funktionieren. Geschmiert werden müssen: ein Kader von 1000 Mann Berufssoldaten, weiteren 10000 Nationalgardisten, dazu 70000 auf Zeit eingesetzte Reservisten, einige tausend von der Armee aufgestellte und geführte Dorfwehren, sowie zahllose Geheimkommandos und Profi-Killer. Noch sind die Kräfte der Revolution militärisch unterlegen. Sie müssen sich jetzt auf einen langen und harten Krieg einstellen.



Armee und Terrorgruppen schießen in die Massendemonstration von 200 000 im April bei der Beerdigung des ermordeten Erzbischofs Romero

Sowjetische Hubschrauber greifen Pakistan an

„Wir haben eine große Ausdauer, und wir sind nicht ohne Muskeln"

chm. Am vergangenen Wochenende griffen sowjetische Hubschrauber MI 24 von Afghanistan aus zweimal Grenzposten an der pakistanischen Nordwestgrenze an. Die Angriffe konzentrierten sich auf die beiden Grenzposten Nawa und Ghakhai. Einen Tag später beschimpfte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS den pakistanischen Staatspräsidenten Zia ul-Haq als „eine Marionette Chinas und der USA", wenige Stunden nachdem er als Präsident der islamischen Konferenz mit der Vermittlung im irakisch-iranischen Krieg beauftragt worden war. Für die Sozialimperialisten ist es unerläßlich, Pakistans Ansehen zu untergraben und seine Kampfkraft zu schwächen. Ein unabhängiges und blockfreies Pakistan bildet einen entscheidenden Stolperstein auf dem Weg zum Indischen Ozean. Der Teil des indischen Subkontinents, den die britischen Imperialisten noch vor ihrem Rausschmiß aus Indien abtrennten – ihr Vorwand war die Schaffung eines eigenen Staates für die indischen Moslems – barg in sich den Kern späterer Auseinandersetzungen zwischen den beiden souveränen Staaten Indien und dem neugeschaffenen Pakistan. Pakistan selbst bestand aus zwei, voneinander durch Indien getrennten Teilen: Ost- und Westbengalen. (Westbengalen ist das heutige Bangladesh). Ostbengalen, der östliche Teil Pakistans, hat geographisch eine Schlüsselstellung: Es ist das Bindeglied zwischen dem Mittleren Osten und Südostasien mit direktem Zugang zum Indischen Ozean in unmittelbarer Nachbarschaft des Persischen Golfes. Die USA griffen 1954 zu: Pakistan wurde Mitglied der SEATO (South East Asian Treaty Organisation) und ein Jahr später der CENTO (Central Treaty Organisation), beides Komplementärbündnisse zur NATO. US-Waffenlieferungen flossen nach Pakistan, allerdings durften sie nur mit Zustimmung der USA eingesetzt werden.

Ein weiterer Zankapfel zwischen Indien und Pakistan ist Kashmir. Im indisch-pakistanischen Krieg von 1965 um Kashmir witterten die Sozialimperialisten Morgenluft: Unter ihrer Schirmherrschaft kam die Tashkent-Konferenz zustande, die den durch den Krieg entstandenen status quo in Kashmir besiegelte, und insofern keine Lösung dieses Spaltpilzes zwischen Indien und Pakistan erbrachte, ebensowenig wie sie die Forderungen der kashmirischen Bevölkerung nach Autonomie erfüllte. Sie war aber nötig, um zu demonstrieren, daß es der SU nicht paßt, wenn Pakistan selbständig wie z.B. mit der VR China durch den Grenzvertrag von 1963 seine Grenzprobleme regelte.

Unmittelbar nach ihrer Invasion in Afghanistan begann die Sowjetunion ihre Einmischungsversuche in Pakistan. Sie verlaufen bis heute entlang zweier Linien: Die Lostrennung der pakistanischen Südprovinz Belutschistan zu propagieren, da dies sowieso Teil Südostafghanistans sei, sowohl demographisch als auch geographisch, hier wie dort wohnten Belutschen. Was sie so besonders „unterstützungswürdig" macht, ist, daß sie einen direkten Zugang zum Indischen Ozean haben. Parallel dazu entfachten sie die Hetze gegen die pakistanische Regierung, daß sie „Agent des US-Imperialismus und des chinesischen Hegemonismus" sei. Die US-Imperialisten wurden ihrerseits nicht müde zu versichern, daß ihnen Pakistans Unabhängigkeit besonders am Herzen liege, dazu aber notwendig sei, daß Pakistan zu *ihren* Bedingungen die Waffen kaufe, die *sie* für die Verteidigung gegen die Sozialimperialisten für notwendig erachteten. Pakistan hat diese Gängelung abgelehnt.

Die akute Bedrohung durch die Sozialimperialisten zwingt Pakistan dazu, seine Armee zu reorganisieren und zu modernisieren. Trotz negativer Handelsbilanz muß es dafür einen Gesamtbetrag von 2 Mrd. Dollar veranschlagen. Die jetzige Armee ist eine Freiwilligenarmee von 429000 Mann. Es sind Überlegungen vorhanden, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und eine Volksarmee nach dem Vorbild der chinesischen Roten Armee aufzubauen. Mit Saudiarabien sind Vereinbarungen getroffen worden über die dafür notwendigen Kredite. In einem Interview mit der französischen Zeitung Le Monde erklärte Präsident Zia ul-Haq am 29.9:

„Karmal ist mit den sowjetischen Panzern nach Afghanistan gekommen, über 80000 sowjetische Soldaten halten das Land besetzt. Wir verlangen von den Supermächten, daß sie Afghanistan wieder zu einem islamischen, blockfreien und unabhängigen Staat werden lassen. Sobald sich die sowjetischen Truppen (aus Afghanistan) zurückziehen, sind wir bereit, mit der afghanischen Regierung zu reden."

Kaffeeproduzenten fordern Preisanhebung

coi. Einen Durchschnittspreis von 160 cents/lb (1 lb = 453,6 g) bei einer Preisspanne von 136–184 c/lb und eine Mengenbegrenzung von 56,7 Mio. Sack (à 60 kg) für das Wirtschaftsjahr 1980/81: diese Forderungen erheben die kaffeeproduzierenden Länder in den Verhandlungen in London mit den von den USA angeführten Verbraucherländern zur Erneuerung des Internationalen Kaffeeabkommens. Die US-Imperialisten erklärten sich nur mit einem Preis von höchstens 120 c/lb einverstanden und stellten als Bedingung die Auflösung der Pancaffee-Company, in der sich die südamerikanischen kaffeeproduzierenden Länder zusammengeschlossen haben. Die Kaffeeproduzenten sind in einer schwierigen Lage. Durch gezielten Aufkaufstopp der Kaffeemonopole bei gleichzeitiger hoher Gesamternte von 63,1 Mio. Sack sind die Kaffeepreise von 220 auf jetzt 110 c/lb gestürzt. Das ist das reale Preisniveau von 1972/73.

3. Welt für größere Nahrungsmittelreserve der FAO

doj. 1980 werden die Getreideeinfuhren der Entwicklungsländer von 1979: 80 Mio. t auf 88 Mio. t steigen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl ist die Agrarproduktion der meisten gesunken und mit ihrer Importabhängigkeit von Nahrungsmitteln auch die Abhängigkeit von der imperialistischen „Entwicklungshilfe" gestiegen. Der FAO-(Nahrungsmittel-Unterorganisation der UNO) Generaldirektor Saouma setzt sich entsprechend einem UNO-Beschluß von 1978 für den Einsatz einer erweiterten Notsn Notstandsnah-
ner erweiterten Notsn Notstandsnah-
rungsmittelreserve ein und fordert die Imperialisten, die praktisch das Getreide-Export-Monopol besitzen, zur Finanzierung auf. Zusammen mit der Verzögerung ihrer Beiträge versuchen diese nun, dagegen die für die Ausgabe verantwortlichen Gremien zu majorisieren.

Skandinavische Länder gegen EG-Fischereipolitik

bag./ref. Auf der EG-Fischereikonferenz in Brüssel am 25.9. warnte der norwegische Beobachter die EG-Staaten vor weiterer Raubfischerei in norwegischen Gewässern. Die EG-Staaten haben eine Makrelen-Quote von 6400 t. Allein Dänemark hat 10200 t gefischt, die übrigen EG-Länder noch einmal soviel. Die EG-Länder haben keine Berichtspflicht über Fangergebnisse gegenüber Norwegen. Der Rückgang der norwegischen Fischerei wirkt sich zur Zeit sehr stark in Nordnorwegen aus, wo bis zu 80% der Bevölkerung von der Fischverarbeitung abhängig sind. – Die dänischen Fischer protestieren dagegen, daß sie von der Sperlings-Fischerei (eine kleine Heringsart) an der Ostküste Schottlands ausgeschlossen werden. – Auf dem letzten Parteitag der Siumut-Partei Grönlands wurde eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: „Seit 1977 hat die EG sich aller Fische in grönländischen Gewässern bemächtigt, ohne daß Grönland gefragt wurde. Jedes Jahr muß die grönländische Regierung nach Brüssel reisen, um darum zu bitten, daß grönländische Fischer die Erlaubnis bekommen, in grönländischen Gewässern zu fischen." Erneut hat Siumut in diesem Zusammenhang zum Austritt aus der EG aufgefordert und eine Volksabstimmung für Anfang 1981 verlangt.

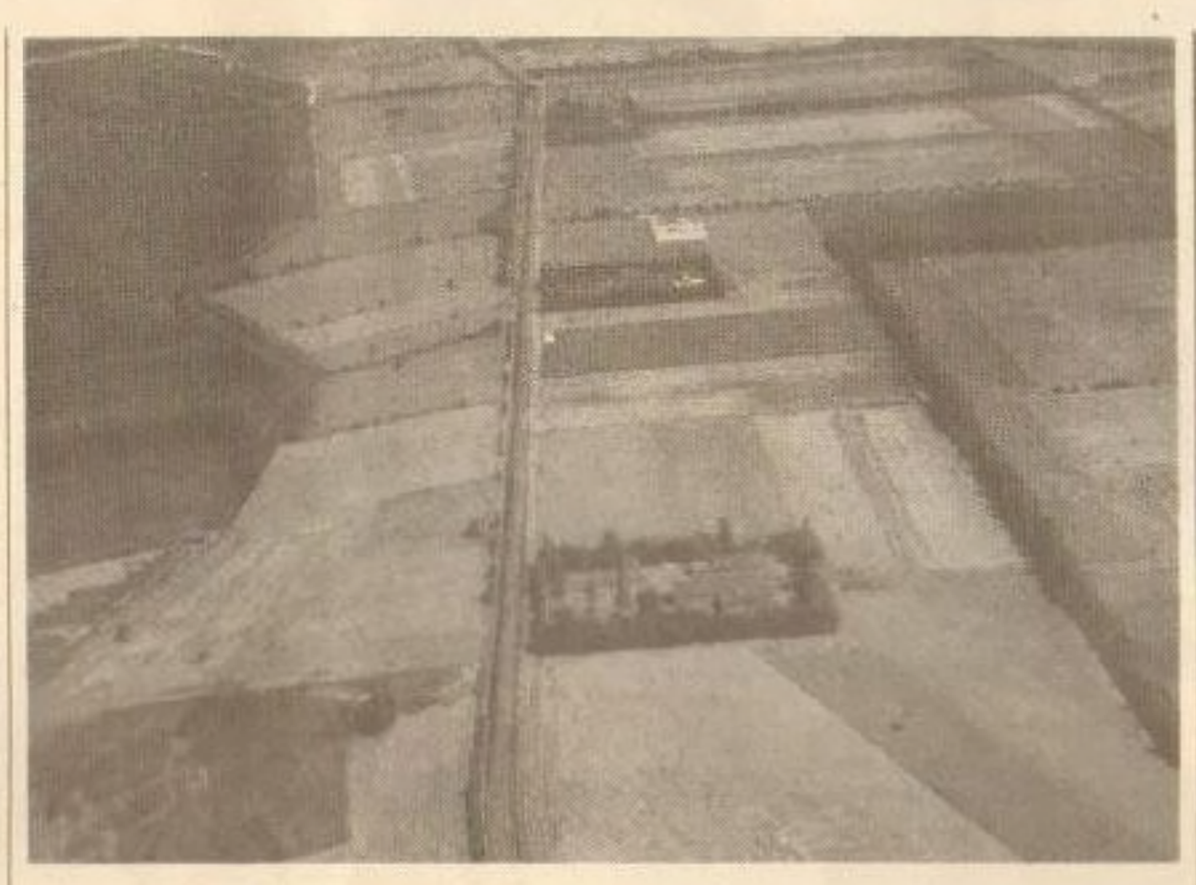
Ergebnisse der EG-Landwirtschaftsministertagung

doj. Fischereipolitik: Wegen der gegensätzlichen Standpunkte kam die seit langem angestrebte Festlegung der nationalen Fangquoten sowie eine Einigung über Englands Forderung nach einer 12-Meilen-Zone nicht zustande. *Schaffleisch:* Nachdem die Exportländer Neuseeland, Australien, Argentinien und mehrere osteuropäische Länder nun auf Exportbeschränkungen festgelegt sind, und gleichzeitig ihr Zollsatz von 20 auf 10% gesenkt wurde, tritt die Marktverordnung voraussichtlich November in Kraft. Sie legt die Preise, Abnahmegarantien, Schlachtprämien, Lagerhaltungsbeihilfen, Exportsubventionen und Importbelastungen fest. *Kalbfleisch:* Eine Einigung über das geforderte Verbot jeglicher Hormone bei der Kälbermast ist nicht bekannt.

Pachten schränken weitere Ausdehnung des Betriebs ein

Entzug von notwendigem Betriebskapital / Wegzahlung eines Teils des Einkommens

brp. Die durchschnittlichen Pachtpreise, wie sie vom Bundesernährungsministerium im Agrarbericht für buchführungspflichtige Betriebe veröffentlicht werden, sind für Vollerwerbsbetriebe mit unter 30000 DM Standardbetriebseinkommen (STBE), das sind vor allem Betriebe mit 5–20 ha, seit 1975/76 bis 1979 um 37 DM auf 216 DM/ha gestiegen, das sind rund 20%. Für Betriebe mit 30–50000 STBE um 21 DM auf 255 und für Betriebe mit mehr als 50000 DM STBE um 19 DM auf 315 DM/ha. Wenngleich diese Durchschnittspachtpreise die tatsächliche Entwicklung verwischen, weil in sie auch die vor langen Jahren abgeschlossenen Pachten eingehen, so zeigen sie doch bereits deutlich die große Diskrepanz zu dem im selben Zeitraum gesunkenen Erzeugerpreisen, zum zweiten, daß für Bauern mit geringem Einkommen und wenig ha-Fläche die Pachten am meisten gestiegen sind. Deutlich wird das Ansteigen der Pachtpreise, wenn man die Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen zur Hilfe nimmt, was möglich ist, weil die Pachtpreise einer bestimmten Verzinsung der Kaufpreise entsprechen: Sie sind von 1977 auf 1979 um 37,5% gestiegen. Pachten bis zu 1500 DM/ha sind deshalb heute keine Seltenheit. Daß die Pachten für Bauern mit geringer ha-Fläche am meisten steigen, liegt daran, daß sie wegen ihres geringen Einkommens auch nur kleine Flächen neu zupachten können, für die jedoch große Konkurrenz herrscht. Daß die Pachten bei Bauern mit großer ha-Fläche am höchsten sind, deutet an, daß sie sich den besten Boden unter den Nagel reißen.



Trotz der hohen Pachtpreise ist der Anteil des Pachtlandes von 1975 auf 1977 um 20000 ha an der gleichzeitig insgesamt verringerten landwirtschaftlichen Fläche auf 29. 9,8% (1975: 29,1%) gestiegen. Der Pachtanteil fiel bei Betrieben bis zu 20 ha, das sind hauptsächlich Nebenerwerbsbauern. Ab 20 ha steigt der Anteil des Pachtlandes, vor allem stieg die neu zugepachtete Fläche, allein in der Größenklasse 30–50 ha um 40000 ha. Daß Bauern dieser Größenklassen zupachten, ist Ausdruck davon, daß sie die Hindernisse zur weiteren Entfaltung der Produktivkraft in der Landwirtschaft überwinden müssen, nämlich die Fesselung durch ihren eigenen beschränkten Besitz an Grund und Boden.

Das Landwirtschaftsmagazin „top agrar" hat jetzt in verschiedenen Beispielen dargestellt, wann der Pachtpreis eine Obergrenze erreicht hat, wo er direkt den Lebensunterhalt, das Einkommen des Bauern einsaugt. Für kleine Betriebe, die nicht der Einkommensteuer unterliegen und die die zugepachtete Fläche noch teilweise mit der vorhandenen Maschinerie bewirtschaften können, liegt die Pachtobergrenze für Ackerland mit mittlerem Ertragsniveau zwischen 400 bis 850 DM/ha, für Grünland zwischen 300 und 500 DM. Für einkommensteuerpflichtige Betriebe mit voller Maschinenauslastung und -abschreibung liegen die Grenzen für Ackerland mit hohem Ertragsniveau (ca. 55 dt/ha Getreide oder 530 dt/ha Rüben) zwischen 650–830 DM/ha, für Grünland zwischen 80 und 400 DM/ha. Bei der Berechnung dieser Pachtobergrenzen wurden zwar die anfallenden Kosten für Saat, Düngung etc. sowie die anteiligen Maschinen-, Gebäudekosten und an Arbeitslohn zwischen 15–20 DM/Stunde vom zu erwartenden Ernteertrag abgezogen, nicht berücksichtigt wurde jedoch, daß durch die Pachtpreise dem Bauern Kapital entzogen wird. Pachtet er 10 ha Ackerfläche zu 800 DM/ha, um das Wirtschaftsfutter für die Schweinemast billiger zu produzieren, fehlt ihm das Geld für fast 90 Ferkel. Oft sind die Pachtpreise nur zu zahlen, wenn der ha-Ertrag durch erneute Investitionen und besseres, teureres Saatgut gesteigert werden kann. – Die Grundrente, die hier die Form des Pachtpreises hat, erhoben für den Gebrauch des Landes, ist eine Schranke, den Betrieb weiter auszudehnen, und sie treibt den Bauern in die Verschuldung und Verarmung. Der Pachtpreis fließt nicht in die Hände des Verpächters, der ja meist wegen seiner Verschuldung bei den Banken den Hof aufgeben mußte. Er wird der Landwirtschaft entzogen und landet als Kredit- und Zinszahlung beim Finanzkapital.

Die EG-Beitrittsbedingungen bedeuten Unterwerfung

Nach dem EG-Beitritt soll Griechenland seine Selbstversorgung mit Getreide aufgeben

nik. Ein Jahr vor dem Beitritt Griechenlands in die EG herrscht im Bereich des Getreideanbaus eine sehr angespannte Lage. Noch unmittelbar vor der Weizenernte im Juni dieses Jahres hielt sich die griechische Regierung zurück mit der Bekanntgabe der garantierten Ankaufspreise („Sicherheitspreise") für die Ernte. Mit der Taktik der Verzögerung wird der Zeitpunkt der Bekanntgabe, seit Jahren nun, so gelegt, daß diese die Bauern mitten in der Ernte erreicht, womit dann die Organisierung von Protestaktionen gegen die zu niedrig angesetzten Preise direkt in Widerspruch zur Arbeit auf dem Feld gerät.

Mit dem Getreideanbau, der etwa ⅔ der Gesamtanbaufläche des Landes beansprucht, sind rund 750000 Bauernfamilien beschäftigt. Mit 15 Mrd. Drachmen (23,5 Drm. = 1 DM) stellt der Getreideanbau den größten Posten der Einnahmen (unbereinigt) aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Das Getreide bildet die Grundlage der Nahrungsmittelversorgung der griechischen Bevölkerung. Während aber die Bauernschaft in langjährigen Kämpfen das Problem der Versorgung des Landes mit Weizen gelöst hat – Griechenland ist heute völlig autark auf diesem Sektor, trotz der Schwierigkeiten, die aus der niedrigen Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft erwachsen – ist sie der Ausbeutung durch das Handels- und Bankkapital ausgeliefert.

Die Getreideanbaufläche Griechenlands, nach einer Steigerung in den Jahren bis 1978, wird durch gezielte Maßnahmen, die Bestandteil der Agrarpolitik der EG sind, wieder rückläufig:

Weizenanbau

Jahr	Anbaufläche in Mio. ha	Ernteertrag in Mio. t
1975–76	9,2	2,3
1976–77	9,0	1,7
1977–78	9,5	2,7
1978–79	9,3	2,4

Trotz der in vielen Teilen des Landes sehr günstigen Klima- und Bodenverhältnisse für den Weizenanbau erklärt die Regierung diesen als „weniger interessant" in Anbetracht der Weizenerträge anderer EG-Staaten und der USA. Sie tritt ein für den verstärkten Ausbau der Weizensorte „hart", da die Anbausorten der anderen EG-Staaten in Weizen der Sorte „weich" „überschüssig" sind. Für die griechischen Bauern kein Trost, weil 1. auch die „Sicherheitspreise" der Weizensorte „hart" unter den Erzeugerpreisen liegen und 2. auf Grund der besonderen Anforderungen an die Bodenverhältnisse nur ca. 20% der Gesamtanbaufläche für diese Weizensorte in Frage kommen.

In den EG-Verträgen hat sich die griechische Regierung verpflichtet, den Weizenanbau oberhalb der Selbstversorgungsgrenze zu reduzieren. Die EG-Verträge im Bereich des Weizenanbaus werden die bereits jetzt verschärfte Lage der Bauern auf die Spitze treiben, da dann Einkommensunterstützungen an mittlere und kleine Bauern entfallen werden und Subventionen für Maschinen, Futtermittel und Dünger ebenfalls. Bereits 1979 hat die Regierung die Ankaufspreise von Mais um 11% auf 7,8 Drm/kg, die Subventionen aber für chemische Dünger um 25% reduziert. Andererseits werden die modernen und mechanisierten Anbaumethoden der entwickelten EG-Staaten die mit niedriger Produktivkraft arbeitende griechische Landwirtschaft niederkonkurrieren.

Eine defizitäre Lage im Grundprodukt der Nahrungsmittelproduktion der griechischen Bevölkerung und die Abhängigkeit von Getreideimporten von den US- und EG-Imperialisten erhöhen außerdem die Erpressbarkeit des Landes.

Der finanzielle Schaden, den die Weizenanbauer nur aus der Differenz zwischen Selbstkostenpreis und „Sicherheitspreis" (also ohne Gewinnspanne) in den letzten Jahren im Jahresdurchschnitt erlitten haben, beläuft sich auf 63 Mio. DM, im gesamten Getreideanbau sogar auf 77 Mio. DM.

Den großen Schnitt machen andererseits die Kapitalisten bei der Verarbeitung des Getreides. Der „Sicherheitspreis" von 1979 war um 14% höher als 1978. Während aber die Ernte von 1979 noch auf den Feldern war, genehmigte die Regierung eine Preiserhöhung aller Mehlsorten und des Brotes (in Griechenland werden die Brotpreise vom Staat festgelegt) um 25–30%. Durch den Verkauf von großen Restbeständen, gekauft zum niedrigen Vorjahrespreis, machten die Mehl-Kapitalisten riesige Extraprofite, da selbst ihre Ankaufspreise um 12% niedriger waren als die „Sicherheitspreise", weshalb der Staat auch den Bauern die Differenz zum „Sicherheitspreis" aus staatlichen Mitteln zahlen mußte. Ihre Hauptprofite aber ziehen die Mehl-Kapitalisten, die auch den Markt beherrschen, über die „normale" Mehlherstellung:

100 kg Mehl dienen zur Herstellung von 95 kg Brot. 1979 zahlten die Mehlkapitalisten für 100 kg Weizen umgerechnet 30 DM. Das Kilo Brot wurde mit 1,10 DM festgelegt. Aus der Herstellung von 95 kg Brot zogen sie über 230% Gewinne, wobei die Getreideprodukte wie Weizenkleie u.a. die Herstellungskosten wieder einbringen. Über günstige Kredite mit nur 3% Zinsen stellt die Regierung den Kapitalisten Gelder zur Verfügung zur Ausweitung und Modernisierung ihrer Produktionsanlagen. Kein Wunder, daß westeuropäisches Kapital in der letzten Zeit Verbindungen zur Teilhaberschaft bei griechischen Mehlherstellern aufgenommen hat.

Insgesamt sind die Bedingungen des Anbaus landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie die EG sie stellt, für die griechische Landwirtschaft äußerst ungünstig. Mechanisierung, die chemische Düngung und die Anbaufläche in Privatbesitz sind wesentlich niedriger im Vergleich zu den anderen EG-Staaten. Der durchschnittliche Besitz eines griechischen Bauern ist mit ca. 3,7 Hektar fast fünfmal so klein wie im EG-Durchschnitt. Auf solchen Flächen können keine ernsthafte Investitionen getätigt und die Anwendung von modernen Erkenntnissen des Ackerbaus nicht rationell genutzt werden.

Mit der Gründung der EG wurde das Märchen der arbeitsteilig betriebenen Landwirtschaft, zwecks hoher Rentabilität, Qualität und Freisetzung von Arbeitskräften, nützlich für andere Bereiche der gesellschaftlichen Produktion, in die Welt gesetzt. Unter den Bedingungen der Vorherrschaft des Imperialismus degeneriert die zweifelsohne vorhandene Notwendigkeit der internationalen Arbeitsteilung zur Beherrschung wirtschaftlich schwächerer Staaten seitens der imperialistischen Monopole.



An der Schwelle des EG-Beitritts sollen die griechischen Bauern die Anbauflächen reduzieren und auf Monokulturen umrüsten.

„60 Stunden ..." in der Woche „keine Seltenheit"

Manteltarifverhandlungen für Journalisten

nom. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um einen neuen Manteltarif für Redakteure werden geführt von der Deutschen Journalisten Union und dem Deutschen Journalistenverband. Die DJU vertritt 4500 Mitglieder – besonders bei den Tageszeitungen – sie ist als Berufssparte in der IG Druck und Papier organisiert. Die DJV dagegen ist eine selbständige Standesorganisation – daher die Differenzen in der Forderungslage: dju 35-Stundenwoche – djv 40-Stundenwoche. Trotzdem haben beide Organisationen jetzt zusammengearbeitet. Ende 1979 wurde erstmals eine Mehrarbeits- und Überstundenregelung für Redakteure durchgesetzt. Seitdem geht es um die Vergütung von Nacht- und Sonntagsarbeit sowie Mehrarbeit, die über 40 Stunden in der Woche hinausgeht. Der Manteltarifvertrag sieht derzeit vor, daß die monatliche Arbeitszeit 195 Stunden beträgt (45,6 in der Woche), wobei lediglich eine 40stündige wöchentliche ununterbrochene Ruhezeit zusteht. Für Sonn- und Feiertagsarbeit werden nur 40 DM bezahlt, unabhängig von der tatsächlichen Arbeitszeit an Sonn- oder Feiertagen. Gezahlt wird aber nur, wenn mindestens 4 Stunden gearbeitet wurde. Die Arbeitszeit über 195 Stunden wurde mit Freizeit oder mit Geld vergütet, wobei das von Zeitung zu Zeitung verschieden ist.

In einer auf der Wiesbadener Pressefête der dju verteilten „Klitsche und Glotze" heißt es u.a. „48 Stunden pro Woche hat der Gesetzgeber schon großzügig als Maximum angesetzt und schreibt immerhin eine wöchentliche Ruhefrist von 40 zusammenhängenden Stunden vor, doch für viele Kollegen – meist die in den arbeitsintensiven und chronisch unterbesetzten Lokalredaktionen – ist selbst diese arbeitgeberfreundliche Regelung ein Traum. 60 Stunden und fast regelmäßig die 6 oder 7 Tagewoche sind keine Seltenheit. Freizeitausgleich muß mühsam erkämpft werden, Überstundenbezahlung (wie beim technischen Personal selbstverständlich) wird kategorisch abgelehnt."

Selbst die 48-Stunden-Regelung wird nicht eingehalten und die Festlegung ‚12 Stunden Freizeit nach der täglichen Arbeit' wird in den Verlagen angegriffen. Gerade bei den Journalisten haben die Verleger in der letzten Zeit Personal abgebaut. Oft geschieht das, indem Arbeitsplätze nicht mehr neu besetzt werden, die Arbeit aber gemacht werden muß. Die abzufeiernde Freizeit über die 195 Stunden hinaus durchgesetzt werden muß, wobei das für die Redakteure, die gerade keine Freizeit abfeiern wieder Mehrarbeit bedeutet, diese über die 195 Stunden hinauskommen und wieder ihren Anspruch auf Freizeit durchsetzen müssen. Besonders ist das in den Lokalredaktionen so. Dort ist die Arbeitszeit sowieso am unregelmäßigsten. Liegt der „normale" Arbeitsbeginn zwischen 10 und 11 Uhr morgens, so endet er nicht einfach bei Umbruchbeginn am Abend. Oft sind am Abend lokale Ereignisse, wo die Journalisten hinmüssen: Theaterpremiere, Veranstaltungen (kulturelle, politische), Stadtverordnetenversammlungen, Ortsbeiratssitzungen etc. Aber auch der Arbeitsbeginn stimmt schon nicht mehr, wenn morgens z.B. eine Pressekonferenz gegeben wird, Neueröffnung eines Kaufhauses usw. Am Tage sind die Lokalredakteure oft unterwegs, stellen Recherchen an usw. Bei den Sportredakteuren konzentriert sich die Arbeitszeit sowieso auf das Wochenende, weil die sportlichen Ereignisse meist zu dieser Zeit stattfinden. Regelmäßiger ist der Arbeitsablauf in den Politik- und Wirtschaftsredaktionen. „Die leben von den Agenturen", wie die Jouranlisten sagen. Den ganzen Tag über und auch nachts kommen die Nachrichten von den Agenturen. Es sind bis zu 300 Meter, die der Schreiber oft ausspuckt. Die Redakteure in diesem Ressort fangen mittags an zu arbeiten, sichten das Material, stellen die Nachrichten zusammen und bleiben bis Umbruchbeginn. Einer von den Redakteuren pro Ressort muß immer zum Umbruch bleiben und überprüfen bzw. noch neue, wichtige Nachrichten ersetzen.

Die Redakteure bilden innerhalb der Zeitungsbelegschaft einen nur geringen Teil. Ungefähr 10%. Gewerkschaftlich organisiert ist oft nur ein kleiner Teil, wenig insbesondere bei den Publikumszeitschriften – die Zeitschriftenredakteure – deren Gehälter teilweise beachtlich sind. Persönlich ausgehandelt. Trotz Warnstreiks konnten die Verleger bislang alle Zeitungen herausbringen. Sie können sich dabei auch die Tatsache zunutze machen, daß wesentliche Teile der Zeitung von freien Journalisten erstellt werden, für die gesonderte tarifvertragliche Regelungen – Spesen, Zeilenhonorar usw. – gültig sind – sofern hier überhaupt Tarife anerkannt werden. Sie kommen auf Abruf für einen Auftrag oder schlagen selbst Artikel vor. Manche freie Journalisten haben auch einen festen Arbeitsplatz in der Zeitung.

An den Gewerkschaftstag der IG Druck ist ein Antrag gerichtet, der die Gesamtorganisation auffordert, für die Forderung nach Einführung der 5 Tagewoche auch für Redakteure an Tageszeitungen einzutreten – bei mindestens 2 freien Wochenenden im Monat.

werden muß. Die abzufeiernde Freizeit über die 195 Stunden hinaus durchgesetzt werden muß, wobei das für die Redakteure, die gerade keine Freizeit abfeiern wieder Mehrarbeit bedeutet, diese über die 195 Stunden hinauskom-
Gesamtorganisation auffordert, für die Forderung nach Einführung der 5 Tagewoche auch für Redakteure an Tageszeitungen einzutreten – bei mindestens 2 freien Wochenenden im Monat.

12. ord. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier vom 12. – 18.10. in Augsburg

lck. Vom 12. – 18. Oktober findet in Augsburg der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier statt. Die IG Druck und Papier zählte Ende Dezember 1979 138941 Mitglieder. Dies entspricht einem durchschnittlichen Organisationsgrad von 47,7% für beide in der IG Druck und Papier organisierten Industriezweige, wobei der Organisationsgrad innerhalb der Druckindustrie erheblich höher liegt als in der Papierindustrie. 268 Delegierten des Gewerkschaftstages liegen 384 Anträge zur Tarifpolitik, zur Satzung und zu allgemeinpolitischen Themen vor. Letztere machen die Mehrheit der Anträge aus.



Streikposten verhinderten im April 1979 den Druck der Times in Frankfurt.

Die Druckkapitalisten haben ihre Umsätze in den seit dem letzten Gewerkschaftstag vergangenen drei Jahren ständig steigern können und zwar von 15,3 Mrd. DM im Jahre 1977 auf 18,7 Mrd. DM im Jahr 1979. Die vorwiegend in den großen Verlagshäusern und Zeitungsdruckereien erzielten Höchstprofite haben sie hauptsächlich in neuer Maschinerie für grandiose Rationalisierung angelegt. Ihre Investitionen haben sich in den letzten drei Jahren von 760 Mio. DM auf 1,5 Mrd. DM nahzu verdoppelt. Durch die kapitalistische Rationalisierung konnten die Druckkapitalisten in den letzten drei Jahren den Lohnkostenanteil am Umsatz von 32,8% 1977 auf 30,7% 1979 weiter senken.

Von dieser Rationalisierung war in den letzten drei Jahren vor allem der Satzbereich, der inzwischen fast überall auf Fotosatz umgestellt ist, betroffen.Im Visier haben die Druckkapitalisten bereits den Bereich Druckformherstellung. Mithilfe einer neuen, bei Gruner & Jahr bereits erprobten Technik (Repronik) können die Belegschaften dieser Abteilungen um mehr als die Hälfte gekürzt werden.

Die Arbeiter in der Druckindustrie haben in den vergangenen drei Jahren auf allen Ebenen große Kämpfe gegen die kapitalistische Rationalisierung geführt. Wenn die Beschäftigtenzahl in der Druckindustrie zu dieser Zeit konstant geblieben ist, ist das nur diesen Kämpfen zu verdanken. Mit dem Streik 1978 konnten die geplanten Massenentlassungen im Satzbereich verhindert werden, indem die Kapitalisten gezwungen wurden, auf 8 Jahre alle Maschinensetzer und bereits im Satz angelernten Arbeiter zu Facharbeiterlohn und Maschinensetzerlohn weiter zu beschäftigen. 1980 konnte ein neuer Manteltarif für die Arbeiter und Angestellten durchgesetzt werden, der die Maschinenbesetzungen an den Druckmaschinen zumindestens gerade hinreichend regelt und die Schicht-, Sonn- und Feiertagszulagen für Arbeiter und Angestellte einheitlich festsetzt. Günstig an den Lohnabschlüssen, bei denen die Druckkapitalisten gemessen an ihren Umsatzsteigerungen und Profiten viel zu gut wegkamen, ist allenfalls, daß durch regelmäßige zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppe ein weiteres Auseinandergehen der Lohnschere verhindert werden konnte. Das erhält umso mehr Gewicht, als die Druckkapitalisten versuchen, immer mehr ungelernte Arbeiter in den Produktionsprozeß einzuschleusen um damit Lohnkosten zu senken, eine Spaltung in den Belegschaften kann nur verhindert werden, wenn dieser bereits beim Lohn und bei der Eingruppierung entgegengetreten wird.

Anträge an den Gewerkschaftstag.

Sämtliche Anträge zur Tarifpolitik verfolgen die Absicht, der kapitalistischen Rationalisierung wirksam entgegenzutreten. So wird die erhobene Forderung nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich stets mit der Intensivierung der Arbeit und schnelleren Vernutzung der Arbeitskraft begründet. Um die Ausweitung der Schichtarbeit zu erschweren ist es richtig, daß die 35-Stundenwoche auf 5 Tage in der Woche verteilt wird, wie es vom Landesbezirk Hessen gefordert wird. Eine Auseinandersetzung wird es um die Frage geben, wie man der ständigen Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit begegnet. Aus fast allen Landesbezirken werden hierzu konkrete Forderungen aufgestellt, wie die nach einer Begrenzung der Schichtarbeit auf maximal 7 Stunden pro Tag bei vollem Lohnausgleich, Kündigungsschutz für Schichtarbeiter, die 10 Jahre in Schicht gearbeitet haben nach dem 50. Lebensjahr, 5 Tage mehr Urlaub für Schichtarbeiter und Beanspruchung der Rente bereits nach 55 Lebensjahren.

Die Auseinandersetzung wird aber letztlich darum geführt werden müssen, das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit langfristig durchzusetzen, wie es der weitestgehendste Antrag des Landesbezirk Baden-Württemberg fordert, dem steht ein Antrag des Hauptvorstandes gegenüber, die Nacht- und Schichtarbeit durch mehr Freizeit erträglicher zu gestalten.

Die Anträge zur internationalen Lage richten sich in ihrer Gesamtheit gegen den imperialistischen Krieg und vor allem gegen die eine Supermacht, die USA. Konkret werden in diesem Zusammenhang Forderungen gegen den Bau der Neutronenbombe und gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen erhoben, bzw. ein Verbot aller Atomwaffen und aller sonstiger Massenvernichtungsmittel. Eine längere Debatte dürfte es um den Weg geben, wie der imperialistische Krieg zu verhindern ist. Durch ‚Entspannung', wie es die Mehrheit der Anträge formuliert oder durch Abschluß eines Friedensvertrages und den Austritt der BRD aus der NATO, wie es ein Antrag des Ortsverein München fordert. Die letztere Forderung durchzusetzen, wird auf dem Gewerkschaftstag einige Anstrengung kosten.

Dabei gilt es, die Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege darzustellen, solange die Arbeiterklasse nicht die Macht erobert hat und einer gefährlichen Tendenz in der IG Druck und Papier entgegenzutreten, die darin besteht, die vom Sozialimperialismus ausgehende Kriegsgefahr, zu verharmlosen oder gar zu verneinen.

Die Anträge, die dem 12. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier vorliegen, sind in ihrer großen Mehrzahl der Politik der Regierungssozialdemokratie entgegengesetzt. Ehrenberg als Gesandter der Regierung wird entsprechend es schwer haben. Ihm sollte man jene Anträge mit auf den Weg geben, die die Selbstverwaltung sämtlicher Versicherungen durch die Arbeiter und Angestellten gefordert und die Bezahlung der Kosten allein durch die Kapitalisten.

die Maschinenbesetzungen an den Druckmaschinen zumindestens gerade hinreichend regelt und die Schicht-, Sonn- und Feiertagszulagen für Arbeiter und Angestellte einheitlich festsetzt. Günstig an den Lohnabschlüs-
Die Auseinandersetzung wird aber letztlich darum geführt werden müssen, das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit langfristig durchzusetzen, wie es der weitestgehendste An-
sollte man jene Anträge mit auf den Weg geben, die die Selbstverwaltung sämtlicher Versicherungen durch die Arbeiter und Angestellten gefordert und die Bezahlung der Kosten allein durch die Kapitalisten.

IGM Jugend Hamburg fordert die Anerkennung der PLO

uwz. Wie in den Betrieben berichtet wurde, hat in der Vorbereitung der Kreisjugendkonferenz des DGB Kreis Hamburg die IGM-Jugend (OJA) einen Antrag beschlossen, der die Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung als legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes fordert. Außerdem wird die Aufhebung des GUPA-Verbotes und Kontakte zwischen DGB und GUPA/PLO gefordert. Die DGB-Jugend soll den gerechten Kampf der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus unterstützen, die Bundesregierung die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung akzeptieren und einhalten. Die DGB Kreisjugendkonferenz findet am 19.10.80 statt.

Eintägiger Warnstreik der Pariser Metro

hth. Einen eintägigen Warnstreik haben am Montag, den 29.9. Teile der Belegschaft der Pariser Metro durchgeführt. Auf fünf der 15 Linien fiel der Verkehr völlig aus, die restlichen wurden zu 30 bis 90% befahren. Gefolgt war dem Streikaufruf, der von der PCF beeinflußten Gewerkschaft CGT organisiert war, ungefähr 2600 Beschäftigte. Mindestens 12000 weitere Beschäftigte haben sich an dem Streik nicht beteiligt. Die Forderungen der CGT waren umfangreich: Von der Einführung der 5-Tage-Woche insbesondere für die Fahrer, über Lohnerhöhungen für Schalterbeamte, Neueinstellungen, bis zum ausreichenden Wechselgeld (u.a.). Ein Angebot der Regierung ist so wenig erreicht worden, wie mit dem ebenfalls von der CGT organisierten Streik im Juli. Die sozialistische CFDT – zweitgrößte Gewerkschaft – hat sich nicht beteiligt. Sie hatte vorgeschlagen, sich auf die gemeinsame Durchsetzung von 1 bis 2 Forderungen zu einigen, die alle Beschäftigten beträfen. Verhandlungen darüber hatte die CGT abgelehnt. Diese Taktik, von der CFDT und CGT derzeit in allen Kämpfen verfolgt, bedeutet eine Schwächung der französischen Arbeiterbewegung und ist ein entscheidendes Hindernis zur Herstellung einer Arbeitereinheitsfront.

Schadenersatzansprüche gegen französische Gewerkschaften

hth. Unterstützt von der CGT hatte die Belegschaft von Renault-Le Mans 1975 zwei Monate lang „Dienst nach Vorschrift" gemacht: U.a. wurden sämtliche Arbeiterschutzvorschriften peinlich genau eingehalten. Obwohl sich die Kapitalisten mit einer Betriebsvereinbarung verpflichten mußten, keine Schadenersatzansprüche zu stellen, reichten sie Klage gegen die Gewerkschaft ein. Forderung: 30 Millionen Francs. Zugesprochen bekamen die Kapitalisten in erster Instanz 6 Millionen Francs wegen „Desorganisation der Arbeitsabläufe". Auf der Schiffswerft „Dubigeon-Normandie" hatte die Belegschaft 1977, von CGT und CFDT unterstützt, zwei Monate gegen die Einführung von Stechuhren auch in den Pausen „wild" gestreikt. Auf Schadenersatzklage in Höhe von 1,43 Millionen Francs bekamen die Kapitalisten in erster Instanz 400000 Francs zugesprochen. In beiden Fällen war am ersten Oktober Berufungsverhandlung. Die Urteile sind noch nicht verkündet. Zwei Grundsatzprozesse für das Streikrecht der französischen Arbeiterbewegung: Der Kapitalistenverband CNPF hat erklärt, bei „positivem" Urteil seien 40 weitere Prozesse mit Streitwert von 100 Millionen Francs geplant. CGT und CFDT haben beide öffentlich erklärt, daß sie, unabhängig vom Urteil, keinen Pfennig zahlen werden. Die CGT hat in der Region um Nantes am 1.10. einstündige Warnstreiks organisiert, die CFDT in allen Betrieben, in denen ähnliche Klagen erwartet werden. Außerdem sind zahlreiche Betriebsdelegationen zu den Berufungsverhandlungen in Rennes und Arles erschienen.


Vorigen Mittwoch begannen die streikenden Fiat-Arbeiter im ganzen Land mit der Blockade der Fiat Auto- und Stahlwerke. Sie wollen damit gegen die Freisetzung von 22884 Beschäftigten ab 6. Oktober bis zum Jahresende protestieren. Außerdem führten Fiat-Arbeiter in Turin einen 8stündigen Warnstreik durch.

Landarbeiterstreik in Brasilien

gih. Einen Streikaufruf der Landarbeitergewerkschaft im nordostbrasilianischen Bundesstaat Pernambuco befolgten am vergangenen Montag 240000 Arbeiter. 35 Zucker- und Alkoholfabriken der Region waren durch den Streik lahmgelegt. Die Streikenden fordern bessere Arbeitsbedingungen, einen monatlichen Mindestlohn von umgerechnet 240 Mark und die Einhaltung des im vergangenen Jahr unterzeichneten Vertrages. Die Regierung bezeichnete den Streik als illegal. Es war der erste Streik der Landarbeiter seit 16 Jahren.

Papierindustrie Bayern: 7,2 Prozent mehr Lohn

gih. Um 7,2% werden die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen der rund 10000 Beschäftigten in der bayerischen Papierindustrie rückwirkend vom 1. September an erhöht. Außerdem werden die vermögenswirksamen Leistungen vom 1. Juli 1981 an von 39 auf 52 DM angehoben. – Die Tarifverhandlungen für die rund 16000 Beschäftigten im Rheinischen Braunkohlerevier sind auf den 15. Oktober vertagt worden. Die IG Berbau und Energie fordert 9,5% mehr Lohn und Gehalt sowie mehr Urlaub. Die Kapitalisten legten am ersten Verhandlungstag kein Angebot vor.





Durch technisch hoch entwickelte Hilfsmittel werden chronisch Kranke und schwer Behinderte wieder aktions- und arbeitsfähig. Die Ausgaben der Krankenkassen für Heil- und Hilfsmittel sind überdurchschnittlich gestiegen. Grund für die Kostendämpfer, gerade hier anzusetzen auf der Herbstsitzung der Konzertierten Aktion.

Heil- und Hilfsmittel vor der Kürzung

Fortschritt der Produktivkräfte nicht für Versicherte

hev. „Strukturprobleme bei der Erbringung bzw. Abgabe von Heil- und Hilfsmitteln" sollen auf der Herbstsitzung der Konzertierten Aktion beraten werden, darauf hatte sich dasselbe Gremium am 21. März des Jahres geeinigt. Zu den Heilmitteln zählen Massagen, Bäderbehandlung, Krankengymnastik, zu den Hilfsmitteln z.B. orthopädische Schuhe, Krücken, Rollstühle, Blutdruckselbstmeßgeräte, Brillen und Hörgeräte. Bei diesen Mitteln hatte es in den letzten 10 Jahren überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen bei den Krankenkassen gegeben. Ihr Anteil an den gesamten Leistungen der Krankenkassen betrug 1970 noch 2,8%, 1979 aber 5,4%. In absoluten Zahlen sind es rund 4 Milliarden von 75 Milliarden DM. Einen relativ geringen Umfang machen die Massagen und ähnliches aus (50 Mio.), aber dort sind die Steigerungsraten am höchsten. Allein zwischen 1975 und 1978 haben sich dort die Ausgaben mehr als verdoppelt. Am stärksten zu Buche schlagen die verschiedenen Geräte, und hier wiederum die Rollstühle, Inhalationsgeräte, Dialyse- und Sauerstoffapparate, für die die Kassen innerhalb eines Jahres ('78 – '79) ein Viertel mehr aufgewendet haben, während orthopädische Schuhe, Bandagen, Stützstrümpfe usw. mit knapp 5% völlig im Rahmen der allgemeinen Kostensteigerung liegen. Woran liegt das?

In den letzten Jahren hat es einen bedeutenden Fortschritt in der Behandlung verschiedener chronischer Erkrankungen durch technisches Gerät gegeben. So ist es heute möglich, daß ein chronisch Nierenkranker die notwendige Blutwäsche zu Hause selbst durchführt (Dialyse). An Armen und Beinen Gelähmte können mit Hilfe elektronisch betriebener Prothesen lernen, die gelähmten Gliedmaße wieder zu gebrauchen. Schwer Asthmakranke sind duch Verkleinerung und Vereinfachung der Inhalationsgeräte nicht mehr auf eine Krankenhausbehandlung angewiesen. Querschnittsgelähmte werden durch teilweise elektrisch betriebene Rollstühle mit verschiedenen elektronisch gesteuerten Extrahilfen wieder aktionsfähig. Nur wenige dieser technischen Hilfsmittel können in großer Serie produziert werden, in vielen Fällen sind es handwerklich hochentwickelte Einzelstücke, die deshalb auch teuer sind.

Die sog. „Strukturprobleme" sind im wesentlichen also Kostensteigerungen durch Ausdehnung und Verfeinerung medizinischer Behandlungsmöglichkeiten, Produktivitätsfortschritte, die die Arbeiterklasse erzielt hat und die sie zur Behandlung schwerer Krankheiten einsetzen will. Der Bundesarbeitsminister hat andere Ziele, die er bisher durch geschicktes Ausspielen aller an der Konzertierten Aktion Beteiligten durchsetzen konnte. Diese stellte im März fest, es gelte „den noch weit überhöhten Anstieg der Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel in die finanzielle Gesamtentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung einzuordnen" (Deutsches Ärzteblatt 14/80). Auf deutsch: es soll Mengenbegrenzungen für solche Geräte geben, es wird verschärfte Kontrollen der Versicherten und ihrer Ärzte geben und es wird deshalb mehr Kranke geben, die nicht nach allen Regeln der ärztlichen Kunst behandelt, sondern mit minderwertigem Gerät abgespeist werden. Ähnliches ist bei den Heilmitteln zu erwarten. Nicht mehr dann Massagen oder Krankengymnastik, wenn nötig, sondern vielleicht nur ein Mal im Quartal erlaubt. Oder Beschränkung der Niederlassung für Masseure, Bademeister und Krankengymnasten, deren Zahl in den letzen Jahren stark zugenommen hat und damit auch die Möglichkeit für die Versicherten, überhaupt in den Genuß solcher Leistungen zu kommen, was notwendig ist. Wirbelsäulen-, Muskel- und Sehnenerkrankungen sind hauptsächlich wegen einseitiger Arbeitsbelastung in den Büros und Fabrikhallen zur Volkskrankheit Nr. 1 geworden. Eine Kürzung trifft große Teile der Versicherten hart, weil es ein Ausweichen auf andere Behandlungsmöglichkeiten nicht gibt.

Jeder 2. Betrieb der Bauwirtschaft beschäftigt Leiharbeiter

brp. Mit einer Fragenbogenaktion unter den Baukapitalisten zur Beschäftigung von Leiharbeitern wollte die IG Bau Steine Erden eigenes statistisches Material in die Hand bekommen, um die Ausdehnung der gesetzlichen und illegalen Arbeitnehmerüberlassung nachzuweisen und um damit die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot jeglicher Leiharbeit weiter zu untermauern. Die Ergebnisse sind in der Gewerkschaftszeitung „Grundstein" vom September veröffentlicht.

918 Fragebögen konnten ausgewertet werden. Sie ergaben, daß in den letzten 5 Jahren knapp zwei Drittel aller Baukapitalisten, vor allem der Betriebsgrößenklassen von 20 bis 150 Beschäftigten, Leiharbeiter beschäftigt hatten. Allein im März 1980, wo die Bauproduktion wegen der Witterung weit geringer als im Sommer ist, beuteten mehr als ein Drittel der Betriebe (37,9%) Leiharbeiter aus. In diesen 918 Betrieben waren im März '80 7800 Leiharbeiter beschäftigt. Die Zahl der Leiharbeiter liegt damit erheblich höher, als sie von der Bundesanstalt für Arbeit mit 6000 Leiharbeitern nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz während der Sommermonate 1979 angegeben wird. Die Erfassung der Bundesanstalt für Arbeit, die im wesentlichen die Grundlage des Leiharbeitsberichts der Bundesregierung bildet, hatte ergeben, daß nur 0,3% der Beschäftigten im Baubereich Leiharbeiter sind, mit regionalen Schwerpunkten in NRW mit 0,47% und Westberlin mit 0,89%. Festgestellt wurde weiter, daß der Anteil der ausländischen Leiharbeiter den der westdeutschen im Baubereich übersteigt, von denen die meisten aus Frankreich, England, Italien, der Türkei und Jugoslawien kommen.

Wenn jedoch bereits 918 Betriebe von rund 55000 Baubetrieben, also 1,5% 7800 Leiharbeiter beschäftigen, wird die Gesamtzahl noch um etliches höher liegen. Hinzu kommt, daß 58% der 918 Betriebe angaben, mit Subunternehmern zusammenzuarbeiten, über deren Arbeiter jedoch die befragten Baukapitalisten Weisungsbefugnis hatten. In der Regel handelt es sich bei solchen Werksverträgen um illegale Vermittlung von Leiharbeitern, die, wie schon früher von der IG Bau Steine Erden aufgedeckt, selbst von Großfirmen wie der Strabag benutzt werden. Annäherungswerte sprechen von einem Verhältnis zwischen gesetzlich erlaubter und illegaler Leiharbeit von 1:6 bis 1:10, als Schätzung wurden für 1979 rund 200000 illegale Leiharbeiter für den Baubereich angenommen. Da diese Arbeiter zumeist Hilfsarbeiten verrichten werden, geht über ihre Beschäftigung ein erheblicher Druck nicht nur auf die Hilfsarbeiterlöhne der rund 280000 sozialversicherungspflichtigen Fachwerker aus, sondern auf das gesamte Lohnniveau. Da sie nicht einmal die minimalsten Schutzrechte besitzen, wird auch der wirtschaftliche Kampf der Bauarbeiter durchlöchert. Solange die Leiharbeit in allen Bereichen nicht gesetzlich verboten ist, wird auch die illegale nicht bekämpft werden können.

Manteltarifverhandlungen Hessen wieder in Gang

acd. Bereits 1973 hatte die IG Metall in Hessen ihre Forderungen nach einem neuen *gemeinsamen* Manteltarifvertrag (MTV) für Arbeiter und Angestellte in einem Entwurf vorgelegt. Der derzeitig noch gültige MTV stammt aus dem Jahr 1966. Jetzt fand eine Verhandlung am 30. September statt, die nächsten sollen am 21. Oktober und voraussichtlich am 6. November folgen.

Einige wesentliche Forderungen zum Manteltarif sind aber von der Arbeiterbewegung für die meisten Tarifgebiete bereits bei den jährlichen Lohntarifkämpfen durchgesetzt worden. So wurde vor allem der für Ende '78 erstmals kündbar gewesene Lohnschlüssel auch gekündigt. Nach dem Lohnschlüssel sind die Lohngruppen pro-

auch gekündigt. Nach dem Lohnschlüssel sind die Lohngruppen pro-

zentual fest an die Ecklohngruppe angebunden, wodurch Festgeldforderungen eigentlich unmöglich waren, denn sie hätten das starre Verhältnis geändert. Die starke Bewegung für Festgeldforderung setzte aber durch, daß der Lohnschlüssel aus dem MTV rausgenommen wurde und Bestandteil der jährlich kündbaren Lohntarife ist.

Ebenso sind 1978 nach Streiks im Stahlbereich 6 Wochen Urlaub durchgesetzt worden. Weitere bereits erkämpfte Punkte: Verdienstabsicherung bei Abgruppierung, Kündigungsschutz für ältere Arbeiter, bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung und Kontoführungsgebühren.

Jetzt will die IG Metall endlich insgesamt den neuen Manteltarif abschließen. Die Forderungen der IG Metall sind im einzelnen: Neuregelung der Zuschläge für Nacht- und Spätarbeit, für Sonn- und Feiertagsarbeit sowie für Mehrarbeit. Zahlung eines Ausgleichs bei Kurzarbeit sowie Regelung der Kurzarbeitsbedingungen und -ankündigungsfristen. Wegfall der Krankheitsbescheinigung für Arbeiter während der ersten drei Krankheitstage. Ausgleich zwischen Nettoarbeitsentgelt

rend der ersten drei Krankheitstage. Ausgleich zwischen Nettoarbeitsentgelt

und Krankengeld nach 6 Wochen Krankheit, Regelung für Einstellungsbedingungen, Eingruppierungsfragen usw.

Die Gewerkschaft hat diese Forderungen erneut in einem Flugblatt verbreitet und zur Unterstützung ihrer Verhandlungen in den Betrieben aufgerufen.

Gewerkschaftstag der IG Metall

Auseinandersetzungen um Mittelstreckenraketen / untere Lohngruppen / Tarifkampf

smm. Während auf dem letzten Gewerkschaftstag sich der Vorstand in allen ausdrücklich politischen Fragen durchsetzen konnte, ist ihm dies auf diesem Gewerkschaftstag nicht gelungen. Deutlich kommt dies bei der Diskussion um die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zum Ausdruck, die im Rahmen der Diskussion um die Entschließung 3 des Vorstandes zur Entspannungspolitik und Abrüstung stattfand. Zu der Entschließung des Vorstandes wurde ein Ergänzungsantrag der Delegierten gestellt, in dem der Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen verurteilt wird.

Dazu Eugen Loderer: „Die Entschließung 3 hat alle wesentlichen Elemente in sich. Vor allem hat sie die nötige Ausgewogenheit, ohne die es in diesem Zusammenhang nicht geht. Demgegenüber sagt der Ergänzungsantrag 2, daß dieser Gewerkschaftstag das aufheben soll, was der Kongreß der Sozialdemokratischen Partei vor wenigen Monaten in Berlin beschlossen hat, gegen vielen und sicher auch manchen berechtigten Widerspruch. Wenn dieser Gewerkschaftstag dem Ergänzungsantrag 2 zustimmen würde, hätten wir eine völlig konträre Position zu dem, was dort beschlossen worden ist." Ihm wurde von Horst Klaus aus der Verwaltungsstelle Nürnberg entgegnet: „Mit dieser Entschließung (E 3), die klare Aufträge für die Organisation selber, für uns, vermissen läßt, sind wir so nicht recht zufrieden (...) Neue Vorgänge, insbesondere die Verkündigung der Direktive 59 des amerikanischen Präsidenten Anfang August, haben die Nürnberger Delegierten ... veranlaßt, einen Ergänzungsantrag einzubringen, der in seiner Begründung konkret auf diese Tatsache eingeht (...) Der Bundeskanzler hat am Sonntag in der Eröffnungsrede gesagt, daß die Gefahr besteht, ein neuer Rüstungswettlauf kommt in Gang. (...) Dieser Rüstungswettlauf ist bereits im Gange. Es kommt darauf an, auch von hier aus klarzumachen, daß er gestoppt werden muß. Es kann in der Tat nicht so sein, daß nur eine Seite verurteilt wird und daß wir die andere Seite bei solchen Überlegungen auslassen." Vor dem Ende der Debatte stellte dann die Antragsberatungskommission folgendes fest: „Nach Auffassung der Antragsberatungskommission wäre mit der Annahme der Entschließung 3 und der Ergänzungsanträge 2 und 3 zu E 3 insgesamt diese Entschließung deutlicher, und vor allem werden dann gegenüber beiden militärischen Blöcken alle Rüstungs- und Nachrüstungsbeschlüsse verurteilt." Der Ergänzungsantrag 2 wurde in der abschließenden Abstimmung mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Zu einem weiteren Streitpunkt wurde die Entschließung 12 des Vorstandes zur Tarifpolitik. Dort wird u.a. die Erhöhung der Löhne und Gehälter gefordert. Dazu Hannelore Bethge, Verwaltungsstelle Hamburg: „Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben beantragt, in der E 12 die Streichung der untersten Tarifgruppen und die verstärkte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltssätze als klare Aussage mit aufzunehmen. Auch wenn die Antragsberatungskommission meint, daß mit der genannten Formulierung in der Entschließung unser Ergänzungsantrag erfaßt wird, müssen wir doch wohl eine Sprache sprechen, die ohne Erklärungen, Auslegungen, Interpretationen von unseren Mitgliedern und in der Öffentlichkeit verstanden wird (...) Die Lohngruppe II muß weg. Die verstärkte Anhebung der unteren Tarifgruppen muß für jeden deutlich ein vorrangiges Ziel unserer Tarifpolitik bleiben." Folgender Ergänzungsantrag wurde mit einer Gegenstimme angenommen: „Streichung der untersten Tarifgruppen und verstärkte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltssätze."

Zum dritten Auseinandersetzungspunkt wurden die sogenannten Pilotabschlüsse. Ob der Vorstand die Möglichkeit hat, sowohl regional als auch zentral mit den Metallkapitalisten im Lohnkampf zu verhandeln und bei erfolgter Einigung einen regionalen Abschluß für alle Bezirksleiter bindend zu machen. Im wesentlichen vertraten diejenigen Bezirksleiter, die auf Grund besonderer Bedingungen in ihrem Bezirk höhere Löhne durchsetzen können, als sie zentral abgeschlossen werden, die Lohnkämpfe regional zu führen. Der Vorstand wollte sich nicht aus den Händen nehmen lassen, zu entscheiden, wann er es für richtig hält, ob regional oder zentral verhandelt bzw. abgeschlossen wird.

Zum Schluß des Gewerkschaftstages verabschiedeten die Delegierten eine Solidaritätsadresse an die IG Druck und Papier, die wegen ihres Boykotts und der Blockade gegen die Erstellung der „Times" in Streikbrecherarbeit vor Gericht gezerrt worden ist. „Mit diesem Prozeß wird eine gefährliche Kriminalisierung von Solidaritätsaktionen bei Arbeitskämpfen eingeleitet. Die Delegierten des Gewerkschaftstages fordern das Landgericht in Darmstadt auf, das Verfahren einzustellen."

Keine Einschränkung des Mitwirkungsrechts des Betriebsrates!

ebk. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat am 26.9. über die Zulässigkeit der „kalten Aussperrung" verhandelt. So bezeichnet die IG Metall Kampfmaßnahmen von Kapitalisten, deren Betriebe nicht direkt bestreikt, durch Streik in einem anderen Tarifgebiet aber getroffen werden. So hat Daimler-Benz in Bad Homburg und Zulieferbetriebe von Daimler-Benz während des Metallarbeiterstreiks 1978 in Nordbaden-Nordwürttemberg teils Kurzarbeit angeordnet, teils die Produktion ganz eingestellt, ohne die jeweiligen Betriebsräte an diesen Entscheidungen zu beteiligen. Die Betriebsräte haben daraufhin bei den Arbeitsgerichten Antrag auf Festestellung der Unwirksamkeit dieser Kampfmaßnahmen gestellt, weil das Mitwirkungsrecht des Betriebsrates mißachtet worden sei. Das Landesarbeitsgericht Frankfurt hat gegen die Mitwirkung des Betriebsrates an solchen Maßnahmen entschieden, das Landesarbeitsgericht Hamm dafür. Jetzt wird das BAG entscheiden.

Seit 1971 vertritt das BAG die Auffassung, daß personelle Maßnahmen, die unter anderen Umständen mitwirkungspflichtig sind, während eines Streiks nicht der Mitwirkungspflicht des Betriebsrates unterliegen: „Es tritt hier mit Rücksicht auf die durch den Arbeitskampf geschaffene Konfrontation zwischen Belegschaft und Arbeitgeber jedenfalls hinsichtlich derartiger personeller Maßnahmen mit ihren Wirkungen auf das Kampfgeschehen eine Funktionsunfähigkeit des Betriebsrates ein." In 1978 hat das BAG diese Auffassung sogar auf die sonst der Zustimmung des Betriebsrates unterworfene fristlose Kündigung eines Betriebsrates ausgedehnt.

Diese Rechtsprechung ist eine Folge des in §2 Betriebsverfassungsgesetz festgelegten „vertrauensvollen Zusammenwirkens" zwischen Betriebsrat und Kapitalist „zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes". §74 BetrVG verbietet daher „Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat". Diese äußerst einschneidenden Maßnahmen gegen die Vertretungsorgane der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, die in Kampfmaßnahmen einbezogen sind, sollen jetzt auch auf mittelbar dadurch betroffene Betriebe ausgedehnt werden. „Mittelbar betroffen" ist nach der Neutralitätsverordnung, die die Bundesanstalt für die Zahlung von Arbeitslosengeld während Arbeitskämpfen erlassen hat, ein Betrieb im fachlichen Bereich eines umkämpften Tarifvertrages. Die IG Metall bekämpft diese Ausdehnung entschieden. Das Bundesarbeitgericht entscheidet am 22.12. 1980.

EG-Stahlkartell „Eurofer 1" außer Kraft gesetzt

Handelsblatt: „Ungezügelter Wettbewerb" / US-Regierung legt „Sanierungsprogramm" vor

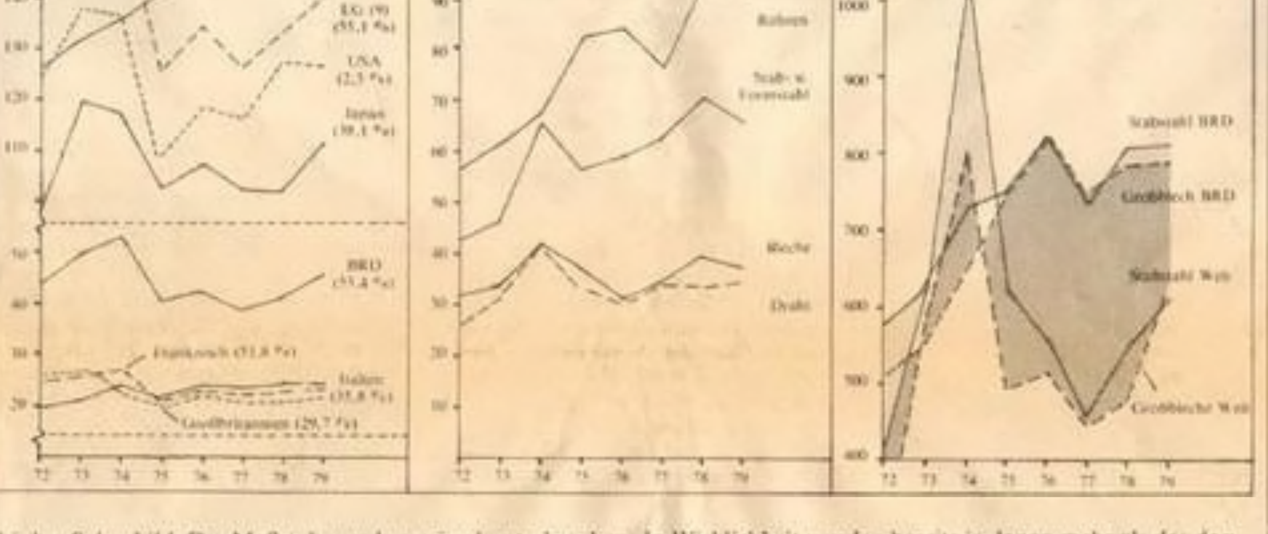
anh. Fieberhafte Hektik kennzeichnet den Stahlmarkt. Seit dem 30.6.80 funktionieren die Mindestpreisregelungen des EG-Stahlkartells „Eurofer 1" nicht mehr, nachdem der italienische staatliche Konzern Finsider und die Klöckner-Werke ihre Zustimmung für das seit 1978 laufende Programm – seit 1976 lief bereits der ähnliche „Davignon-Plan" – zurückgezogen hatten. Am 23.7. beschloß der EG-Ministerrat, auch die letzten Mindestpreise für Walzstahl außer Kraft zu setzen. Die EG-Kommission für Kohle und Stahl empfahl am 3.9., die Rohstahlproduktion in der EG im letzten Quartal 1980 um 13% zu senken. Weder neue Mindestpreise noch genaue Anteile der einzelnen Konzerne an diesem Volumen von auf das Jahr umgerechnet 124 Mio. Tonnen wurden festgelegt. Inzwischen liegt der EG-Ministerratssitzung am 7. Oktober ein Alternativprogramm des Grafen Davignon, für die Stahlindustrie zuständiger EG-Kommissar, vor. Danach sollen entweder neue Produktionsquoten für die 12 größten Stahlkonzerne in der EG festgelegt werden oder bei Mißlingen solcher Festlegungen der §58 des Montanvertrags in Kraft treten. Nach diesem Paragraphen kann bei einer „offensichtlichen Krise" jeder Stahlkapitalist in der EG auf eine feste Produktionsquote festgelegt werden. Bei Nichtbeachtung kann die EG-Behörde Strafen bis in Höhe des Wertes der mehr produzierten Walzstahlerzeugnisse erheben. In Verbindung mit §74 können überdies Einfuhrbeschränkungen für Stahlimporte festgelegt werden.

Die US-Regierung hat in dieser Woche ein „Sanierungsprogramm" für die US-Stahlindustrie vorgelegt. Danach soll zum 21. Oktober das „Trigger-Preis-System" wieder eingeführt werden, das seit März des Jahres praktisch außer Kraft ist. Damals hatte der größte Stahlkonzern United States Steel Corp. gegen Stahlexporteure aus 7 EG-Ländern bei der Regierung Dumping-Klagen eingereicht. Nach dem Trigger-System werden Mindestpreise für Stahlimporte festgelegt, bei deren Unterschreitung automatisch eine Dumping-Untersuchung durchgeführt wird, die zu Strafen und Handelsbeschränkungen für den einführenden Kapitalisten führen kann. Bisher orientierten sich die Preise an den handelsüblichen für japanischen Stahl, der 1979 40% der 16 Mio. t Importe ausmachte. Nach dem neuen Programm werden die Richtpreise um 12% angehoben. Verbunden ist das mit Subventionen von geplanten 4 bis 5 Mrd. Dollar pro Jahr in den nächsten 5 Jahren.

Ähnliche Investitonsförderungsprogramme laufen auch in verschiedenen Ländern der EG: in Frankreich ist die Staatsbank Hauptaktionär der Stahlkonzerne geworden, die belgische Regierung hat im August einen Sofortkredit von 75 Mio. DM an den größten Konzern Cockerill gezahlt, die britische Regierung hat für dieses Jahr dem staatlichen Konzern British Steel weitere 1,7 Mrd. DM zugesagt, in Luxemburg verhandelt die ARBED mit der Regierung über erneute Zinszuschüsse und Bürgschaften, in der BRD sind u.a. die subventionierte Rationalisierung der saarländischen Stahlindustrie und der Bau des neuen Hoesch-Stahlwerkes in Dortmund angelaufen.

Diese Aktivitäten sind alle Ausdruck des sich abzeichnenden erneuten Konjunktureinbruchs in der Stahlindustrie der imperialistischen Länder. In den USA ist dies bereits am weitesten fortgeschritten. Nach Stagnation bereits im letzten Jahr (s. linkes Schaubild) ist die Rohstahlproduktion von monatlich 11,4 Mio. t im März auf 6,8 Mio. t im Juli 1980 gesunken. Insbesondere aufgrund der Produktionseinschränkungen in der Automobilindustrie rechnen die westdeutschen Stahlhandelsunternehmen mit einer Senkung des Inlandsverbrauchs an Stahl um 3 bis 8% im 2. Halbjahr 1980 gegenüber dem Vorjahr. Diese Verengung der Binnenmärkte in den imperialistischen Ländern forciert noch einmal die Anstrengungen der verschiedenen Stahlkonzerne, jetzt mit steigendem Warenexport neue Marktanteile zu erobern. Die Gewinner des letzten Jahres waren dabei die BRD- und japanischen Imperialisten (s. linkes Schaubild). Innerhalb der EG ist die Rangfolge hinter der BRD seit dem Stahlboom 1973/74 genau umgekehrt worden zugunsten der italienischen Imperialisten, die entsprechend für Freihandel in der EG eintreten.

Die Konjunktur der westdeutschen Stahlindustrie ist seit 1972 in immer stärkerem Maß auf den Export gestützt. Das mittlere Schaubild zeigt, daß bereits der Stahlboom 1973/74 wesentlich durch einen höheren Exportanteil bei den wichtigsten Walzprodukten bestimmt war. Auch das „Zwischenhoch" 1978/79, bei dem bereits ein großer Teil der seit 1974 erneuerten Anlagen zur Anwendung kommen konnte, bestand im wesentlichen in höheren Exporten bei Röhren und Stabstahl. Fast die Hälfte aller Exporte gingen im letzten Jahr in EG- und assozierte Länder, jeweils rund 15% in die USA und RGW-Länder. Die EG-Mindestpreise werden dabei zunehmend ein Problem. Entstanden waren sie aus dem Interesse, während der Umrüstung der Produktionsanlagen seit 1974 vor Billigimporten wie vor großen Marktverschiebungen in der EG geschützt zu sein. Auf jeden Fall für die BRD- und italienischen Imperialisten ist dieser Zweck nicht mehr vorhanden. Fast alle Werke sind auf das Sauerstoffaufblasverfahren oder Elektroöfen umgestellt, während die Konkurrenz noch mitten in diesen Rationalisierungen steckt, wie die staatlichen Subventionen auch zeigen. Das rechte Schaubild zeigt, wie mit den Mindestpreisen die Verkaufspreise künstlich über dem Weltmarktniveau gehalten wurden. Nach Aufhebung der Mindestpreisbindungen sind die Preise z.B. für Betonstahl mit 510 bis 520 DM/t in der BRD innerhalb von 2 Monaten auf den Weltmarktpreis gesunken. Gerade die französischen Stahlkonzerne müssen dabei draufzahlen und rufen daher nach dem §58 des Montanvertrags. Die westdeutschen Stahlkapitalisten wollen dagegen neuen Produktionsquoten nur zustimmen, wenn ihr Anteil erhöht wird. Im 3. Quartal dieses Jahres lagen sie bereits 6% über der vorgesehenen Quote. Mit dieser Forderung hatten Klöckner und Finsider Eurofer 1 auch zum Platzen gebracht.



Linkes Schaubild: Der Maßstab wurde zweimal unterbrochen. In Wirklichkeit wurden bereits in Japan mehr als das doppelte der BRD-Stahlproduktion hergestellt. Die Daten für die EG gehen von der heutigen Mitgliedschaft von neun aus. In Klammern hinter den Ländern ist die jeweilige Exportquote angegeben. Sie ist aus dem Anteil der exportierten Walzstahlerzeugnisse an der gesamten Jahresproduktion in Prozent errechnet. – *Mittleres Schaubild:* Die Darstellung läßt die jährliche Auflösung oder Bildung von Warenlagern unberücksichtigt, da sie aus der jährlichen Produktions- und Außenhandelsstatistik der BRD erstellt ist. – *Rechtes Schaubild:* Die Verkaufspreise sind die im Jahr durchschnittlich erzielten Preise ab Werk ohne Mehrwertsteuer. Der durchschnittliche Weltmarktpreis war in Dollar angegeben und wurde nach dem jährlichen durchschnittlichen Wechselkurs auf DM umgerechnet.

IWF-Jahrestagung: Erpresser entdeckt?

bep. Karl-Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank, hat die Sache aufgedeckt: Der Internationale Währungsfonds wird erpreßt – nämlich von den OPEC-Ländern, die sich weigern, neue größere Zahlungen in den Fonds zu machen, wenn die PLO nicht als Beobachter zugelassen wird (inzwischen ist die Entscheidung darüber bis nächsten März verschoben). Die 7 größten imperialistischen Länder unter den 130 Mitgliedstaaten des Währungsfonds, die zusammen über die absolute Mehrheit der Stimmen verfügen, sehen sich aber noch anderen Pressionen ausgesetzt: Die Vertreter der 3. Welt fordern mit Nachdruck den Wegfall der Kreditauflagen für IWF-Mittel, die einem Diktat über die Wirtschaftspolitik der Empfängerländer gleichkommen; sowie u.a. den Einsatz zusätzlicher IWF-Mittel als Entwicklungshilfe und ein gemessen an der finanziellen Beteiligung überproportionales Stimmrecht der Entwicklungsländer. Durch Verteuerung ihrer Importe und schrumpfende Mengen und Erlöse ihrer Exporte in die imperialistischen Ländern steigt gegenwärtig für viele Länder der 3. Welt das Zahlungsbilanzdefizit und damit der Kreditbedarf dramatisch an. Gleichzeitig weigern sich private Banken zunehmend, Kredite an solche Länder zu vergeben, und streben einen sichereren Weg an: nämlich Kreditvergabe an den IWF, der diese Mittel dann wiederum – gegen Auflagen, versteht sich – an die entsprechenden Länder gibt. Finanzminister Matthöfer und Bankpräsident Pöhl waren ganz vorn in der Front der Vertreter der imperialistischen Länder gegen die Forderungen der 3. Welt. Einer der Haupterpresser, der Sprecher Saudi-Arabiens, wies darauf hin, daß die Entwicklungshilfe der OECD-Länder von 1965 0,49% auf 1979 0,34% Anteil am Bruttosozialprodukt gesunken ist. 6 arabische OPEC-Länder haben 1974$979 4% ihres Bruttosozialprodukts als Entwicklungshilfe gegeben. Die VR China ist seit letztem Mittwoch Mitglied im IWF und unterstützt die Forderungen der 3. Welt.

Japans erste PKW-Produktionsstätte in der EG

wos. Ende September unterzeichneten Nissan (Datsun) und das Staatsunternehmen Alfa Romeo nach erbitterten Auseinandersetzungen zwischen der italienischen Regierung und der Fiat sowie weiteren europäischen Automobilmonopolen einen Vertrag über gemeinsame PKW-Produktion. Er sieht die Gründung der Gesellschaft „Arnia" vor, deren Kapital beide Seiten je zur Hälfte tragen. 60000 Kompaktwagen mit Frontantrieb (Modell von Nissan) sollen in einer neuen Fabrik südlich vom Mailand produziert werden. Davon sind 50% für den italienischen Markt bestimmt, wo derzeit nur 2000 japanische PKW pro Jahr eingeführt werden dürfen; die übrigen 50% für andere europäische Länder und den Nahen Osten. – Ministerpräsident Cossiga stellte u.a. die Bedingung, daß der Absatz der Wagen der EG-Politik nicht zuwiderlaufen dürfe. Sein Ziel ist, Alfa Romeo aus den Millionenverlusten herauszubringen. Die japanischen Automobilmonopole bezwecken, angesichts der protektionistischen Drohungen den Fuß in der europäischen Produktion selbst drin zu haben. Dieser Durchbruch ist ihnen jetzt gelungen. LKW's lassen sie bereits in Spanien produzieren.

Mehr Kinder gleich höheres Einkommen?

Untersuchung des DIW über Familieneinkommen / Arbeiterfamilien durchschnittlich geringe Kinderzahl

gkr. Keinesfalls sei die These richtig, daß Kinderreichtum gleichbedeutend sei mit Armut. Im Gegenteil, „die Einkommensschichtung zeigt, daß sich die Mehrzahl der Familien mit Kindern keineswegs in einer so ungünstigen Einkommenslage befindet, wie das vielfach unterstellt wird". Das ist eines der Ergebnisse einer Studie, die das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) im Auftrage des Bundesfamilienministeriums angefertigt hat. Im untenstehenden Schaubild ist die Einkommensverteilung für Familien mit und ohne Kinder dargestellt, ebenfalls sind die häufigsten Werte der Verteilungskurven für verschiedene Kinderzahlen enthalten.

Zwei Gründe sind für die deutlich ausgeprägte Verschiebung zu höheren Einkommen bei steigender Kinderzahl ausschlaggebend:

1. Bei Familien mit Kindern arbeiten häufig mehrere Personen. Aus dem Mikrozensus (eine Stichprobenerhebung) für 1978 ergab sich, daß bei 38,5% aller Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren beide Elternteile erwerbstätig waren, während bei Familien ohne Kinder oder mit älteren Kindern der entsprechende Prozentsatz bei 31,5% lag. Zusätzlich arbeiten etwa ein Viertel aller Kinder, die noch mit ihren Eltern zusammenleben. So lag für Familien mit Kindern in der Altersgruppe 15 bis 18 Jahre, die noch in schulischer Ausbildung waren, der häufigste Einkommenswert 1979 bei etwas über 2100 DM, für Familien mit Kindern, die arbeiteten, bei 2500 DM.

2. Während den größten Anteil der Ein- und Zweikinderfamilien Arbeiter und Angestellte stellen, fast 40% der Einkinderfamilien sind Arbeiterfamilien und nur etwa 10% sind Familien von Selbständigen, sind die Familien von Selbständigen bei den Familien mit 5 und mehr Kindern in der Überzahl: 40% dieser Familien sind Selbständigenfamilien, 30% Arbeiterfamilien. Die durchschnittliche Kinderzahl von Selbständigenfamilien beträgt 2,4, von Angestellten 1,8 und von Arbeitern 1,9. Die vom DIW für 1979 zusammengefaßten Daten bestätigen, daß Arbeiter höchst selten und nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen in der Lage sind, mehrere Kinder zu ernähren. In der untenstehenden Tabelle ist das Familieneinkommen auf „Vollversorgungspersonen" umgerechnet, wie sie als Rechengröße auch z.B. im Familienbericht der Bundesregierung verwandt werden: rationelleres Haushalten bei mehreren Personen wie geringerer Bedarf von Kindern sind ansatzweise berücksichtigt.

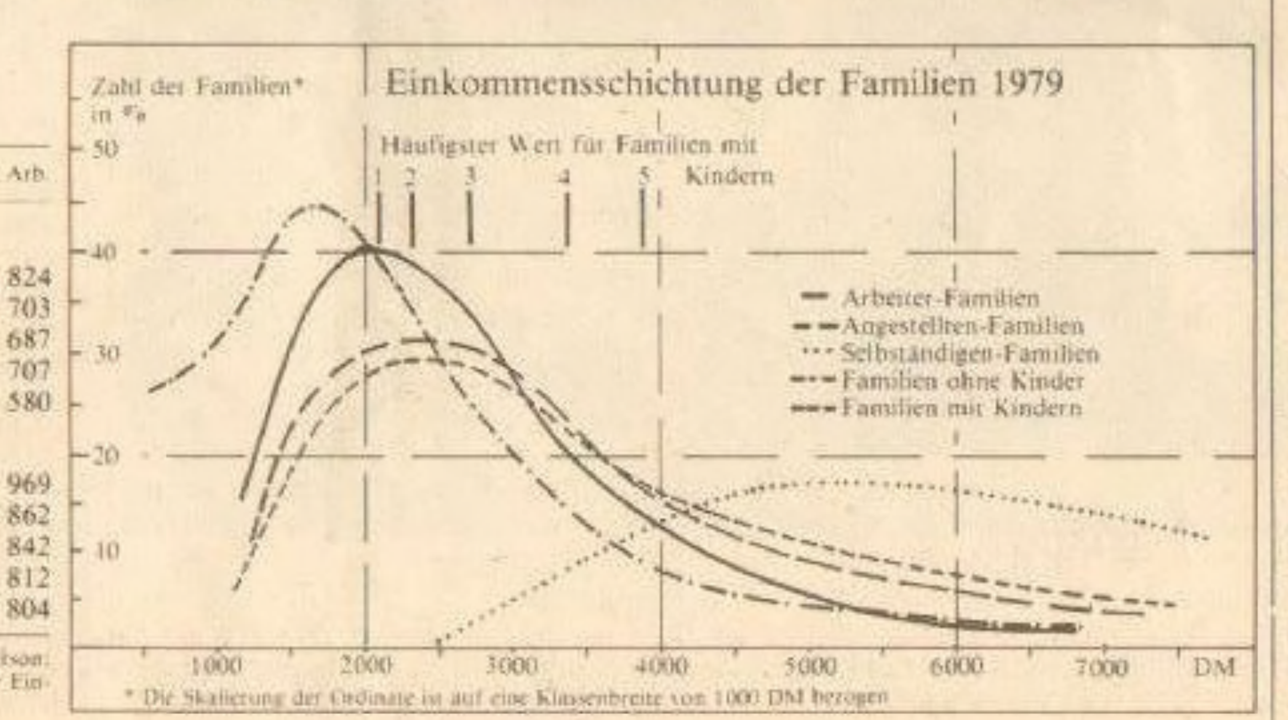
Wenigstens 50% der Arbeiterfamilien mit einer Kinderzahl von 4 an aufwärts haben pro Vollversorgungsperson unter 90% von dem, was das Statistische Bundesamt für den durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt 1979 errechnet hat, und sie liegen sogar mehr als 35% unter dem durchschnittlichen Einkommen für eine Vollversorgungsperson, bezogen auf alle Familien. Das DIW muß denn aus all dem auch den Schluß ziehen: „Dies (höhere Einkommen bei steigender Kinderzahl) bedeutet freilich nicht, daß Kinderreichtum ein hohes Einkommen zur Folge hat, wie gelegentlich aus den Ergebnissen der DIW-Untersuchung abgeleitet worden ist. Zutreffend ist vielmehr: Familien mit vergleichsweise hohem Einkommen sind eher in der Lage und auch Willens, mehrere Kinder aufzuziehen, als Familien mit geringen Einkünften."

Für den Auftraggeber ein Anlaß, insgesamt einen Kurs auf Senkung des Kindergeldes zu begründen und gleichzeitig „den Eltern mit geringerem Einkommen einen Zuschlag zu dem derzeitigen Kindergeld zu zahlen".

Familieneinkommen pro Vollversorgungsperson*

	Selbst.	Angest.	Arb.
häufigster Wert (Modalwert)			
1 Kind	1690	920	824
2 Kinder	1597	879	703
3 Kinder	1538	962	687
4 Kinder	1553	815	707
5 u. m. Kinder	1250	744	580
50%-Wert**			
1 Kind	2318	1126	969
2 Kinder	1968	1012	862
3 Kinder	1775	1029	842
4 Kinder	1591	982	812
5 u. m. Kinder	1371	954	804

* siehe auch Text. Erste Person 1 Vollversorgungsperson; Ehegatte 0,8; jedes weitere Kind 0,7 – ** Oberster Einkommenswert für 50% der Familien



* Die Skalierung der Ordinate ist auf eine Klassenbreite von 1000 DM bezogen

Kredit für Südafrika

hew. 250 Mio. Dollar soll das südafrikanische Siedlerregime von einem Bankenkonsortium unter der Führung der Dresdner Bank, Luxemburg, erhalten. An dem Konsortium sind Banken der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Schweiz beteiligt. Der Kredit liegt bei einer Laufzeit von 7 Jahren um ½ Prozent höher im Zinssatz als die üblichen westeuropäischen Kredite. Das bedeutet eine erhebliche Vergünstigung für Südafrika, das dem Boykott der UNO unterliegt. Im Vergleich: Für Polen liegen die Zinsen der Dresdner Bank noch ein halbes Prozent höher. Als angeblicher Zweck dieser Darlehensvergabe wird die Schaffung von Arbeiterwohnungen für die Townships und der Ausbau von Schulen und Krankenhäusern für die Farbigen angegeben. Ein Sprecher der Dresdner Bank erklärte dazu: „Für Panzer hätten wir das Geld nicht gegeben". Durch die Kredite werden jedoch andere Haushaltsmittel frei.

Vorbereitung zweier Volksbegehren in Hessen: gegen oder für Förderstufe

löh. Eine „Bürgeraktion freie Schulwahl", ins Leben gerufen von der hessischen CDU und dem hessischen Elternverein, sammelt gegenwärtig in Hessen Unterschriften von Leuten, die sich für den Fall eines Volksbegehrens bereit erklären, vier bis fünf Unterschriften dafür beizubringen. Insgesamt wären 117000 Unterschriften für ein solches Volksbegehren erforderlich. Die Unterstützung von entsprechender Seite hat diese „Bürgeraktion". Der Hessische Philologenverband, der „Hessen Kurier", Organ der CDU, sowie die „Mitteilungen der Frankfurter Industrie- und Handelskammer" werben dafür. Gleichzeitig hat eine „Aktion Bildung für alle – Ja zur Förderstufe" angekündigt, im Falle eines solchen Volksbegehrens ihrerseits ein Volksbegehren für die Förderstufe durchzuführen. 60% der hessischen Schüler werden heute in einer Förderstufe unterrichtet.

Der wesentliche Unterschied zwischen der Förderstufe und dem dreigliedrigen Schulsystem besteht darin, daß in der Förderstufe in den fünften und sechsten Klassen ein sogenannter Kernunterricht stattfindet, in den Fächern Deutsch, Gesellschaftslehre und Naturwissenschaften, in dem alle Schüler einheitlich unterrichtet werden, während im dreigliedrigen Schulsystem die Aussortierung der Schüler auf die verschiedenen Schultypen im wesentlichen schon nach der vierten Grundschulklasse passiert. In der Förderstufe existieren gleichzeitig sogenannte Leistungskurse für die Fächer Englisch und Mathematik, in denen die Schüler eingeteilt sind in A-, B- und C-Kurse. Diese Kurse sollen „durchlässig" sein, das heißt, alle halbe Jahre wird festgestellt, ob man im entsprechenden Kurs verbleibt oder „auf- bzw. absteigt". Die Förderstufe selbst ist widersprüchlich: Auf der einen Seite bedeutet sie eine Verlängerung der einheitlichen Schulausbildung nach den vier Grundschulklassen, auf der anderen Seite sprengt sie diese Vereinheitlichung wieder durch das Kurssystem.

Die „Bürgeraktion" nun ist gegen alle Elemente der Förderstufe, die die Ausbildung vereinheitlichen, also namentlich gegen den Kernunterricht und argumentiert dabei reaktionär mit der „unterschiedlichen Begabung", wobei der Schluß ihrer Argumente sowieso darauf hinausläuft, daß „Begabung" aus Besitz entsteht. Gleichzeitig tritt die „Bürgeraktion" für alle Elemente der Förderstufe ein, die die Uneinheitlichkeit der Ausbildung, mit allen ihren Folgen der mangelhaften Ausbildung, der Auslese und Konkurrenz, manifestiert. Sie scheuen sich aber auch andererseits nicht, Punkte des Kurssystems anzugreifen, die offensichtlich eine Verschlechterung für die Schüler beinhalten, wie z.B. die häufigeren Testarbeiten.

Gegen beide Volksbegehren muß man sein und den Angriff hauptsächlich gegen die Politik der Reaktionäre organisieren. Der Parole „Ja zur Förderstufe" kann man sich andererseits deswegen noch lange nicht anschließen, dazu muß das Kurssystem in der Förderstufe beseitigt werden und damit ein kleiner Schritt in Richtung einheitlicher Schulausbildung getan werden.

Mit Beginn des Wintersemesters verschärft sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt

jam/rak. Bis zu 50000 Studenten sind unmittelbar vor Beginn des Wintersemesters noch auf der Suche nach einem Zimmer. Mangel an Wohnheimplätzen, zunehmendes Desinteresse privater Vermieter und horrende Wohungsmieten nannte das Deutsche Studentenwerk am letzten Mittwoch als Gründe.

Im wesentlichen ist das Zusammentreffen zweier Entwicklungen für die Zuspitzung der Wohnungsmisere in den Universitätsstädten vor allem zu Beginn des Wintersemesters verantwortlich: Die Studentenzahlen steigen langfristig. 1975 studierten 840800 Studenten an Universitäten und Fachhochschulen in Westdeutschland und Westberlin. 1979 waren es schon 981600. Dies ist vor allem durch eine Verlängerung der Studienzeiten bewirkt worden, da die Anzahl der Studienanfänger im gleichen Zeitraum nur von 166600 auf 176800, also um 10200 Studenten, zugenommen hat (Informationen Bildung und Wissenschaft Mai 1980).

Die ständig steigenden Studentenzahlen stoßen auf ein insgesamt unzureichendes Angebot an billigen Wohnungen. Nach einer Umfrage in 30 Großstädten sind zur Zeit etwa 250000 Wohnungssuchende mit einem Berechtigungsschein für eine Sozialwohnung registriert. Gleichzeitig sinkt aber die Anzahl der neugebauten Wohnungen von 604600 1974 auf 293000 1979. Daran sieht man schon, was vom Argument bürgerlicher Ökonomen zu halten ist, es bestehe grundsätzlich „Konsumentensouveränität", was bedeuten soll, daß eine hohe Nachfrage sich selbst ein hohes Angebot schafft. Die Nachfrage der Mieter nach Wohnungen ist nicht so kaufkräftig, daß sich der Bau von mehr Wohnungen bei stark gestiegenen Hypothekenzinsen für die Boden- und Hauseigentümer lohnen würde (vgl. KVZ 31/80, S.1).

Die Wohnungsnot der Studenten ist nur die Spitze des Eisberges. Dabei wirkt sich allerdings besonders erschwerend aus, daß der erhöhte Wohnungsbedarf zu Semesterbeginn schlagartig auftritt und daß gerade die Erstsemester notgedrungen großteils auf die teuersten Wohnformen – Einzelzimmer oder Appartment – angewiesen sind.

Da die chaotischen Wohnungsmarktverhältnisse durch das Profitinteresse der Kapitalisten bewirkt werden, haben die Landes- und Kommunalpolitiker einen Vorwand, um sich aus der Verantwortung für die Wohnsituation zu stehlen. So rief der niedersächsische Wissenschaftminister Pestel die Bevölkerung Göttingens auf, „den Studenten weiterhin, möglichst jedoch verstärkt, Zimmer zur Verfügung zu stellen" (Göttinger Tageblatt, 3.10.80). In Bezug auf einen eigenen Beitrag konnte er nur darauf verweisen, daß in Göttingen etwa 14% der Studenten einen Wohnheimplatz haben, während bundesweit nur 11% mit Wohnheimplätzen versorgt sind. Damit will Pestel spalten. Bei 2–3000 wohnungssuchenden Studenten allein in Göttingen ist dies allerdings eine lächerliche Ausrede.

Auch der Göttinger Stadtrat ist nicht freiwillig bereit, geeignete Schritte zu unternehmen. So hat eine Ratsmehrheit von CDU und FDP im Verwaltungsausschuß gegen Behandlungs eines Antrags der DKP gestimmt, mit dem leerstehende Wohnungen erfaßt und auf ihre Wiedervermietung hingewirkt werden soll.

Schon seit langem wird in Göttingen der Kampf für Erhaltung und Schaffung billigen Wohnraums geführt. In zahlreichen Besetzungsaktionen, zuletzt in der teilweise erfolgreichen Besetzung der ehemaligen Augenklinik, wurde die Ursache der Wohnungsmisere, die private und staatliche Verfügungsgewalt über Wohnraum, spontan angegriffen. Neben Lehrlingen und Schülern wird der Kampf vor allem von den hauptsächlich betroffenen Studenten der unteren Semester geführt. Gerade zu Beginn des Studiums ist der Zusammenschluß für bessere Arbeits- und Lernbedingungen besonders wichtig. Keine oder nur eine behelfsmäßige Unterkunft zu finden, erschwert diesen Zusammenschluß und behindert das Lernen und Arbeiten.

Sogar der Göttinger RCDS ahnt, wie dem Problem in diesem Wintersemester zu Leibe gerückt werden soll. Er warnt vor „extremen Gruppen, ... (die) zu gewaltsamen Hausbesetzugen aufrufen" (Göttinger Tageblatt, 3.10.80). Landesregierung und Stadtrat müssen dazu gezwungen werden, Maßnahmen zur Bereitstellung ausreichenden Wohnraums zu ergreifen. Dazu sollen sie ihnen zur Verfügung stehende leere Gebäude freigeben, und sofern das nicht ausreicht, andere Wohnungen anmieten und verbilligt an Studenten weitervermieten, wie das im letzten Jahr schon teilweise gefordert wurde.

Untersuchungsausschuß zum Abendgymnasium Frankfurt

Landesregierung reagiert mit Versetzungen und Suspendierung

bil. Seit knapp einem Jahr tagt der Ausschuß des hessischen Landtages zur „Untersuchung der Vorfälle am Abendgymnasium Frankfurt". Die CDU hat den Untersuchungsausschuß gefordert; vernommen werden alle höheren Beamten der von der SPD geführten Schulverwaltung. Dorothee Vorbeck, SPD, wurde im März 1979 nach dem halbjährigen Streik der Studierenden am Abendgymnasium als neue Schulleiterin eingesetzt. Vor dem Untersuchungsausschuß formulierte sie ihre Ziele: „Kooperation statt Konfrontation zur Schulaufsicht – Leistungsstand und Notenpraxis aus der öffentlichen Kritik herauszubringen – Herstellung eines ordnungsgemäßen Schulbetriebes". Als Ergebnis stellte sie in ihrer Vernehmung fest: „Das erste ist die Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht; die, so möchte ich sagen, ist voll und ganz gelungen ... ich bin auf die Forderungen gestoßen, daß Schüler das Recht haben sollten, unliebsame Lehrer abzuwählen; daß Unterricht bei Lehrern, die stundenplanmäßig eingesetzt sind, boykottiert wird ... Diese Dinge kommen selbstverständlich nicht in Frage, sie müssen verhindert werden, und das tue ich ... Wenn der Unterricht nicht besucht würde, dann kann dort nur ‚nicht feststellbar in der Leistung' stehen, und das kommt einer 6 gleich ... Der nächste Punkt, den ich in meinem Zielkatalog aufgeführt hatte, war die Beschäftigung mit der Notenpraxis und dem Leistungsstand der Schule. Da ist selbstverständlich, daß es eine regelmäßige Kontrolle der Anwesenheit gibt. Ich selbst führe sie regelmäßig fort und nehme auch regelmäßig Einsicht in die Kurshefte, aus denen hervorgeht, welcher Unterrichtsstoff behandelt wird. Ich führe Unterrichtsbesuche durch, um eben auch über das, was im Unterricht abläuft, einen Eindruck zu haben ... Ich habe die Anweisung an das Kollegium gegeben, Notenübersichten von jeder geschriebenen Klassenarbeit mir vorzulegen".

Das war der Auftakt im Untersuchungsausschuß. Genüßlich konnte die Frankfurter Allgemeine Zeitung Ende September berichten: „Die SPD verhält sich auffallend still. Schließlich ist nicht nur ihr Kultusminister in die Affäre verwickelt ... Bezeichnend ist auch Friedrichs (Leiter der Schulabteilung beim Regierungspräsidenten) Versagen beim Abitur 1977. Damals hatte die Schulaufsicht überhöhte Noten der Abiturarbeiten „nach unten" korrigiert ... Mannshohe Inschriften ‚Schulaufsicht raus' und ein Spalier von Schülern empfingen ihn beim Abendgymnasium. In dieser Lage habe er es für richtig gehalten, die Bestimmungen großzügig auszulegen, Zuhörer zuzulassen, sagte Friedrich vor dem Untersuchungsausschuß. Auch hatte er nichts dagegen, daß eine Gruppe von Prüflingen mit weiß geschminkten Gesichtern erschien ...".

Im Januar reagierte der Hessische Kultusminister mit einem Erlaß zur faktischen Auflösung des Abendgymnasiums. Er verordnete: „Ich bitte dafür Sorge zu tragen, daß der Unterricht für die Studierenden des neuen Hauptsemesters ab 1.2.1980 Lehrern übertragen wird, die nicht dem zur Zeit bestehenden Kollegium des Abendgymnasiums angehören". Das gesamte Kollegium des Abendgymnasiums erhielt die Mitteilung, daß Versetzung beabsichtigt ist. Der GEW Bezirksvorstand und die Vertreterversammlung reagierten mit einer Erklärung, in der sie „alle Lehrer Frankfurts auffordern, falls die Behörden an sie mit dem Ansinnen herantritt, an ihrer Schule eine Dependance des Abendgymnasiums I einzurichten, oder an einer solchen Dependance zu unterrichten, dieses Ansinnen abzulehnen". In den ersten Wochen fand in den neuen Hauptkursen kaum Unterricht statt; nur mit abgeordneten und Teilzeitlehrern konnte die Schulaufsicht nach Wochen den Unterricht sicherstellen. Gegen den Personalrat des Abendgymnasiums ist ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht eingeleitet, daß die Zustimmung zur Versetzung durch das Gericht ersetzen lassen will. Die Arbeiten der Lehrer am Abendgymnasium zur Reifeprüfung wurden dreimal nachkorrigiert und Disziplinarbußen von teilweise 1900 DM für mangelhafte Korrektur der Arbeiten verhängt. Im August suspendierte der Regierungspräsident den Personalratsvorsitzenden des Abendgymnaisums Wimmer. Wimmer hatte vor dem Unterschungsausscnuß unter anderem ausgesagt: „... Im Frühjahr 1974 war ich konfrontiert mit der Auseinandersetzung der Studierenden mit der Dienstaufsicht, die dazu führte, daß eine eigene Schule durch die Studierenden erkämpft wurde ... Die den allgemeinen Schulen übergeordnete Schulbürokratie hat sich als ungeeignet erwiesen, die Probleme, die sich aus der Erwachsenenbildung ergeben, zu bewältigen. Sie können einen Studierenden nicht mehr schulrechtlichen Anforderungen unterordnen, wenn er als Arbeitnehmer nach dem Betriebsverfassungsgesetz bereits mehr Rechte gehabt hat ...". Die GEW-Vertreterversammlung hat sich sowohl gegen die beabsichtigten Versetzungen, wie auch die Suspendierung ausgesprochen.



Nachdem die Forderungen der Schüler bis zur Vollversammlung am 23.10.78 nicht erfüllt worden waren, wurde sie in ein Schulbesetzungsfest umgewandelt. Dem Schulleiter Jakobs kamen dabei seine Schlüssel und einige Zeugnisformulare abhanden. Danach wurde er unter Führung des Polizeipräsidenten befreit. Die Bewegung, der sich auch die Schüler des AG II in Griesheim anschlossen, konnte durch Spaltung an den anderen Schulen und gezielte Einschüchterung gespalten werden. Die Besetzung soll jetzt vom Ausschuß untersucht werden.



1876/77 führten die Massen große Kämpfe gegen die Absicht, den Unterricht zwangsweise in Afrikaans abzuhalten. Soweto (Bild) war der Ausgangspunkt.

Schülerstreiks in Azania

Für gleiche Ausbilduung / Siedlerregime schließt Schulen

hew. Allein in den letzten zwei Wochen sind vom südafrikanischen Siedlerregime 77 Schulen in Azania geschlossen worden. Grund für die Schließung der Schulen ist der geringe Erfolg, „die Erziehung zu normalisieren", erklärte Ferdie Hartzenberg, der zuständige Minister. Die Regierung hatte an die Schüler ein Ultimatum, den Streik zu beenden, gestellt.

Die Streiks der Schüler halten seit Februar an. Im Februar hatten Schüler in Guguletu, einer schwarzen Vorstadt von Cape Town, sich mit dem Streik der sogenannten farbigen Schüler solidarisiert, die gleiche Ausbildung für Schwarze und Weiße forderten. Als der Streik der farbigen Schüler im Juli beendet werden mußte, hatte die Streikwelle bereits die Schüler der Schulen für Schwarze erfaßt. Die Schulen von Cape Town, Grahamstown, Kimberley und Port Elizabeth wurden vollständig bestreikt. Im Verlauf der Kämpfe schlossen sich auch die Schüler in dem Bantustan Ciskei an. Nach den Angaben der Regierung befinden sich zur Zeit 55000 Schüler im Streik.

Die Forderungen der Schüler richten sich gegen die von der Regierung versprochene Schulreform. Dieses Programm ist in Reaktion auf die große Bewegung 1976/77 entstanden. Aber immer noch wird pro Kopf das achtfache für die Ausbildung der weißen Schüler gezahlt. Das System der getrennten Ausbildung soll aufrechterhalten werden. Die Schüler fordern die sofortige Beseitigung der Ungleichheit der Ausbildung für schwarze und weiße Schüler.

Gegenüber der Bewegung bleibt auch nicht viel von der Reformpropaganda der Regierung. Polizei wird gegen die Jugendlichen eingesetzt, um den Streik zu brechen. Allein in den letzten zwei Wochen sind vier Jugendliche von der Polizei erschossen worden, die gegen eine Veranstaltung des Erziehungsministers demonstrierten und die an der Verteidigung ihrer Schulen gegen die Schließung teilnahmen.

Inzwischen sind überall Elternkomitees entstanden, die mit der Regierung verhandeln wollen. Die Antwort auf die Erklärung der Komitees in Cape Town, die Schüler würden wieder zur Schule gehen, wenn ihre Forderungen bis zum 15. September erfüllt seien, war, daß die Schulen dort geschlossen wurden.

Gegenüber der Bewegung von Soweto 1976/77 haben die Streiks heute eine neue Qualität erreicht. Die Jugendlichen führen einen organisierten Kampf gegen die Unterdrückung. Straßenschlachten und spontane Demonstrationen sind seltener. Die Jugendlichen wollen sich nicht in Auseinandersetzungen aufreiben lassen, in denen sie unterlegen sind. Die Streiks werden als langanhaltende Kämpfe geführt.

Kommunen brauchen Finanzhoheit - Verschuldung weiter gestiegen

anh. Für den niedersächsischen SPD – Fraktionsvorsitzenden Ravens ist es keine Frage. Schuld am hohen Schuldenstand der Gemeinden und an der Abhängigkeit der Gemeinden von Land und Bund ist die CDU-Landesregierung. Sie hätte die Verschuldung der Gemeinden seit 1975 betrieben. Was als Wahlkampfmunition dienen sollte, stimmt aber nicht. Das Land Niedersachsen hatte 1975 Kreditmarktschulden, also Schulden beim Finanzkapital, in Höhe von 7,9 Mrd. DM, die die Gemeinden 1975 9,3 Mrd. DM. 1979 hat das Land 15,4 Mrd. DM Schulden, die Gemeinden 11,4 Mrd DM. Insgesamt ist der Anteil der Länder an den Kreditmarktschulden von 1970 bis 1979 von 22,2% auf 28,7% gestiegen, der der Gemeinden von 39,2% auf 21,6% gesunken. Die Steuereinnahmen der Länder sind im gleichen Zeitraum von 33,1% (anteilmäßig) auf 35,0% gestiegen, die der Gemeinden von 12,0% auf 13,2%, wobei der Gemeindeanteil seit 1977 rückläufig ist.

Die Zunahme der Steuereinnahmen, die aus der Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer herrührt, ist lächerlich gering. Sowieso sagen diese Zahlen bezüglich der Abhängigkeit der Finanzen der Gemeinden vom Land und Bund wenig aus. Der Geldmasse nach steigen die Schulden der Gemeinden seit 1977 geringer als die des Landes. Das zu Ravens. Ist die Kommunalpolitik der CDU deshalb fortschrittlicher als die der früheren SPD-Landesregierung? „Kernpunkte der Orientierungsdaten (der kommunalen Finanzplanung, d. Verf.) sind die Hinweise zur erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen im Sinne einer antizyklischen Finanzpolitik." (Stat. Monatshefte, Mai 1980. S.134) Die Gemeinden haben sich nach der kapitalistischen Konjunktur zu richten; verlangt die Finanzbourgeoisie ausgedehnte Unterstützungsinvestitionen für z.B. Industrieansiedlung, macht sie das den Gemeinden zur Bedingung für zu erwartende Gewerbesteuereinnahmen. Kredite müssen aufgenommen werden. Denn keineswegs steht den Gemeinden die gesamte Gewerbesteuer zur Verfügung, sie wird „umgelegt" aufs Land, abgesehen davon, daß die Freibeträge für die Gewerbesteuer von der Bundesregierung im letzten Jahr wieder erhöht wurden. Auch die Steue-

zur Verfügung, sie wird „umgelegt" aufs Land, abgesehen davon, daß die Freibeträge für die Gewerbesteuer von der Bundesregierung im letzten Jahr wieder erhöht wurden. Auch die Steue-reinnahmen haben Land und Bund Stück um Stück an sich gerissen. Über Investitionen kann die Gemeinde praktisch kaum noch selbständig entscheiden. Um die 13 % kann die Gemeinde Investitionen aus eigenen Mitteln bestreiten, sie ist auch hier völlig im Zugriff der Zentralregierung und der Banken.

Jetzt wird seitens der CDU viel von Konsolidierung der Gemeindefinanzen gesprochen, von Abnahme der Verschuldung. Die Statistischen Monatshefte Niedersachsen relativieren diese Aussagen aber schon, weil das stark abhänge von den Investitionsprogrammen, also wieder von den Bedürfnissen der kapitalistischen Konjunktur. Vorerst soll an die Finanzbourgeoisie mehr zurückgezahlt werden. Aber selbst diese Rückzahlung von Schulden vertieft die Abhängigkeit der Gemeinden bloß: „Von 1978 bis 1979 erhöhten sich die fundierten Schulden um 4,1%. Das entspricht einer Nettoneuverschuldung von 503 Mio. DM, die ihrerseits auf einer Bruttoschuldenaufnahme von 1,4 Mrd.DM und einer Schuldentilgung von 861 Mio. DM beruht." (Statistische Monatshefte, Juli 1980, S. 186) Drastische Senkungen sollen durchgesetzt werden in den nächsten Jahren an den Reproduktionsbedürfnissen der Volksmassen. Das zeigt folgende Tabelle:

Geplante Ausgaben der Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen nach Aufgabenbereichen für den Zeitraum 1979-1983

Aufgabenbereich	1979	1983	Anteil 1980	Anteil 1983
Schulen	1,5 Mrd.DM	720 Mio. DM	19,9%	10,4%
Bau, Verkehr	1,8 Mrd. DM	1,3 Mrd. DM	31,0%	38,4%

Zwar sinkt auch der absolute Anteil z.B. des Straßenbaus bezüglich der Geldsumme, sein Anteil am Gesamtvolumen steigt aber. Unterstützt wird also verstärkt die Infrastruktur der Kapitalisten. Keine der bürgerliche Parteien vertritt in ihren Kommunalprogrammen die Forderung nach vollständiger Finanzhoheit der Gemeinden und einer demokratischen Kommunalverfassung. Die geplanten Maßnahmen zeigen, daß die Gemeinden wegen ihrer rechtlichen und finanziellen Abhängigkeit von der Zentralregierung und vom Finanzkapital, tatsächlich einerseits zu verschärfter Gebührenausplünderung gezwungen werden, andererseits jetzt auch beginnen, verschärft an solchen Investitionen zu kürzen, die direkt in die Interessen der Volksmassen an z.B. Ausbildung ihrer Kinder eingreifen werden. Schon heute führen viele den Kampf für kleinere Klassen und bessere Ausstattung der Schulen. Die Frage der Finanzierung z.B. der Ausbildung ist eine Frage der Finanzhoheit und Demokratie des Volkes über die Finanzen. Man kann sie nicht den Bourgeois

re Ausstattung der Schulen. Die Frage der Finanzierung z.B. der Ausbildung ist eine Frage der Finanzhoheit und Demokratie des Volkes über die Finanzen. Man kann sie nicht den Bourgeois überlassen.

Behinderte im Kampf gegen Kostenbeitragserlaß/Interview

anh. Der Kostenbeitragserlaß des niedersächsischen Sozialministers Schnipkoweit sollte im April gegenüber den Behinderten in Niedersachsen durchgesetzt sein. Er stieß auf erbitterten Widerstand der Behinderten und ihrer Betreuer wie zuletzt auch des DGB. Worum geht es? Das Schwerbehindertengesetz legt in §52 fest: „Die Werkstatt für Behinderte muß es den Behinderten ermöglichen, ihre Leistungsfähigkeit zu entwickeln, zu erhöhen und wiederzugewinnen und ein dem Leistungsvermögen angemessenes Arbeitsentgeld zu erreichen ..." Durch Arbeit für 1,10 DM die Stunde zur „Rehabilitation", so könnte man das Programm der Werkstätten, die finanziell abhängig vom Land sind, zusammenfassen. Die Werkstätten selber werben Industriekapitalisten an: uns „steht eine leistungsfähige Leistenfabrik zur Verfügung, ... Fahrzeuge sind vorhanden ... Nach dem Schwerbehindertengesetz ist es Ihnen möglich, 30% der Rechnungssumme von Ihrer Ausgleichsabgabe abzusetzen." (aus einer Broschüre der Göttinger Werkstatt). Und die Kapitalisten nutzen die Billigarbeitskraft, die zudem politisch rechtlos und auch ohne gewerkschaftliche Vertretung ist.

Das Interesse der Behinderten, nicht zwangsverwahrt nichts zu tun, sondern produktiv und gemeinsam zu arbeiten und darüber sich gegenseitig zu stärken, wird von Regierung und Kapitalisten brutal genutzt, um sie am Gängelband staatlicher „Fürsorge" auf der Grundlage völliger ökonomischer Abhängigkeit zu halten. Die wenigsten sind nach Durchlauf der Werkstatt auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt überhaupt konkurrenzfähig.

Die Redaktion der KVZ führte ein Interview mit einem Behinderten über seine Lebens- und Arbeitsbedingungen durch:

KVZ: Seit wann arbeiten Sie in der Göttinger Werkstatt für Behinderte?
Herr H.: Seit 1978.
KVZ: Wieviele Behinderte arbeiten in der Göttinger Werkstatt?
Herr H. 400 arbeiten dort rund. Ein Teil macht Leisten, andere sind in der Tischlerei, machen Bilderrahmen oder Figuren. Dann gibt es noch eine Schlosserei, Druckerei und Näherei und Metallverarbeitung. Es werden Verpackungen für Motoren gebaut, Schweißbrillen hergestellt, Faserplatten zurechtgeschnitten usw. Die Behinderten kommen zur Arbeit aus den LKHs Göttingen, Mooringen, Tiefenbrunn, aus Wohnheimen in Göttingen, Friedland, Northeim.
KVZ: Wieviele Stunden arbeitet ihr täglich?

brunn, aus Wohnheimen in Göttingen, Friedland, Northeim.
KVZ: Wieviele Stunden arbeitet ihr täglich?

Herr H.: Von morgens 8 Uhr bis um 15 Uhr. 20 Min. Frühstück und eine halbe Stunde Mittag gibt es. Die Arbeitszeit wird mit Stempeluhren gemessen.
KVZ: Was verdient ihr?
Herr H.: Ich bekomme 1,10 DM die Stunde, ungefähr 130 – 150 DM im Monat. Das ist abhängig vom Punktsystem, was uns die Meister aufschreiben. Wer Maschinen einstellen kann, hat die höchste Punktzahl. Auf die Stückzahl wird nicht direkt geguckt, aber schon darauf geachtet. Einige Gelernte erhalten auch so 250 – 300 DM. Ich hatte früher einen Unfall, bekomme noch 215 DM Unfallrente. Ich wohne zu Hause. Die im LKH oder im Wohnheim sind, bekommen noch Taschengeld bisher, ungefähr 80 DM. Die, die Sozialhilfe bekommen haben, sollen jetzt beim Mittagessen zuzahlen. *(Anm. d. Redaktion: jemand der vorher 150 DM „therapeutische Vergütung" erhalten hatte, bekommt nach dem Kostenbeitragserlaß noch 160 DM. Die 80 DM Taschengeld, die er vorher zu den 150 DM erhalten hatte, werden zu 90% als „zumutbarer Kostenbeitrag" z.B. zum Mittagessen einbehalten)* Wenn man krank ist, bekommt man Krankengeld von der AOK, aber nicht 6 Wochen vollen Lohn, sondern vielleicht 70%. Und man muß schnell wieder gesund werden, sonst ist man schnell „untragbar".
KVZ: Werden von diesem Elendsdohn noch Beträge abgezogen?
Herr H.: Ja. Ich muß noch 10 DM Lohnsteuer zahlen, Kirchensteuer und Rentenversicherung. Man kommt vorne und hinten nicht hin. Meine Frau und ich müssen uns einschränken. Ich habe monatelang dieselbe Hose an, für den Winter bräuchte ich einen warmen Mantel, Urlaub ist nicht drin; meine Frau muß übermäßig arbeiten, damit wir überhaupt leben können.
KVZ: Welche Erfahrungen haben Sie mit staatlichen Stellen?
Herr H.: Ganz schlechte. Die geben nicht gern, dafür nehmen sie gern.

KVZ: Die Angestellten in der Werkstatt unterstützen Euch in dem Kampf gegen den Kostenbeitragerlaß. Wie ist das Verhältnis zu Ihnen?
Herr H.: Teils, teils. Am Tag der offenen Tür war folgendes: Wir kriegen Karten (Eßkarten für Kaffee, Mittag und Waffeln und Cola). Es hieß, wir kriegen alles umsonst. Der Kaffee kostete aber 70 Pf., und ich mußte 30 Pf. zuzahlen.
KVZ: Was müßte man Ihrer Meinung nach weiter gegen den Erlaß von Schnipkoweit tun?
Herr H.: Am besten nicht mehr arbeiten. Die Gewerkschaft unterstützt uns jetzt ja auch, es müßten eigentlich viele

Schnipkoweit tun?
Herr H.: Am besten nicht mehr arbeiten. Die Gewerkschaft unterstützt uns jetzt ja auch, es müßten eigentlich viele

eintreten.

Referendare für bessere Ausbildungsbedingungen

Braunschweig

rek. Die Personalversammlung des Studienseminars II in Braunschweig am 30.9. hat folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Während der 2. Examensarbeit sollen keine 2 Lehrproben stattfinden, da die Belastung schon allein durch das Anfertigen der Arbeit neben der normalen Ausbildung her schon extrem hoch ist. Dieser Beschluß richtet sich gegen die Ankündigung der Seminarleitung, die letzten beiden Lehrproben aus „Sachzwängen" (Termingründe) in diese Zeit legen zu müssen. Dieser Beschluß wurde mit einer Enthaltung und keiner Gegenstimme angenommen. 2. Die PV hat einen bereits am Studienseminar Oldenburg verabschiedeten Antrag auf 4 Wochen ausbildungsfreie Zeit während der 2. Examensarbeit ihrerseits mit einer Enthaltung und ohne Gegenstimmen angenommen. Ein entsprechender Antrag des PR ist bereits von der Dienststelle weitergeleitet worden. In einem 3. Antrag wird die Dienststelle aufgefordert, die Personalratsinfos zu finanzieren entsprechend den Bestimmungen des Nieders. Personalvertretungsgesetzes. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Paderborn

roh. Durch zufälligen Einblick in den Vorschlag des Haushaltsplans 1981 hat der Hauptpersonalrat des Schulkollegiums vor kurzem erfahren, daß den Bezirksseminaren, die Referendare für Lehrberufe ausbilden, ab. 1.1. erhebliche finanzielle Mittel gestrichen werden sollen. Das würde zur Folge haben, daß die Gruppen in den allgemeinen Seminaren, die die Referendare über ihre Seminare in den beiden Fächern hinaus besuchen müssen, von 40 auf 60 Teilnehmer aufgestockt werden sollen. Für die Referendare bringt dies unerträgliche Arbeitsbedingungen, für die Ausbilder sehr viel mehr Arbeit. Zum Teil sind Ausbilder erst im September neu eingestellt worden. Am 1.1. sollen sie wieder gehen. Die Seminarleiter des Bezirksseminars Paderborn haben schon zu Ende der letzten Woche eine Protestresolution an den Kultusminister und die beiden Landtagsfraktionen geschickt, in der sie sowohl die Konsequenzen für die Referendare als auch ihre eigene Mehrbelastung angreifen. Mitte der vergangenen Woche haben 85% der Referendare für Gymnasien auf einer Gesamtkonferenz in Paderborn eine Protestresolution unterschrieben. Alle Beiträge, die energische Maßnahmen gegen den Plan der Landesregierung forderten, erhielten viel Beifall.

Salmonellen in der Mensa der Universität Hannover

Salmonellen in der Mensa der Universität Hannover

hee. Über 340 Studenten, Beschäftigte und andere Angehörige der Universität Hannover haben sich inzwischen in städtischen Krankenhäusern oder bei privaten Ärzten mit den typischen Symptomen einer durch Salmonellen ausgelösten Lebensmittelvergiftung (Fieber, Magenkrämpfe, Durchfall und Erbrechen) behandeln lassen; während bei einem Teil der Erkrankten im Verlaufe der vergangenen Woche Besserung eintrat, befindet sich ein Kreis von ca. 75 besonders hart betroffenen Personen immer noch im Krankenhaus zur Behandlung. Ausgebreitet und übertragen worden war der gefährliche Krankheitserreger durch an zwei Tagen der vorletzten Woche in der Uni-Mensa verabreichten Nudelsalat, der mit Mayonnaise zubereitet und auch noch mindestens zwei Tage lagernd ein ideales Milieu zur Bildung und Vermehrung der Salmonellenbakterien darstellte. Diese Handhabung nicht erhitzbarer Lebensmittel war schon immer Praxis in der Mensa. Das Gesundheitsamt hat eine Untersuchung der Ursachen durchgeführt, die schnellstens veröffentlicht werden muß.

Edvard Munch Ausstellung in Bielefeld mit dem Thema: Liebe, Angst, Tod

frd. Mit dem norwegischen Botschafter wurde in Bielefeld die Ausstellung von Werken des norwegischen Malers Edvard Munch eröffnet. – Z.B. „Mädchen auf der Landebrücke": Nach der Haltung des ersten Mädchens ist Weinen oder Schmerz anzunehmen; die Figuren sind bloß zittrig angedeutet; Die Landungsbrücke, vorne einigermaßen fest, löst sich nach hinten in unruhige faserige Linien auf; ein düsterer Fels spiegelt sich, das Helle des Weges und der Luft ist in unruhigen gebrochenen Linien dargestellt; gedruckt in fahlem flächigen Grün. Kein Zusammenhang ist erkennbar, durch das Gesamt der Darstellung erscheinen die Mädchen isoliert; nicht tätig, sondern bloß fühlend, wobei es keinen äußeren Anhaltspunkt für den Inhalt des Gefühls gibt. – Das Thema „Liebe, Angst, Tod" gibt die Auswahl an, die aber repräsentativ sein dürfte für Munch – mit Ausnahme der Darstellungen, in denen soziales Elend zum Gegenstand genommen ist: Der Kuß... Madonna... Das Weib... Anziehung, Loslösung ... Angstgefühl.. Der Tod im Krankenzimmer. Durch die nebeneinandergestellten, meist in Nuancen abgewandelten Varianten der Themen kommen auch die formellen Mittel besser zur Geltung: Die vielfältig ausgebaute Technik des Holzschnitts und ähnlicher Drucktechniken; rauhe Kohlestifte und feine Nadeln; die harten Schnittkonturen und gegensätzlich verwendete flächige und faserige Farben.

Es wird allgemein in den Bildern nicht eine bestimmte Situation und deren *Gefühlswirkung* dargestellt, sondern die gefühlsmäßige Sichtweise wird sedbst in den Gegenstand hineingelegt. So kommt es, daß die Bilder Gefühle stark ansprechen. Es ist eben in der Darstellung von Gefühlsausdruck, worin die expressionistische Kunstrichtung, für die Munch (1863 1944) schon vor der Jahrhundertwende ein Wegbereiter war, einen Fortschritt der künstlerischen Darstellung war; aber dieser Fortschritt wird in Bezug auf den Gegenstand erreicht, wo der Künstler an verschiedensten Gegenständen seine eigenen Gefühle in scheinbar objektivierter Form wiederfindet – und der nachfühlende Betrachter keine *Aufklärung* über den Gegenstand erhält. Für die bürgerliche Kunstkritik ist insbesondere der düstere Inhalt dieses Kunststils bei Munch ein Feld für psychologische Interpretation von Symbolik in der Darstellung, ergänzt um die Erklärung aus Munchs persönlichem Schicksal, seiner frühen Erfahrung von Krankheit und Tod; eventuell auch seiner Herkunft aus einer deklassierten Militärarztfamilie. Dabei ist der wirkliche Hintergrund eine Zeit schroffer Gegensätze von protzigem Handelskapital und armen Bauern, eine Zeit des Umbruchs und der Industralisierung mit entsprechendem Elend der Arbeiterbevölkerung; von dem Krieg mit Schweden, die Vormacht in der Dreierunion von Schweden, Norwegen und Dänemark, das sich aufrichtende Norwegen bedroht. – Seit dem zweiten Weltkrieg wird in Wellen eine Kultur gehegt, in der die Existenz „des Menschen" als Ausgeliefertsein an äußeres weltlich-gottgegebenes Schicksal oder an inneres Gefühlsschicksal behauptet wird, ohne erkennbare Gesetzmäßigkeit und daher ohne Perspektive. Gerne wird dabei auf Künstler zurückgegriffen, die zu ihrer Zeit innerhalb der Darstellungsform revolutionär waren und daher zunächst bekämpft und mißachtet wurden.



Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstr. 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 130 80 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer, Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt am Main 2. Tel.0611/730231, Regionalredaktion: Hindenburgstr.15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11-13: Johannes Keizer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH&Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstr.147, 6000 Frankfurt am Main 2

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Hindenburgstr.15, 3000 Hannover, gegen Einzahlung des Abonnentpreises von 11,- DM pro Vierteljahr oder 44,- DM pro Jahr.



anh. Das Bild zeigt eine Kundgebung in Göttingen gegen den wahrscheinlich von Faschisten verübten Anschlag in München. Vor allem SPD-Mitglieder und Pastoren hatten aufgerufen. Es kamen 500. Klein (MdB der CDU) war die Kundgebung zu links („antifaschistisch"). Den Pastor unterstützte er. Dieser sah im „Haß" die Ursache für den Anschlag. Journalist Spoo sah ein „Rechtsklima" in der BRD und als Ursache „schlechte Vergangenheitsbewältigung". Propagiert wurde, dem politischen Gegner mit „Argumenten und Toleranz" zu begegnen. Zur Wahl der SPD wurde nicht direkt aufgerufen. Dem Versuch der Bourgeoisie, aus Anlaß des Anschlags den Boden für verschärfte Unterdrückung der Volksmassen zu bereiten, traten die Redner nicht entgegen.

Betriebsversammlung im Conti-Werk Vahrenwald

heh. Das Hin und Her um die Übernahme des französischen Reifen-Konzerns Kleber-Colombes durch das Conti-Kapital – vgl. KVZ Nr. 39, S. 6; inzwischen verkehren die Herren Kapitalisten nur noch per Gericht und Anwalt miteinander – mußte zu einem Thema dieser Betriebsversammlung werden. In den Kommentaren der Betriebsräte zu dieser geplatzten Fusion stand Falsches neben Richtigem: Betriebsratsvorsitzender Goldschald trauerte ihr nach und ließ erkennen, daß er sich von einer europäisch gestärkten Conti gesichertere Arbeitsplätze erwartet hatte (was schon die Geschichte der Conti selbst widerlegt); eine Betriebsrätin forderte, daß die Conti ihre gesamten Unternehmenspläne auf den Tisch legen müsse (Personalchef Kauth hatte angedeutet, daß sich Conti jetzt nach „anderen Partnern" umschaue).

Der von der Kapitalmehrheit im Aufsichtsrat durchgesetzte neue Personalchef Kauth versuchte sich auf widerliche Weise anzubiedern, indem er gleich dutzendfach „Verständnis" und „Kompromißbereitschaft" beteuerte – um im gleichen Atemzug zu erkären, von den Beschäftigten erwarte er in Zukunft „noch mehr Mobilität". Betriebsräte und Vertrauensleute hielten ihm entgegen, daß die vom Vorstand beantragte – und vom Betriebsrat für die nächsten 2 Monate gebilligte – Kurzarbeit (vgl. KVZ Nr. 40, S. 11) direkten Lohnversust bedeute und außerdem das Weihnachtsgeld von 1981 drücken werde. Der Betriebsrat berichtete, daß der Vorstand versucht, mit der Kurzarbeit auch die 1979 tarifvertraglich durchgesetzte Freischicht für 3-Schichtler ein Stück weiter auszuhöhlen. Damals war festgelegt worden, daß jeder Arbeiter, der im Jahr 9 Monate lang Dreischicht arbeitet, eine zusätzliche Freischicht bekommt. Nach Ansicht des Conti-Kapitals müssen dafür 65 effektiv gefahrene Nachtschichten nachgewiesen werden. Durch Tarifurlaub, Krankheit, zeitweilige Umsetzungen und Feiertage rutscht man als 3-Schichtler sehr schnell unter diese Marke; wenn jetzt auch noch die Nachtschichten, die in die Kurzarbeitswochen fallen, nicht in die Rechnung eingehen, bedeutet das für die meisten 3-Schichtler die Streichung der Freischicht. Wozu der Vorstand erklärte, man könne sich ja während der Kurzarbeit auch so von der Schichtarbeit erholen. Angegriffen wurde Kauth auch wegen seiner Klage über den hohen Krankenstand von 9%: Vertrauensleute stellten fest, daran sei die Akkordhetze schuld; ein Betriebsrat rechnete vor, daß die Zahl der Betriebsunfälle schon um 12,7% über dem Vorjahr liege; ein Vertrauensmann wies auf die unerträglichen Arbeitsbedingungen in der Keilriemen-Abteilung hin, die er als „Galeeren-Abteilung" bezeichnete. Angegriffen wurde der Vorstand auch wegen seiner Nichteinhaltung des Arbeitsplatzsicherungs-Abkommens (ASA) für ältere Arbeiter. Die Betriebsversammlung zeigte, daß es dem Vorstand trotz geschürter Krisenangst nicht gelungen ist, die Belegschaft mundtot zu machen.

Seit sechs Jahren Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag in Niedersachsen

ulr. Seit sechs Jahren verhandelt die IGM in Niedersachsen mit dem Kapitalistenverband über einen neuen Manteltarifvertrag. In wesentlichen Teilen ist in der niedersächsischen Metallindustrie immer noch ein Manteltarifvertrag aus dem Jahr 1969 gültig. Die IGM drängt jetzt auf Abschluß der Verhandlungen: „In letzter Zeit mehrt sich die berechtigte Unzufriedenheit unserer Mitgliedschaft, besonders bei den Mitgliedern der Tarifkommission und unseren Funktionären im Betrieb über den langsamen Fortgang des Verhandlungsverlaufs ...", schreibt der Bezirksleiter der IGM in einem Brief an den Metallindustriellenverband Niedersachsens.

Worum gehen die Auseinandersetzungen und welche Bedeutung haben sie für die Arbeiterbewegung? Der Manteltarifvertrag enthält gegenüber dem Lohntarifvertrag keine Festlegungen über die absolute Höhe des Lohnes, sondern legt die Rahmenbedingungen für die Lohnzahlung fest (Einstufung in die verschiedenen Lohngruppen, Berechnung des Akkordverdienstes und Voraussetzungen für Akkordentlohnung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Verdienstsicherung im Alter), desweiteren wird in ihm die Arbeitszeit geregelt und der Urlaub, wie auch die Zuschläge bei Überarbeit und besonderer Erschwernis der Arbeit. Die Bedeutung der Manteltarifverträge für die gesamte Arbeiterbewegung besteht darin, daß hier für einzelne Branchen bestimmte erkämpfte Arbeiterschutzrechte festgeschrieben sind, die größtenteils weit über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen. So sieht zum Beispiel das Bundesurlaubsgesetz nur einen 18-tägigen Jahresurlaub vor, während inzwischen in den meisten Manteltarifen ein 30-tägiger Urlaub bis 1983 für alle festgeschrieben ist.

In den letzten sechs Jahren wurde durchgesetzt, daß verschiedene Festlegungen im Manteltarifvertrag verbessert oder ganz neu eingefügt wurden. So enthalten die Manteltarifverträge von 1958 und 1969 nur Festlegungen über die *wöchentliche Arbeitszeit* (40 Stundem bzw. 48 Stunden). Erst durch die letzten Veränderungen wurde die regelmäßige *tägliche* Arbeitszeit von 8 Stunden festgeschrieben. Die wichtigste Veränderung ist jedoch, daß erstmals in den Manteltarifvertrag eine Verdienstsicherung für ältere Arbeiter aufgenommen wurde. So heißt es in dem neu gefaßten §10: „Arbeitnehmer, die das 55. Lebensjahr vollendet haben und dem Betrieb oder Unternehmen mindestens 10 Jahre angehören ... und die aus gesundheitlichen Gründen auf ihrem bisherigen Arbeitsplatz nicht mehr eingesetzt werden können und deshalb auf einem geringer bezahlten Arbeitsplatz beschäftigt werden, erhalten für die Dauer der Minderung ihrer Einsatzfähigkeit eine Verdienstsicherung ... (3) Die Verdienstsicherung beträgt 95%des bisherigen Einkommens."

Die IGM will jetzt die Verhandlungen über den Manteltarif, über den zuletzt am 29.9. verhandelt wurde, mit folgenden Forderungen zum Abschluß bringen: „Erhöhung der Zuschläge für Mehr-, Nacht- und Sonn- und Feiertagsarbeit." Tatsächlich sind diese Zuschläge seit 58 im MTV gleichgeblieben, obwohl in vielen Betrieben schon mehr gezahlt werden muß. Eine große Gruppe von Forderungen richtet sich auf die *Absicherung* des Lohnes, ganz besonders des Akkordlohnes. So heißt es in einem IGM-Flugblatt: „Wir fordern: Bei Arbeitsausfall, den der Arbeitgeber zu vertreten hat, soll der Lohn weitergezahlt werden ... Wir fordern: Zuschuß des Arbeitgebers im Krankheitsfall. Durch den Zuschuß zum Krankengeld müssen Arbeiter und Angestellte 100% des Nettoeinkommens ab der 7. Woche erhalten. Kranke dürfen nicht durch Lohnausfall bestraft werden. – Wir fordern: Monatslöhne für gewerbliche Arbeitnehmer, um monatlich schwankenden Arbeitsbedingungen entgegen zu wirken ... – Wir fordern: Einen garantierten Akkordverdienst von 130 Prozent des Tarifgrundlohnes." Eine solche Absicherung der Löhne ist notwendig, damit die Kapitalisten nicht hinterrücks die Ergebnisse der Tarifkämpfe zunichte machen können. Absicherung des Akkordverdienstes führt gleichzeitig zur „Entschärfung" der Akkordhetzerei. Darauf richten sich auch weitere Forderungen, wie die nach einer Mindesterholzeit für Akkordarbeiter von 6 Minuten pro Stunde, der Verlängerung der Taktzeiten und der Berücksichtigung von Alter und Geschlecht bei der Ermittlung der Vorgabezeiten.

Der Haken ist nur, daß der MTV schon seit den 50er Jahren die Ausdehnung der Akkordarbeit direkt vorschreibt und folgende Formulierung mit voller Zustimmung der Gewerkschaften in den Vertragstext aufgenommen wurde: §9,2 „Alle Arbeiten, die sich zur Ausführung im Akkord eignen, sollen im Akkord vergeben und übernommen werden." Äußerst schwach sind auczdie Schranken, die der Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit durch den MTV gezogen werden. „Bei der Festlegung der Mehrarbeit sind die berechtigten Interessen der betroffenen Arbeitnehmer nach Möglichkeit zu berücksichtigen." Gleichzeitig wird jedoch festgelegt, daß weder Schicht- noch Überarbeit ohne wichtigen Grund verweigert werden kann. Eine Bresche hat hier der im Juli abgeschlossene MTV in Südbaden geschlagen, der vorsieht, daß die Ableistung von Schichtarbeit nicht mehr vom Kapitalisten erzwungen werden kann.



27000 Metallarbeiter streikten im Juli in Südbaden für einen neuen Manteltarifvertrag und setzten ihre Forderungen im wesentlichen durch. Die Metallkapitalisten in Niedersachsen machten auch bei den letzten Verhandlungen über einen neuen MTV keine Zugeständnisse.

Kündigung gegen Betriebsrat unwirksam

thk. Im Herbst 1979 wurde bei Mannesmann Bielefeld-Brackwede gestreikt, um die Betriebsleitung zu zwingen, Auskunft über Pläne von Werksverlagerung nach Dinslaken und Entlassungen zu geben, und um diese Pläne zu verhindern. Nach wenigen Tagen mußte dieser Streik, der nicht von der IG-Metall geführt wurde, aufgegeben werden. Immerhin stand zwei Monate später fest, daß keine Werksverlagerung vorgenommen wird. Diesen Streik nahm die Betriebsleitung zum Anlaß, den Betriebsrat Wiedeke fristlos zu entlassen, da er sich aktiv an dem Streik beteiligt hatte. Am 3.10.1980 fand der Arbeitsgerichtsprozeß statt. Der Mannesmannvertreter sprach den Arbeitern das Recht ab, Verhandlungen über die erwogene Werksverlagerung zu fordern. Warum die Betriebsleitung dann doch mit Arbeitervertretern verhandelte und sogar einem 5-Punkte-Katalog zustimmte, konnte er nicht beantworten. Da dieser Katalog enthielt, daß wegen des Streiks keine Disziplinierungen vorgenommen werden dürfen, erklärte das Gericht die Kündigung für unwirksam.

P&S zahlt Auszubildenden Taschenrechner

brb. Auf der Jugendversammlung bei P&S Peine gab die Jugendvertretung bekannt, daß von jetzt an alle Auszubildenden einen Taschenrechner bezahlt bekommen. Wer sich schon einen gekauft hat, bekommt die Kosten in einer Höhe bis zu 30 DM ersetzt. Durchgesetzt werden konnte dies in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat nach langen Auseinandersetzungen mit der Betriebsleitung. In Kürze sollen die ersten Taschenrechner ankommen und an die Auszubildenden weitergegeben werden. Wer schon einen Taschenrechner hat, kann sich das Geld bereits abholen. Als nächsten Schritt kündigte die Jugendvertretung an, sich dafür einzusetzen, daß auch die Tabellenbücher, die sich bisher jeder Auszubildende zu Beginn seiner Lehrzeit selber kaufen muß, von P&S bezahlt werden.

IGS: Einschüchterungsversuche nach Schülerstreik

ink. Nachdem am 1. und 2.7. ca. 500-800 Schüler der IGS-Braunschweig-West einen Schulstreik gegen die Verabschiedung des Niedersächsichen Schulgesetzes geführt haben, versucht nun die Schulleitung und die Bezirksregierung die „Verantwortlichen" zu disziplinieren. Gegen einen Schüler, der maßgeblich an der Organisation des Streiks beteiligt war und dem die Schulleitung Hausverbot erteilt hatte, hat sie eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch und unerlaubter Energieentnahme (für die Lautsprecher) gestellt. Die Stadt, die die Anzeige formell übernehmen muß, überprüft im Moment, inwieweit sie aufrechterhalten werden kann. Auf einer Dienstversammlung sprach sich eine große Anzahl der Lehrer für eine sofortige Zurücknahme aus. Weiterhin hat die Bezirksregierung vier Lehrer aufgefordert, die detaillierten Bericht über die Streikereignisse zu erstellen und darin besonders Stellung zu nehmen, was sie unternommen hätten, um auf die streikenden Schüler mäßigend einzuwirken. Damit wird indirekt mit dem Beamtenrecht gedroht.

Oberstadtdirektor reißt sich Grundstück unter den Nagel

mah. Für 360000 DM hat Lehmann-Grube ein in bester Lage gelegenes Grundstück der Stadt Hannover gekauft. Dafür brauchte er einen Ratsbeschluß, den hat er auch einstimmig gekriegt. Andere Bewerber, die schon vor Jahren Kaufinteresse angemeldet hatten, wurden ignoriert. Die Gesetze der kapitalistischen "freien Marktwirtschaft" haben die Ratsherren großzügig ausgelegt, doch einhellig betonten die Fraktionssprecher von SPD, CDU und FDP, es sei alles rechtens gewesen und durchaus üblich, denn: „Auch für Wirtschaftsbosse halte die Stadt im Bedarfsfall solche Flächen bereit." (SPD-Fraktionschef). „Es wäre lächerlich, wenn wir unseren Oberstadtdirektor in Laatzen oder Garbsen ansiedelten" (FDP-Fraktionsvorsitzende). Daß Tausende von Arbeiterfamilien durch die Wohn- und Sanierungspolitik der Stadt dahin gezwungen wurden, für teilweise horrende Mieten, stört die Dame nicht. Denn es geht darum, „höhere Beamte und das Management der Wirtschaft an Hannover zu binden", sprich der Stadtrat soll nach der Pfeife der Kapitalisten tanzen, dafür dürfen manche solcher Herren auch ein paar Sondervergünstigungen genießen, die für die Kapitalisten allemal üblich sind.

Veranstaltungskalender

Agitationstände des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Montag, 6.Oktober 1980

Bielefeld: Jahnplatz, 16.30 bis 18 Uhr
Paderborn: Westernstr., 17.00 bis 18.30 Uhr
Höxter: Markt, 16.30 bis 18.00 Uhr
Detmold: 16.00 bis 18.00 Uhr
Minden: 16.45 bis 18.00 Uhr
Hannover: Kröpcke, 17.00 bis 18.00, Limmerstr., Küchengarten, 16.45 bis 17.45 Uhr
Göttingen: Markt, 16.30 bis 18.00 Uhr
Hann. Münden: Langestr., 16.30 bis 18.00 Uhr
Northeim: Münster, 16.00 bis 18.00 Uhr
Osterode: Kornmarkt, 16.00 bis 18.00 Uhr
Braunschweig: Hutfiltern, 16.30 bis 18.00 Uhr
Salzgitter: Fußgängerzone Blumentrift, 16.30 bis 18.00Uhr

Dienstag, 7.Oktober

Peine: Jacobikirche, 16.30 bis 18.00 Uhr
Göttingen: 16.30 bis 18.00 Uhr
Gifhorn: Fußgängerzone, 16.30 bis 18.00 Uhr

Samstag, 11.Oktober

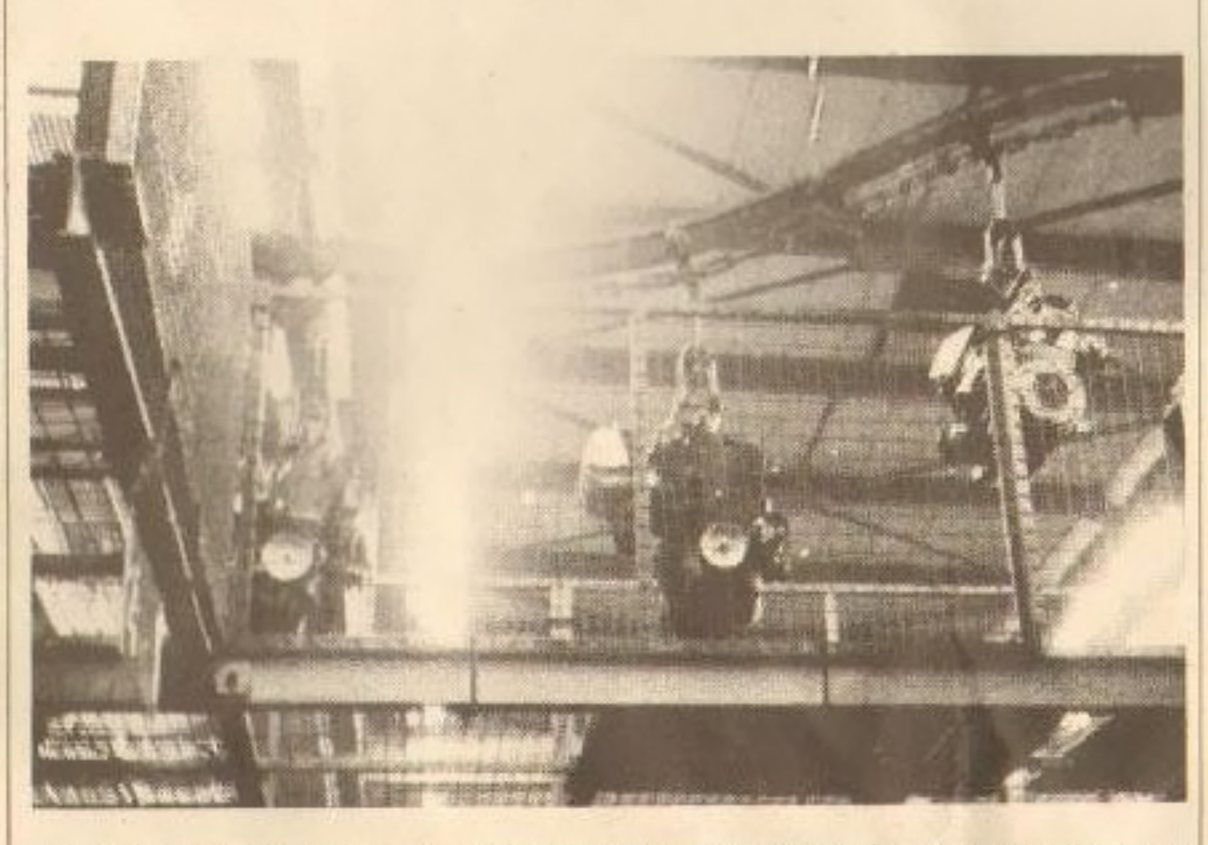
Bielefeld: Jahnplatz, 10.30 bis 12.00 Uhr
Paderborn: Westernstr. (vorm Kaufhof), 10.30 bis 12.30 Uhr
Höxter: Markt, 10.30 bis 12.30 Uhr
Hannover: Kröpcke, 11.00 bis 13.00 Uhr
Göttingen: Markt, 10.30 bis 12.30 Uhr
Hann.Münden: Lange Str., 10.00 bis 12.00 Uhr
Northeim: Münster, 10.00 bis 12.00 Uhr
Osterode: Kornmarkt, 10.00 bis 12.00 Uhr

Alltäglicher „Kleinkrieg" um zunehmende Arbeitshetze verschärft sich

uwp. Nach langen Verhandlungen konnte der Betriebsrat im Zuge der VW-Lohndifferenzierung für die Arbeiter an den Automatischen Motorprüfständen, die beim Auf- und Abrüsten beschäftigt sind, eine Höherstufung von Lohnniveau D (13,64 DM/Std.) auf Lohnniveau E (14,15 DM) durchsetzen. Davor waren hier nur 3 Arbeitsplätze in E eingestuft. Die gleiche Höherstufung setzte der Betriebsrat für ca. 800 Arbeitsplätze im Motorenbau in Halle 4 durch.

Während der Anstrengungen des Betriebsrats vor allem um den Lohn versucht die Abteilungsleitung, die gleiche Anzahl Motoren (933/Schicht), aber mit zusätzlichen Ausstattungen an den Bänder montieren und an den Prüfständen einlaufen zu lassen, bei gleicher Anzahl der Arbeiter. Z. B. gibt es jetzt bei Autos mit 110-PS-Motoren serienmäßig die Transistorzündung. Für die Arbeiter an den automatischen Motorprüfständen heißt das aber: Ein erheblich unterschiedlicher Motortyp mehr bei gleicher Anzahl der Arbeiter und unveränderter Stückzahl. Oder eine zusätzliche Öffnung am Auspuffkrümmer, die vor dem Einlaufen mit einer Schraube verschlossen werden muß, danach muß sie wieder herausgeschraubt werden – die Arbeit wird dem Arbeiter am Schrauber aufgedrückt. In ca. 23 Sek. jetzt: Einen Schrauber nehmen, Schraube entfernen und in Palette fallen lassen, Schrauber ereichbar weglegen, Zündungskabel lösen, mit einem zweiten Schrauber eine Schlauchschelle lösen, Schlauch in Kiste werfen, mit einem dritten (fest angebrachten) Schrauber Öldruckschalter festziehen. Schaffen die Arbeiter die Stückzahl ausnahmsweise schon eine halbe Stunde vor Feierabend, wurde trotzdem versucht, sie zur Weiterarbeit zu zwingen. Die Arbeiter haben die Anlage aber abgeschaltet und mit Unterstützung des Betriebsrats diesen Angriff in einer kleinen Versammlung vor Feierabend in der Woche darauf erst mal zurückgeschlagen.

„Auf Verlangen ist dem Leistungslöhner Einsicht in die Unterlagen zu gewähren, die sich unmittelbar auf seine Arbeitsaufgabe beziehen." (Vereinbarung, Bestandteil des Tarifvertrages über die Grundsätze der Entlohnung). Ein Arbeiter von den automatischen Motorprüfständen wollte vor anderthalb Wochen dieses Recht vor Aufnahme der zugewiesenen Arbeit wahrnehmen. Er wandte sich in dieser Sache hoch bis an den Werksleiter. Der Arbeiter wurde daraufhin unter Vorwürfen wie "Arbeitsverweigerung, Beleidigung, tätlicher Angriff auf betriebliche Vorgesetzte" mit Androhungen bis hin zur Entlassung unter Druck gesetzt. Mit der Zustimmung des Betriebsrats zu solchen Maßnahmen kann die VW-AG kaum rechnen.



Die fertigen Motoren werden hauptsächlich über Förderketten weiter bis zum Versand (Halle 9) transportiert.

„Spar"politik Lehmann-Grubes hart umkämpft

wer. Während beim Bund ein Kassensturz erst für die Zeit nach den Bundestagswahlen angekündigt worden ist, hat es Oberstadtdirektor Dr. Lehmann-Grube in Hannover schon Mitte dieses Jahres krachen lassen. Sein Rezept für „die Gesundung der städtischen Finanzen in den nächsten 3 bis 4 Jahren" heißt Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Landeshauptstadt Hannover einerseits und Abbau kommunaler Leistungen für die Bevölkerung andererseits.

In den städtischen Betrieben und Verwaltungen Hannovers sind u.a. im Botendienst, im Sozialamt, im Garten- und Friedhofsamt, im Gesundheitsamt, im Sport- und Bäderamt, im Schulamt, im Jugendamt und im Bauamt Stellenstreichungen vorgesehen. Diese Stellenstreichungen bedeuten für die Beschäftigten noch mehr Arbeitshetze. Doch damit nicht genug; es sollen auch noch notwendige soziale Einrichtungen abgebaut werden – so ist z.B. die Streichung von Personalkindertagesstätten vorgesehen. Für die Herabgruppierung von Beschäftigten in niedrigere Lohn- und Gehaltsgruppen gibt es ebenfalls Pläne. Von der Stadt unterhaltene Spielparks sollen gestrichen werden. Gebührenerhöhungen „um mindestens 20%" im Rettungsdienst schlägt Lehmann-Grube vor. Das Freizeitheim Vahrenheide/Sahlkamp soll aus der mittelfristigen Finanzplanung 1980 – 1984 herausgenommen werden. Eine Kürzung des Ansatzes im Schulhaushalt für Lehr- und Unterrichtsmittel von 5 Mio. DM um 10% (also auf 4,5 Mio. DM) schlägt der Oberstadtdirektor in Übereinstimmung mit dem Stadtkämmerer Dr. Deppe und dem „ganzen Kollegium der Dezernenten" dem Rat der Stadt Hannover vor.

Für das kommunale Kino fordert er „erhebliche Erhöhung der Eintrittspreise" und für die Friedhöfe „fühlbare Gebührenerhöhung." Der Bau des Ahlemer Bades soll gestrichen werden.

Wie bereits in den letzten Ausgaben dieser Zeitung berichtet, wächst der Widerstand der ÖTV und der Personalräte in städtischen Betrieben und Verwaltungen gegen die auf dem Rücken von Beschäftigten und der hannoverschen Bevölkerung ausgetragenen Sparmaßnahmen. Ebenso gibt es Zusammenschlüsse der betroffenen Bevölkerung gegen die Politik Lehmann-Grubes. Der Kampf gegen die Sparpolitik hat teilweise bereits politische Wirkung gezeigt, wie z.B. in der Frage der Personalkindertagesstätte Heinemannhof. Welche sozialen Interessen Lehmann-Grube verfolgt, wurde einmal mehr am vergangenen Montagabend klar, als der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover/Hildesheim, Dr. Schmedes, die Vorschläge der Stadtverwaltung vor Mitgliedern des Verwaltungsausschusses des Rates der Stadt Hannover ausdrücklich unterstützte und eine „Durchforstung" der Gebührenhaushalte und Privatisierung kommunaler Dienstleistungen forderte.

Ebenfalls in der letzten Woche wurde in der Stadt von der ÖTV eine Unterschriftensammlung durchgeführt, um die Schließung von Kindertagesstätten, eines Kinderspielparks und eines Jugendzentrums zu verhindern.

Man muß nicht ‚lernbehindert' sein, um auf die Sonderschule zu kommen, man ist es sicher, wenn man wieder rauskommt

inl/ike. In den „Richtlinien für die Schulen in Niedersachsen – Schulen für Lernbehinderte – (von 1972) wird festgelegt, daß Lernbehinderte, sprach-, körper-, geistigbehinderte, sinnesgeschädigte und verhaltensgestörte Kinder „den für sie geeigneten Schulen zugeführt" werden müssen. Diese Schulen sind allgemein als Sonderschulen bekannt. Die verbreitetste Form der Sonderschule ist die Sonderschule für Lernbehinderte.

Die Notwendigkeit einer besonderen Beschulung von z.B. blinden oder taub-stummen Kindern ergibt sich aus den besonderen Lehrmethoden und Lehrmitteln, die für eine entsprechende Ausbildung erforderlich sind. Was verbirgt sich aber hinter dem Begriff „Lernbehinderung"? Das Kultusministerium definiert in den oben angeführten Richtlinien: „Eine Lernbehinderung zeigt sich in unzulänglicher Effektivität der Lernfähigkeit des Schülers unter den im Unterricht der allgemeinen Schule angewendeten Lehr- und Arbeitsverfahren. Sie ist abhängig von der Organisationsform der Schule, von Art, Umfang und Höhe ihrer Leistungsanforderung und der bisherigen individuellen Förderung." Lernbehindert ist also, wer in der Schule nicht mitkommt. Die Gleichsetzung mit geistig-, sprach- oder körperbehinderten Kindern legt nahe, daß auch ‚Lernbehinderung' eine organische Ursache im Kind hat, die eine besondere Beschulung notwendig macht. Folgendes Interview mit einer Sonderschullehrerin (SL) soll aufzeigen, wie solche ‚Lernbehinderungen' in der Praxis diagnostiziert werden und welche ‚besonderen' Förderungsmaßnahmen die Schüler an der Sonderschule erwarten.

KVZ: Wie wird festgestellt, daß ein Kind „sonderschulbedürftig" ist?

SL: Die Grund- und Hauptschullehrer melden gewöhnlich diejenigen Schüler zur Überprüfung, von denen sie meinen, daß sie den Anforderungen der Schule nicht gewachsen sind. Diese Schüler werden dann mit entsprechenden Schulleistungs- und Intelligenztests überprüft. Ausschlaggebend ist, wieweit sie mit ihren Leistungen unter dem Durchschnitt liegen. Der Durchschnittswert ist auf die Menge aller Schüler bezogen. Der besondere Kenntnisstand und die besonderen Anforderungen der jeweiligen Schulklasse bleiben unberücksichtigt. Die Ursachen für ein Schulversagen werden ebenfalls nicht geklärt, es wird lediglich mangelnde Intelligenz bescheinigt, eventuell gepaart mit Schulangst, Motivationsschwäche etc.

KVZ: Heißt das, daß nicht konkrete Schwächen des Schülers, die einen besonderen Unterricht notwendig machen, wie z.B. nicht Lesen können, festgestellt werden? Wie sieht die besondere Beschulung in der Praxis aus?

SL: Man darf nicht davon ausgehen, daß an die Sonderschule nur Kinder kommen, die z.B. kaum Lesen und Schreiben können und deshalb am Unterricht in der Normalschule nicht teilnehmen könnten. Oft sind Erscheinungen wie zu langsames Arbeitstempo, mangelnde Konzentrationsfähigkeit, Schulangst, Überalterung, Teilausfälle z.B. in der Rechtschreibung ausschlaggebend dafür, daß ein Schüler an die Sonderschule überwiesen wird. – Hier werden die Schüler mit den verschiedensten Schwierigkeiten in altersgemäsen Klassenverbänden zusammengefaßt. Ein Schüler liest mit 8 Jahren bereits selbständig Bücher, ein anderer kann kaum Buchstaben aneinanderreihen. Ein Schüler, der aus der zweiten Grundschulklasse an die Sonderschule kommt, hat die Anfänge des Einmaleins bereits gelernt. In der Sonderschule wird das Einmaleins aber erst in der vierten oder fünften Klasse behandelt. Kenntnisse, die also bereits vorhanden sind, werden über einen langen Zeitraum verschüttet. Entsprechend ist es auch in allen anderen Bereichen so, daß der Lehrer den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen muß. Zwangsläufig ist das allgemeine Niveau an den Sonderschulen sehr niedrig. Die vorhandenen, breit gestreuten Fähigkeiten der Schüler können nicht berücksichtigt werden. Eine besondere Förderung ist auch nur in geringem Maß möglich, da die oben angeführten Tests die Ursachen und Schwächen gar nicht erfassen.

KVZ: Bestätigen deine praktischen Erfahrungen also, daß die Sonderschule nicht der individuellen Förderung schwacher Schüler dient, sondern die Absonderung eine schlechtere Ausbildung bewirkt? Was hältst du von der Forderung nach Abschaffung der Sonderschulen?

SL: Meiner Ansicht nach können auftretende Schwierigkeiten der Schüler richtig nur dort behoben werden, wo sie konkret auftreten, nämlich an der Normalschule. Hier müssen die Anforderungen überprüft, die Lernbedingungen geändert und wo nötig entsprechende Fördermaßnahmen eingerichtet werden. Die besondere Schulform ist von den Anforderungen her, die solche Fördermaßnahmen stellen, nicht notwendig. Im Gegenteil: sie bewirkt tatsächlich eine schlechtere Ausbildung. Es ist nur konsequent, sie abzuschaffen.

Dokumentation

Auszüge aus dem Lese- und Arbeitsbuch für Sonderschulen (Band 4) 1979
Die Bundesanstalt für Arbeit informiert:
Bundesanstalt für Arbeit
Einarbeitungsberufe
Für Lernbehinderte, die zum Zeitpunkt des Berufseintritts für eine Berufsausbildung nicht oder noch nicht in Frage kommen, bieten sich Möglichkeiten in den folgenden Tätigkeiten.
Als gut möglich werden angesehen:

Abfüller
Ableser für Licht, Gas, Wasser
Arbeiter (chemische Industrie)
Arbeiter (Kunststoffindustrie)
Arbeiter (Glasindustrie)
Arbeiter (Süßwarenindustrie)
Backstubenhelfer
Bauhilfsarbeiter
Billetverkäuferin
Bote
Büffethilfe
Bügler
Dachdeckerhelfer
Eisenanstreicher
Eisverkäufer
Entgräter
Fahrstuhlführer
Garderobiere
Garten- und Friedhofsarbeiter
Handweber
Hauswirtschaftliche Hilfskraft
Hollerithlocherin
Holzmaschinenwerker
Kartonagearbeiter
Putzer (Gießerei)
Raumpflegerin
Repassiererin
Schachtelkleberin
Schaltwart
Sortiererin
Spritzer
Kettlerin
Knopfmacher
Kraftfahrer (Beifahrer)



vop. Der Unterricht an den Sonderschulen für 'Lernbehinderte'', wie er von führenden Vertretern der Behindertenpädagogik bestimmt wird, befindet sich von vornherein in einer Zwickmühle: Einerseits muß zugestanden werden, daß der Begriff "Lernbehinderung" wissenschaftlich nicht begründet ist und für die Masse "lernbehinderter" Schüler somit eine Selektion in die Sonderschule L wie auch in die Sonderschule V (für "Verhaltensgestörte") pädagogisch nicht vertretbar ist, andererseits soll in der Sonderschule L nach "behinderungsspezifischer" Methode vorgegangen werden. Diese Unterrichtsmethode verbindet das Prinzip des "Vorgehens in kleinen Schrittchen" mit der Isolierung von Schwierigkeiten im Lernprozeß. Diese Schritte werden dann mit extremer Häufigkeit wiederholt. Der Methode entspricht die Zerstückelung und Reduzierung des Lerninhaltes, die Isolierung des Inhalts von seinen tatsächlichen Zusammenhängen.

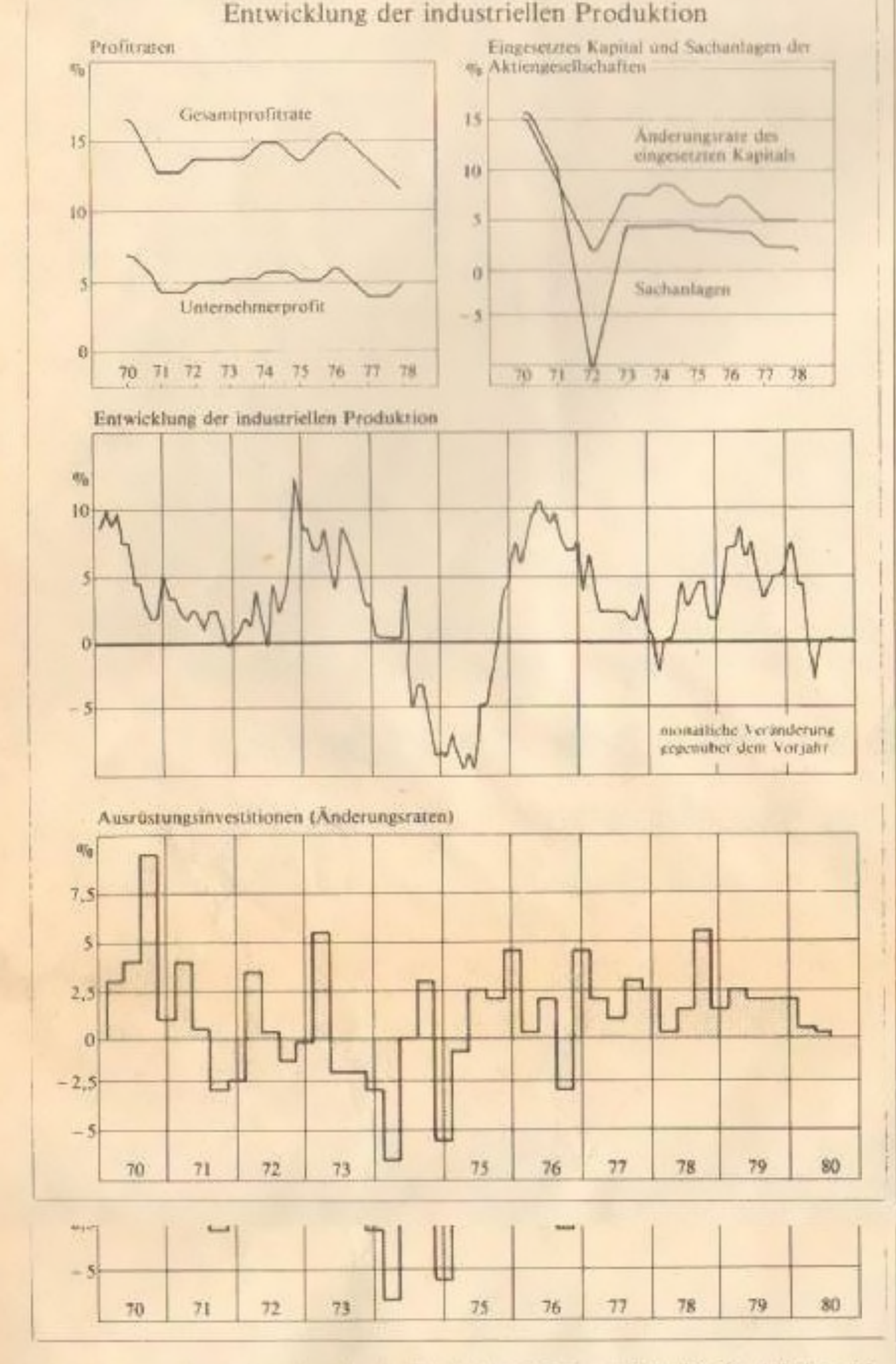
Die Sonderschüler sind über Jahre hinweg diesem behinderungsspezifischen Unterricht ausgesetzt, und es ist nicht verwunderlich, daß ihre Fähigkeiten gerade nicht entwickelt werden, daß eine Verstümmelung herauskommt, getreu den Richtlinien für die Schule für Lernbehinderte in Niedersachsen: „den Schulern an Schulen für Lernbehinderte sollen in erster Linie Kenntnisse, Einsichten, Fertigkeiten und Fähigkeiten vermittelt werden, die für ihn *lebensbedeutsam* sind, d. h. die er für sein zukünftiges Bestehen in Familie, Beruf und Gesellschaft benötigt." "Lebensbedeutsam" ist, was Hesse, IHK-Hannover-Hildesheim so bezeichnet: „Die werden nicht nur auf Leistung präpariert, sondern lernen, mit ihrem Pfunde zu wuchern, sind zuverlässiger, beständiger, disziplinierter, haben Spaß an dem, was sie tun."

Schüler der 8. Klasse einer Kreismittelpunktsonderschule haben gleich viel Unterrichtsfächer wie etwa Gymnasiasten; von Mathematik, Deutsch, Politischer Bildung, Geschichte, Erdkunde bis hin zu Physik. Fragt sich, was und wie wird gelernt? Dazu einige Beispiele. Der Erdkundeunterricht besteht ein halbes Jahr lang aus dem Lernen der Bundesländer und ihrer Hauptstädte. Die ständige Wiederholung schlägt natürlich in Monotonie um, und man kann sich vorstellen, daß die gleiche Übung für andere europäische Länder auf wenig Gegenliebe bei den Schülern stößt. Der Stoff wird auf ein Din-A-4-Blatt reduziert und isoliert, auf dem eim Staat abgehandelt wird. Wobei die Aufgabe darin besteht, den Lückentext auf der rechten Blattseite mit dem Text auf der linken Seite zu ergänzen, also abzuschreiben. Gleichermaßen ist der Geschichtsunterricht konzipiert; ein Arbeitsblatt reicht zum Verständnis des Dreißigjährigen Krieges, des Faschismus, des 1. und 2. Weltkrieges etc. In "Politischer Bildung" werden über Wochen hinweg die gesetzlichen Bestimmungen zum Finderlohn durchgenommen und penetrant wiederholt. Daß durch Isolierung von Lernschritten und Wiederholung von vorn nach hinten und von hinten nach vorn ein und desselben Inhaltes Lernen und Begreifen nicht gefördert wird, zeigt sich kraß im Rechenunterricht. Über geraume Zeit soll den Schülern das Große Einmaleins nahegebracht werden, indem sie im Rechteck angeordnete Punkte auszählen. Sicher ist die Addition Grundlage der Multiplikation. Die Beherrschung der Multiplikation im Dezimalsystem wird aber nicht dadurch erreicht, daß man 12 mal 13 = 156 Punkte abzählt, danach 17 mal 12 = 204 Punkte usw. und bei dieser Tätigkeit stehenbleibt. Einige Schüler können so immer noch nicht multiplizieren und wollen es auch gar nicht mehr.

Zur wirtschaftlichen Lage im Herbst 1980

frb. Mittlerweile ist unstrittig, daß, sieht man von beschönigenden Begriffen ab, die westdeutsche Wirtschaft in eine krisenhafte Entwicklung geraten ist. Unsicher ist, wie tief die Krise sein wird.

Der Bundesminister für Wirtschaft schreibt in seinem Monatsbericht September über die wirtschaftliche Lage in der BRD: ,,Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit dem Frühjahr erwartungsgemäß verlangsamt. Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank nahm das reale Bruttosozialprodukt, der umfassendste Ausdruck für die gesamtwirtschaftliche Produktion, im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal unter Ausschaltung von Saisoneinflüssen und Kalenderunregelmäßigkeiten um 1% ab. Allerdings dürfte dieser Rückgang den Konjunkturverlauf der letzten Monate in einem zu ungünstigen Licht erscheinen lassen, weil die Abschwächung zum Teil auch Reaktionen auf das von Sondereinflüssen stark begünstigte Ergebnis der ersten Monate des Jahres widerspiegelt.'' Diese ,,Sondereinflüsse'' allerdings lassen sich leicht ausschalten, wenn man die vorliegenden Daten mit den Daten für den jeweiligen Zeitraum des Vorjahres vergleicht. Das im ersten Vierteljahr 1980 ermittelte reale Bruttosozialprodukt lag um 5,8% über dem Wert für das erste Vierteljahr 1979, im zweiten Vierteljahr lag es noch um 1,5% über dem Vorjahreswert. (Real heißt, daß die Wirkung bloßer Preiserhöhungen auf die Wertsumme ausgeschlossen ist.) Noch im Bericht für Juni hatte das Wirtschaftsministerium für die ,,rege Wirtschaftsentwicklung zu Jahresbeginn'' folgende Gründe angeführt: ,,Der gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozeß wurde im ersten Vierteljahr 1980 vor allem von einer nach wie vor ausgeprägten Investitionsbereitschaft der Unternehmen, einer lebhaften Verbrauchsnachfrage und einem kräftig expandierenden Exportgeschäft getragen.'' Nun, da all diese Faktoren weggefallen sind, werden sie im Nachhinein zu ,,Sonderfaktoren'' erklärt. – Zunächst einige Daten im einzelnen.



Produktion

Nachdem die industrielle Produktion zu Jahresanfang nochmals stärker gestiegen war, hat der saisonbereinigte Index der Deutschen Bundesbank für die Produktion im Produzierenden Gewerbe (ohne Bauhauptgewerbe) seit Mai das Vorjahresniveau nicht wieder erreicht. Im zweiten Vierteljahr lag er um 2,3% unter der Meßzahl für das Produktionsvolumen im ersten Vierteljahr. Im Bauhauptgewerbe lag die Produktion im zweiten Vierteljahr 5,2% unter jener im ersten Vierteljahr.

Nach Industriehauptgruppen ergibt sich im Zweimonatsvergleich Juni/Juli gegenüber April/Mai folgendes Bild. Noch wenig gesunken ist die Produktion im Investitionsgütergewerbe. Begünstigt war dies durch einen leichten Anstieg im Maschinenbau (1,5%). Die stärkste Einschränkung verzeichnet die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit –3%. Besonders kräftig sank hierbei die Produktion in der Chemischen und in der Eisenschaffenden Industrie (–5 bzw. –6%). In beiden Zweigen sinkt die Produktion seit Monaten. In der Verbrauchsgüter herstellenden und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sank die Produktion im Zweimonatsvergleich um je –1,5%.

Arbeitsmarkt und Lohn

Wenngleich, wie die neuesten Zahlen angeben, die Zahl der registrierten Arbeitslosen im September gegenüber August etwas zurückgegangen ist, so blieb sie doch unter dem in den letzten Jahren im September üblichen Rückgang. 822565 Arbeitslose sind registriert, 85756 mehr als im September 1979. Seit März verschlechtert sich die saisonbereinigte Zahl. Der Arbeitslosigkeit eilt die Kurzarbeit voraus, Schwerpunkt Fahrzeugbau, Chemie, aber auch Maschinenbau. Nur 1974 und 1975 hat sich die Zahl der Kurzarbeiter von August auf September noch rascher erhöht als in diesem Jahr. Von 42672 stieg sie auf 137587. Der Septemberstand des Vorjahres ist damit um 100000 übertroffen.

Verschiedentlich wird behauptet, die wiederum steigende Arbeitslosigkeit habe demographische Gründe, also Gründe, die mit dem Altersaufbau der Bevölkerung zusammenhängen. Mehr Jugendliche als in den letzten Jahren hätten die Schule verlassen und suchten Arbeit. Das Argument wird erhärtet durch den Hinweis, daß sich die Zahl der Beschäftigten im zweiten Vierteljahr, als sich die Arbeitslosigkeit unter Berücksichtigung der Saisoneffekte bereits wieder erhöhte, ebenfalls noch erhöht hat.

Abhängig Beschäftigte in Tsd., Durchschnitte, saisonbereinigt n. Dt. Bundesbank

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
1979	21860	21950	22010	22090
1980	22180	22220		

Tatsächlich hat auch hier im zweiten Vierteljahr ein Umschwung stattgefunden. Die sinkende Produktion stoppte die Zunahme der Beschäftigung; die Produktion sank sogar noch rascher, als sich die Beschäftigung stoppen ließ. Während noch zuvor die Produktion weit rascher als die Beschäftigung gestiegen war, daher auch das von der amtlichen Statistik ermittelte Produktionsergebnis je Beschäftigten, sank im zweiten Vierteljahr das Produktionsergebnis pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe auf den Stand des zweiten Vierteljahres 1979. Entlassungen waren die sofortige Folge.

Deutlicher noch als an den Bestandszahlen zeigt sich die Entwicklung an den monatlichen Zugängen und Abgängen der registrierten Arbeitslosen. Die neu gemeldeten Arbeitslosen erhöhen den Bestand, Vermittlungen und andere Abgänge vermindern ihn. In den ersten neun Monaten 1980 haben sich 2,2 Mio. Lohnabhängige arbeitslos gemeldet. Das waren 3,1% mehr als 1979.

Die steigende Arbeitslosigkeit läßt die Kapitalistenpropaganda gegen den Lohnkampf 1981 bereits jetzt erschallen. Hans Mundorf schreibt im ,,Handelsblatt'' vom 22.9.: ,,Die Tarifparteien wären gut beraten, wenn sie sich schon jetzt mit der Tatsache vertraut machten, daß in den Lohnrunden 1981 nur der Mangel verteilt werden kann, falls nicht die Lohnpolitik zur Ursache einer echten Rezession werden soll. Vor allem die Gewerkschaften sollten ihre Basis rechtzeitig desillusionieren.'' Daher auch das krampfhafte Verleugnen der bereits beginnenden Krise, um hernach in den Tarifverhandlungen gegen die Lohnforderungen mit der angeblich durch Lohnerhöhungen ausgelösten Krise zu wedeln. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft schreibt: ,,Zwar passen die Lohnabschlüsse von 6,5 bis 7 v.H. zu der zu Jahresbeginn von Tarifpartnern, Bundesregierung und Bundesbank erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung. Inzwischen verläuft die konjunkturelle Abschwächung aber steiler als in den Lohnabschlüssen antizipiert (vorgesehen).'' Das Institut hat dann den Vorschlag lanciert, die Tarifparteien sollten zunächst einmal zwischen zwei und drei Prozent abschließen, aber mit dem Vorbehalt der nachträglichen Anpassung, wenn sich Preise und Produktion anders entwickeln als zunächst angenommen. Der Vorschlag ist von der Kapitalistenpresse mit Genuß breit getreten worden.

Für das laufende Jahr zeichnet sich ab, daß die realen Nettolöhne am Ende nommen. Der Vorschlag ist von der Kapitalistenpresse mit Genuß breit getreten worden.

Für das laufende Jahr zeichnet sich ab, daß die realen Nettolöhne am Ende des Jahres etwa auf dem Stand Jahresanfang stehen. Die Lohnsteuer hat bereits im ersten halben Jahr doppelt so schnell zugenommen wie die Bruttolohnsumme, und 1981 wird durch die Steuerreform die Progression noch schärfer.

Innerer Markt

Jede kapitalistische Wirtschaftskrise tritt zunächst als Absatzkrise auf den Plan. Wie 1973/74 stockte auch diesmal zuerst der Absatz in der Automobilindustrie, dies war noch im letzten Jahr. Seit März sinken die Umsätze im Produzierenden Gewerbe insgesamt. Seit März fällt der Umsatz des Einzelhandels, real – also der Masse nach – noch mehr als nominal – in jeweiligen Preisen. Am deutlichsten gefallen sind die Umsätze in den Zweigen Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf. Laut Bundesbank übertraf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im zweiten Vierteljahr den Vorjahreswert um 8%. Private Haushalte aber sind Besitzende und Besitzlose. So wendeten diese privaten Haushalte im zweiten Vierteljahr 12,5 Mrd. DM für den Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren auf, gut die Hälfte mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Weitere 10 Mrd. DM – etwa das Doppelte des Vorjahres – wurden in Termineinlagen und Sparbriefen angelegt. Während den Besitz der hohe Zins lockt, schränkt der Zins für die Besitzlosen den Konsumentenkredit ein. Nicht zuletzt wegen der unbezahlbar gewordenen Konsumentenkredite wurden im zweiten Vierteljahr 10% weniger Pkw neu zugelassen als im ersten Vierteljahr. Die monatlichen Kosten für ein eigenes Haus wurden durch die Zinsen binnen Jahresfrist um rund 40% in die Höhe getrieben und schränken den Bau von Ein- und Mehrfamilienhäusern ein, nachdem sich schon zuvor die Versicherungsgesellschaften (die Helmut Kohl und ähnliche ,,private Bauherrn'' nennen) aus dem Mietwohnungsbau zurückgezogen hatten.

Die Zuversicht eines Teil der bürgerlichen Ökonomen gründet sich darauf, daß die krisenhafte Entwicklung auf einen Einbruch des Konsums beschränkt bleibt. So Siegfried C. Cassier am 22.9. im Handelsblatt: ,,Denn anders als 1967 und 1974 ist die Konjunkturschwäche von 1980 im Kern eine Konsumverminderung, aber kein Investitionseinbruch.'' Der gute Mann sieht nicht, daß die ,,Konsumminderung'' lediglich der Beginn der Krise ist. Denn während der Kapitalismus einerseits die Tendenz hat, die Produktivkräfte grenzenlos zu entwickeln, so entwickelt er diese gleichzeitig durch Verarmung der Massen und untergräbt so die Bedingungen zur Realisierung des produzierten Werts. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich die Krise zunächst in einer Stockung der Nachfrage nach Gütern für den Konsum der Arbeiterbevölkerung zeigt.

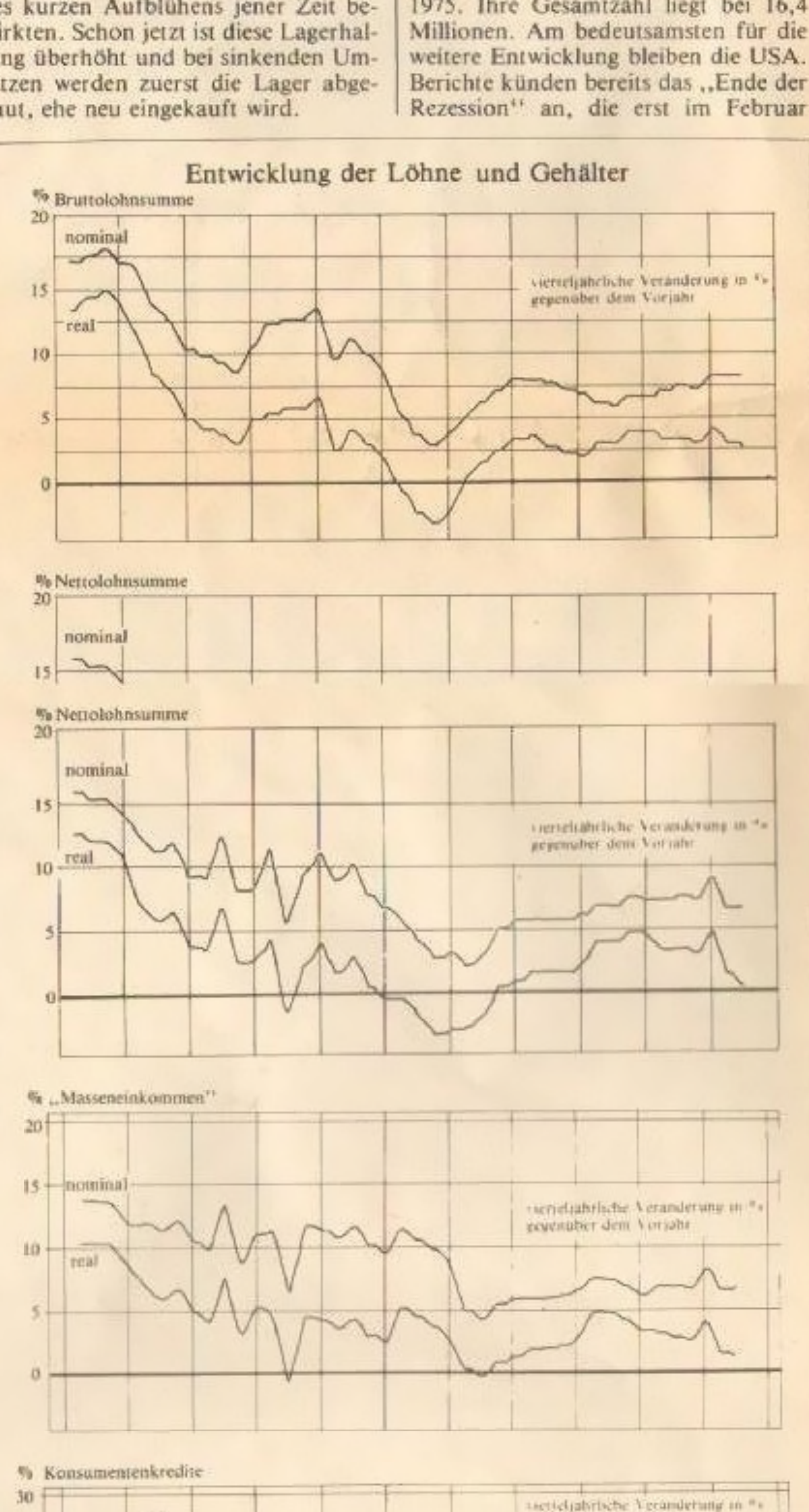
Nicht alle bürgerlichen Ökonomen machen so sehr in Optimismus wie jener Schreiber. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft sieht es so: ,,Obwohl die Investitionspläne der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland weiter von großer Zuversicht getragen werden, läßt sich nicht ausschließen, daß ein ähnlich tiefer Konjunktureinbruch wie 1974/75 eintritt.'' Vor allem auf zwei Punkte weist das Institut zur Erhärtung hin. Erstens der harte Restriktionskurs der Bundesbank (hoher Diskontsatz, der die Zinssätze nach oben treibt und die Kreditfinanzierung teuer macht) angesichts der Inflationsbeschleunigung Anfang des Jahres. Zweitens die hohe Lagerhaltung, die sich die Unternehmen zu Jahresanfang zugelegt hatten und die einen Gutteil des kurzen Aufblühens jener Zeit bewirkten. Schon jetzt ist diese Lagerhaltung überhöht und bei sinkenden Umsätzen werden zuerst die Lager abgebaut, ehe neu eingekauft wird.

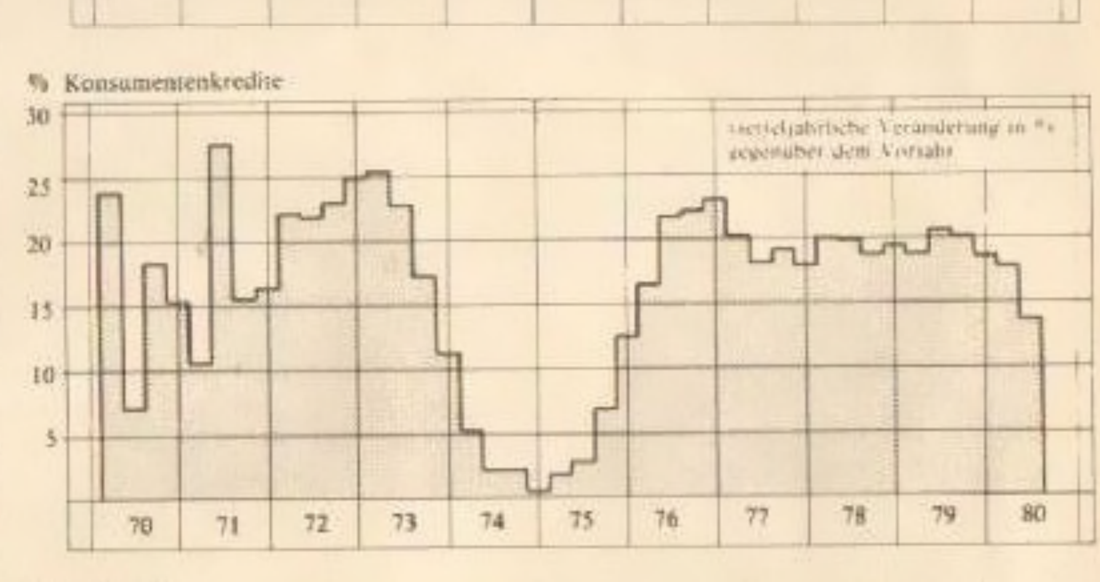
Äußerer Markt

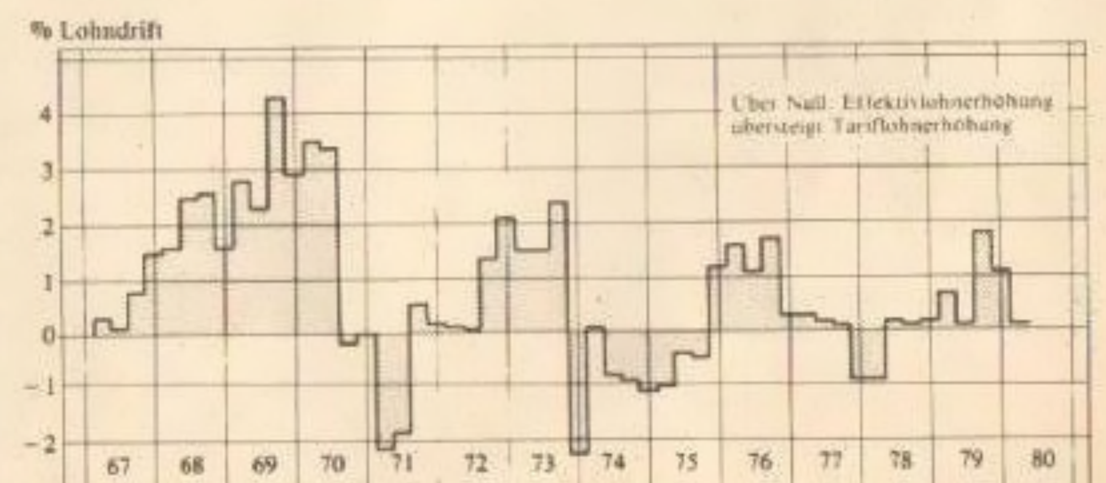
Ein Viertel des westdeutschen Industrieumsatzes wird im Ausland abgesetzt. Im August wurden Waren im Wert von 24,3 Mrd. DM importiert, Waren für 24,2 Mrd. exportiert. Damit hat die BRD erstmals seit November 1965 wieder mit einer passiven Handelsbilanz abgeschlossen. Zusammen mit Ausgaben für Dienstleistungen und Übertragungen ergab sich für die Leistungsbilanz ein Minus von 3,9 Mrd. DM. In den ersten acht Monaten war die Gesamtausfuhr um 13%, die Einfuhr um 20% über das Vorjahresniveau gestiegen. Zieht man allerdings die Aufblähung dieser Werte durch Verteuerung der Waren ab, so kommt man zu einer Steigerung der realen Einfuhren um 4%, der realen Ausfuhren um 6%.

Bei der Ausfuhr weisen vor allem die Lieferungen in die OPEC-Länder eine weitere Steigerung auf. Bei den Einfuhren sind es die USA. Unterschieden nach Industriehauptgruppen schneidet die Investitionsgüterindustrie noch am besten ab. Was denn die Bundesbank zu der Feststellung veranlaßt: ,,Gerade im Investitionsgüterbereich, der den Kern der deutschen Exportwirtschaft ausmacht, scheinen die deutschen Unternehmen der starken Auslandskonkurrenz auf den Weltmärkten voll gewachsen zu sein.''

Der nur noch zaghaft steigende Export rührt aus der weltweit sich entwickelnden Krise. Die Zahl der Arbeitslosen in den westlichen Industrieländern liegt heute schon um etwa 2 Millionen höher als im Krisenjahr 1975. Ihre Gesamtzahl liegt bei 16,4 Millionen. Am bedeutsamsten für die weitere Entwicklung bleiben die USA. Berichte künden bereits das ,,Ende der Rezession'' an, die erst im Februar



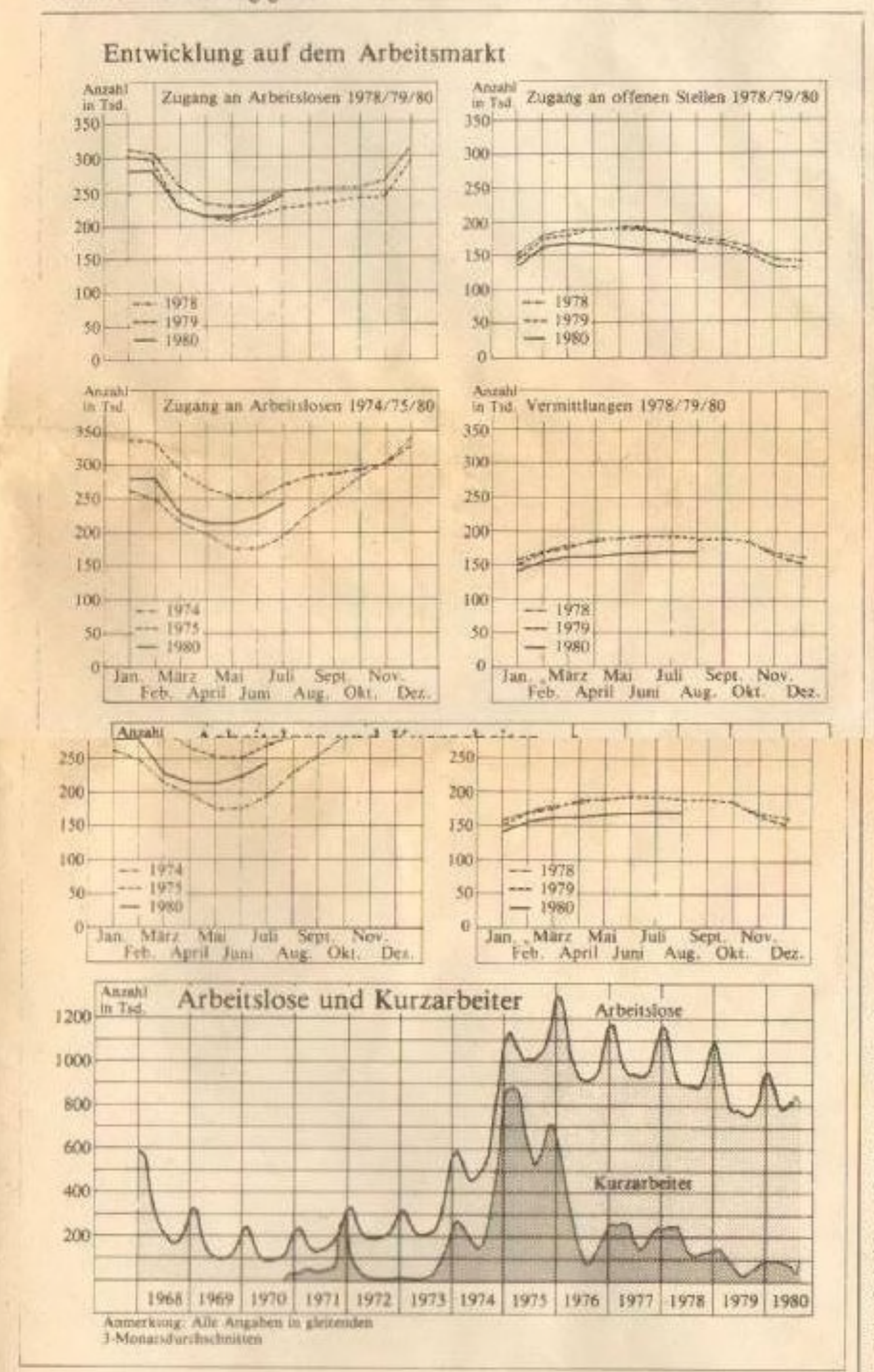




richtig begonnen hatte. Sie gründen sich dabei auf eine im Juli leicht gestiegene Produktion und eine Belebung im Wohnungsbau. Der Industrieindex allerdings liegt im August immer noch 7,6% unter dem Stand des Vorjahres. Die Zentralbank hat erst dieser Tage den Diskontsatz wieder erhöht, nachdem in den letzten Wochen die Zinsen bereits einmal gefallen waren. Es ging nämlich nach kurzer Zeit die Inflation bereits erneut in die Höhe. Auch wird sich die Arbeitslosigkeit weiter erhöhen. In Großbritannien stockt die Produktion bereits seit Mitte letzten Jahres. ,,Wer etwa noch gehofft hatte, es werde nicht zu einer wirklichen Rezession kommen, sieht sich nun eines Schlimmeren belehrt'', schreibt die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' über England, was vielleicht demnächst über Westdeutschland ebenfalls geschrieben werden muß. In den ersten fünf Monaten lag die Industrieproduktion um 3% unter der des Vorjahres. Italien steht ebenfalls vor einer Krise, für Niederlande, Belgien, Dänemark sagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die niedrigsten Veränderungsraten des Bruttosozialprodukts in der EG vorher. Insgesamt sagt diese Berechnung eine Steigerung des realen Sozialprodukts aller westlichen Industrieländer 1980 um 0,5% voraus.

Fast alle Bereiche sind bereits von der Krise erfaßt

Die vorliegenden Daten lassen erkennen, daß bereits fast alle Bereiche der westdeutschen Wirtschaft in eine krisenhafte Entwicklung geraten sind.



Schon das nochmalige kurze Aufblühen der Produktion zur Jahreswende war lediglich einer Aufstockung der Lager im Inland wie im Ausland zu verdanken. Im ganzen Jahr 1979 haben die westdeutschen Kapitalisten ihre Vorräte um 29,6 Mrd. DM aufgestockt (zum Vergleich: 1976 13,7 Mrd.; 1977 13,2 Mrd.; 1978 9,4 Mrd. DM). Im ersten Vierteljahr dieses Jahres steigen die Vorräte nochmals um 10,2 Mrd. DM, im zweiten Vierteljahr um 8,7 Mrd. DM. Trotz dieser Aufstockung sinkt seit April die Produktion im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Woher anders sollte dies rühren als aus einer bereits auf breiter Front sinkenden Produktion? Diese sinkende Produktion, die schon allein wegen des unumgänglichen Lagerabbaus weiter sinken wird, wird unweigerlich auf die Investitionen durchschlagen. Schon in den beiden ersten Vierteljahren 1980 hat sich der Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen abgeschwächt. (Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung unterscheidet Anlageinvestitionen und Vorratsveränderungen; die Anlageinvestitionen werden unterschieden nach Ausrüstungsinvestitionen und Bauinvestitionen). 1979 betrugen die Steigerungsraten der Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorjahreszeitraum pro Vierteljahr 3,0; 2,5; 2,5; 3,0 Prozent; 1980 betrugen die Steigerungsraten noch 1,5 und 1,0%.

Das Ifo-Institut hat soeben die Ergebnisse einer Umfrage vom Juli bei Firmen mit einem Anteil von 31% am Industrieumsatz und 77% der Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten vorgelegt. Über die Investitionstätigkeit heißt es dort: ,,Preisbereinigt bedeuten diese Pläne, daß die Investitionstätigkeit in der verarbeitenden Industrie auf dem Niveau des laufenden Jahres stagnieren wird, womit die jetzige Wachstumsphase der Investitionsaufwendungen ihr vorläufiges Ende finden würde.''

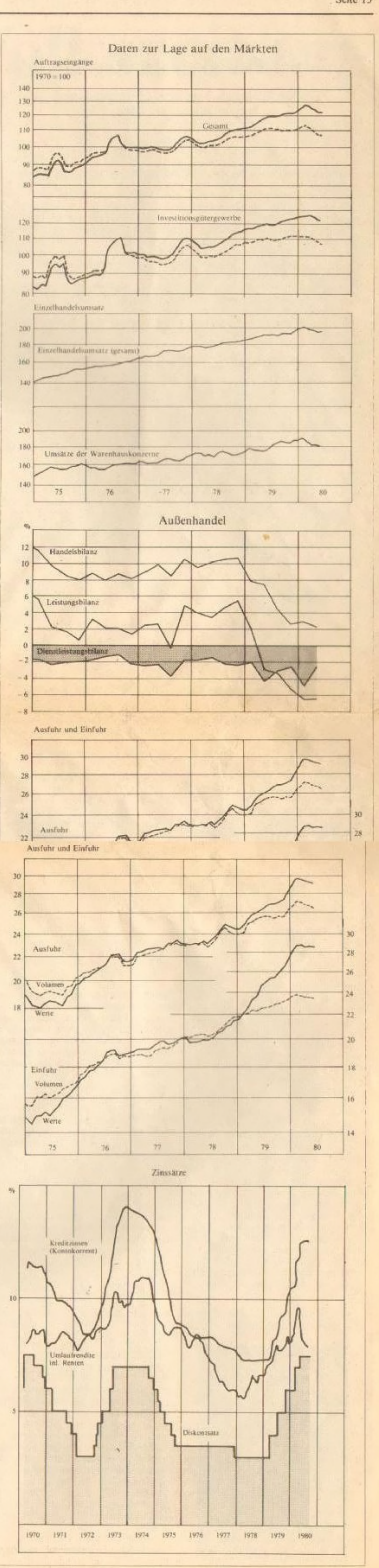
Laut Bundesbank allerdings können die Ausrüstungsinvestitionen gar nicht sinken. Denn: ,,Die Ausweitung der Investitionstätigkeit, die freilich vielfach von der Auftragsvergabe in weiter zurückliegenden Monaten bestimmt war, hängt vermutlich u.a. mit dem hohen Investitionsbedarf zur Einsparung von Energie sowie zur Ölsubstitution zusammen; ferner zwingt nach wie vor der härter gewordene Wettbewerb an den In- und Auslandsmärkten dazu, die Konkurrenzposition durch Investitionen zur weiteren Rationalisierung und zur Produktinnovation zu stärken.'' Nach dieser Argumentation allerdings hätten auch 1973/74 die Investitionen nicht sinken dürfen, denn zweifellos ist der Konkurrenzkampf dann besonders hart, wenn es für das einzelne Kapital ums Überleben geht. Im Gegensatz zur Meinung der Bundesbank ist es so, daß der verschärfte Konkurrenzkampf bereits das Ergebnis einer sinkenden Profitrate ist. Nicht die verschärfte Konkurrenz senkt den Profit, sondern die sinkende Profitrate verschärft den Konkurrenzkampf. Die Krise bricht offen aus, wenn das aus Akkumulation der Profite erweiterte Kapital nicht mehr Profit hervorbringt als das bereits zuvor fungierende Kapital. Das zusätzliche Kapital kann sich nur verwerten, wenn es sich durch Vernichtung von anderem Kapital Platz schafft. Dieser Kampf ist bereits im Gange. Dafür sprechen die Entlassungen auf breiter Front; denn jene Arbeiter werden entlassen, weil das Kapital, das sie in Bewegung setzten, ohne Beschäftigung ist. Dafür spricht auch die sinkende Industrieproduktion. Sinkt die Industrieproduktion, so sinkt die Wertproduktion; es sinkt die Masse des Mehrwerts, um dessen Verteilung der Kampf umso heftiger entbrennt. Die Zahl der Unternehmenskonkurse lag im zweiten Vierteljahr um 14,5% über der Zahl des Vorjahres.

Es gibt einige Gründe dafür, daß die jetzt ausbrechende Krise die ganze Wirtschaft in voller Pracht erschüttern wird. Erstens bricht sie aus, während die kapitalistische Wirtschaft mehr als eine Millionen Arbeitskräfte von der Produktion fernhält, während also das Kapital ohnehin schon weit davon entfernt war, die verfügbare Arbeitskraft in Anwendung zu bringen. Zweitens haben die Kapitalisten 1978 außerordentlich hohe Profite erzielt, die jetzt erst richtig als neuangelegtes Kapital in Aktion zu treten hätten. 1979 waren die Investitionen außerordentlich hoch. Die Bruttoinvestitionen der Unternehmen übertrafen jene von 1978 um 26%, die Nettoinvestitionen (Bruttoanlageninvestitionen minus Abschreibungen) jene von 1978 um 62%. Drittens. Diese hohen Investitionen konnten die Unternehmen zu 88% aus eigenen Mitteln finanzieren. Eine solch hohe Selbstfinanzierungsquote war damals Folge geringer Investitionen. Die Bundesbank hatte denn auch in ihrem Juli-Bericht gefolgert: ,,Von den Eigenfinanzierungsverhältnissen her sind zumindest zu Beginn des laufenden Jahres gute Voraussetzungen dafür gegeben, daß in der Wirtschaft weiterhin kräftig investiert werden kann.'' In Wahrheit allerdings hängt dies viel mehr von der Profitrate ab als von der Masse des verfügbaren flüssigen Geldkapitals. Wie die Entwicklung über die Jahre zeigt, ist eine hohe Selbstfinanzierungsquote gerade Ausdruck von Überproduktion von Kapital. Kündigt sie sich schon an, während sich die Produktion noch ausdehnt, so ist bloß hinterher die Vernichtung von überschüssigem Kapital umso heftiger. Viertens schließlich ist auch eine Neuauflage der kreditfinanzierten Ausgabenprogramme des Staatsapparates kaum möglich. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß der Haushaltsplan dieses Jahr nicht erfüllt werden kann und die Ausgaben die Einnahmen mehr als geplant übersteigen. Statt Abbau des Defizits wird sich das Defizit weiter ausdehnen. Für ein neues Staatsdefizit sind unter diesen Umständen kaum Mittel aufzutreiben.

Schließlich spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung auch auf den Geld- und Kapitalmärkten wider. Die Verhältnisse stellen sich hier besonders schroff dar, weil durch den Kredit der Reproduktionsprozeß des Kapitals bis zur äußersten Grenze forciert wird, damit aber letztlich nur die diesem Prozeß innewohnenden Widersprüche zu umso gewaltsamerem Ausbruch gebracht werden. Die hohe Selbstfinanzierung des letzten Jahres hat nicht verhindert, daß die Ausweitung des Kredits schneller zugenommen hat als die Jahre zuvor. Das ganze Jahr über haben die kurzfristigen Kredite rascher zugenommen als die langfristigen. Während die langfristige Neuverschuldung der Unternehmen derjenigen des Vorjahres entsprach, nahm die kurzfristige mit rund 30 Mrd. DM zu. Die langfristige Verschuldung finanziert die Investitionen, die Ausweitung der kurzfristigen Verschuldung entsprach einer Ausweitung des Warentauschs, der durch Handelskredite finanziert wird; weiter finanzierten diese Kredite die Lageraufstockung. Inflation, also Entwertung des Wertzeichens, das als

Vorjahres entsprach, nahm die kurzfristige mit rund 30 Mrd. DM zu. Die langfristige Verschuldung finanziert die Investitionen, die Ausweitung der kurzfristigen Verschuldung entsprach einer Ausweitung des Warentauschs, der durch Handelskredite finanziert wird; weiter finanzierten diese Kredite die Lageraufstockung. Inflation, also Entwertung des Wertzeichens, das als

allgemeiner Repräsentant des Werts zählt, war die Folge. Die Zentralbank setzte seit Frühjahr 1979 beständig den Diskontsatz hoch (von 3 auf 7,5%), um die Kreditschlinge anzuziehen, auf daß überschüssiger wirklicher Wert vernichtet wird zu Rettung des Werts des Wertzeichens. Erst um die Jahreswende mahm das Tempo, mit dem sich das Kreditvolumen ausweitete, ab. Vor allem verlangsamt sich das Tempo bei den langfristigen Krediten, also bei den Finanzierungsmitteln für Investitionen. (Allerdings nahmen die großen Konzerne auch Mittel im Ausland auf). Noch unverändert dehnten sich die kurzfristigen Kredite aus. Dienten sie zuvor der Vorfinanzierung, so dienten sie jetzt der Finanzierung fälliger Zahlungen, die aus dem Umsatz nicht beglichen werden könnten. Daher weiten sich die kurzfristigen Kredite noch aus, obwohl der Umsatz schon schrumpft. Das Kieler Wirtschaftsinstitut hatte als Grund für eine tiefe Krise die Restriktionspolitik der Bundesbank genannt. Auch dabei wird Ursache und Wirkung verwechselt. Denn diese Politik der Bundesbank war bloß eine notwendige Reaktion auf die ersten Vorzeichen der Krise. Ihre Schärfe ist Ausdruck der Schärfe der hereinbrechenden Krise. Schon die hohe ,,Sparquote'' der privaten Haushalte, die hohe Anlage am Kapitalmarkt ist, zeugte von überschüssigem Geldkapital, das in der Produktion keine Anlage mehr findet. Jetzt schreibt die Bundesbank: ,,Im übrigen scheinen in den letzten Monaten nach ersten Schätzungen auch Wirtschaftsunternehmen Rentenwerte erworben zu haben, offenbar zu Lasten ihrer Termineinlagen bei Kreditinstituten.'' Termineinlagen dienen der Finanzierung im laufenden Geschäft. Werden sie überschüssig, weil das Geschäft schrumpft, so suchen sie nach bisher höher verzinslicher Anlage am Kapitalmarkt. Dies ist nunmehr der Fall. Eine ganze Reihe von Daten also sprechen für eine krisenhafte Entwicklung größeren Ausmaßes.



„Von der Heiligkeit der Revolution“

Ernesto Cardenals Versuche, Christentum und Sozialismus zu verbinden

bew. „Für mich ist der Gott der Bibel auch der Gott des Marxismus-Leninismus. Weil es zwei Klassen des Atheismus gibt und auch zwei Klassen des Materialismus. Der Gott der Bibel ist der Gott, der mit den Menschen eins geworden ist. Es ist der Gott, den wir nur verstehen können durch den Menschen und durch die Liebe zum Menschen ... Und die Aussage, die die atheistischen Marxisten machen, scheint mir der des heiligen Johannes ähnlich zu sein: ‚Gott, den niemand gesehen hat.‘ Der wirkliche Atheismus, die wahrhaftige Verneinung Gottes, das sind für mich die Gesellschaften ESSO und STANDARD OIL; das ist der wirkliche Materialismus, der atheistische Materialismus in dem Sinne, wie wir die Verneinung Gottes verstehen müssen. Die DOW-Company, die ihr Geld mit Napalm-Bomben verdient, das ist Gottesverleugnung.“* So Ernesto Cardenal, Priester, Mitglied der Sandinistischen Befreiungsfront und Kulturminister im vom US-Imperialismus befreiten Nicaragua, der am nächsten Sonntag im Rahmen der Buchmesse den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels überreicht bekommt.

Seit sich die Arbeiterklasse mit dem wissenschaftlichen Sozialismus die ideologische Waffe geschaffen hat, mit der sie in der Lage ist, die gesellschaftliche Wirklichkeit materialistisch zu erfassen und auf dieser Grundlage die sozialistische Revolution durchzuführen, gibt es unzählige Versuche, mit allerlei Mystizismus, Gottsucherei, christlichem Sozialismus etc. die ideologischen Nebelbildungen der Religion über eine „Verschmelzung von Sozialismus und Christentum“ zu verewigen. In fast allen Fällen in der Geschichte dienten diese Versuche dazu, die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung abzuhalten, Gewaltfreiheit und Langmut zu predigen und letztendlich wie die Staatskirche auf ein besseres Jenseits zu verweisen.

Ernesto Cardenal ist Mitglied der Sandinistischen Befreiungsbewegung, die in einem langen bewaffneten Befreiungskampf den Diktator und die US-Marionette Somoza im Sommer vergangenen Jahres gestürzt hat. Ca-
US-Marionette Somoza im Sommer vergangenen Jahres gestürzt hat. Ca-
millo Torres, ebenfalls ein Priester, ist in den 60er Jahren als Revolutionär im bewaffneten Kampf in Kolumbien gefallen; die Arbeiterversammlungen in Brasilien finden meistens in den Kirchen statt, die Bischöfe von Bolivien haben entschieden den jüngsten Militärputsch verurteilt und unterstützen die nationale Einheitsfront der Gewerkschaften gegen die Militärdiktatur. In fast allen lateinamerikanischen Staaten stehen Teile der Kirche auf der Seite des Volkes in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Nicht Vertröstung auf himmlischen Lohn, sondern Anprangerung der elenden Lage der Bauern und Arbeiter und Unterstützung in ihrem Kampf wird als Evangelium von Teilen der Priester Lateinamerikas verkündet. Ernesto Cardenal ist einer jener Priester Lateinamerikas, die nicht nur verkünden, daß „der Sozialismus mehr als jedes andere System, das es bisher gibt, der Botschaft des Evangeliums entspricht“, sondern die auch einen aktiven Beitrag dazu leisten, das „Volk von der wirtschaftlichen Ausbeutung zu befreien“. Er ist nicht nur Priester, sondern einer der bekanntesten und meist gelesenen Dichter Lateinamerikas.

1925 in Nicaragua als Sohn einer reichen Patrizierfamilie geboren, studierte er Literaturwissenschaft und Philosophie in Mexiko und New York. 1954 beteiligte er sich an der April-Rebellion gegen Somoza, die scheiterte. Nach seiner Flucht trat er 1957 in ein Kloster in den USA ein, studierte danach Theologie in Cuernavaca (Mexiko) und Kolumbien. 1965 kehrte er als Priester nach Nicaragua zurück und gründete auf den Solentiname-Inseln eine christliche Kommune. In dieser Zeit reiste er verschiedene Male nach Kuba, Peru und Chile, wo ihm „klar wurde, daß der Marxismus die einzige Lösung für Lateinamerika ist“. 1977 ging er nach Costa Rica ins Exil und schloß sich der Sandinistischen Befreiungsbewegung an. „In Solentiname wußten wir, daß das Evangelium, das Wort Gottes, nicht nur gehört werden soll, sondern auch in die Tat umgesetzt werden muß ... Zu Anfang hätten wir eine Revolution mit gewaltlosen Methoden vorgezogen. Aber später wurde uns klar, daß in Nicaragua heute der gewaltlose Kampf nicht möglich ist. Tatsächlich zieht jeder wirkliche Revolutionär die Gewaltlosigkeit der Gewaltanwendung vor, aber er hat nicht immer die Freiheit zu wählen.“

Bekannt geworc .i ist Cardenal vor allem durch seine Gedichte. Darin klagt er die Brutalität des Somoza-Regimes an und zeigt auf, welchen Interessen die Folterknechte dienen:

„Wie der Hurensohn Roosevelt zu Sumner Welles sagte:
‚Somoza ist ein Hurensohn, aber er ist unser‘
Sklave der Ausländer
und Tyrann seines Volkes,
aufgezwungen von der Intervention
aufrechterhalten von der Nicht-Intervention
... Und die Prozesse mit einem froschgesichtigen Richter
oder vor Kriegsgerichten mit hundegesichtigen Guardias:
Über jene, die man zwang, Urin zu trinken und Scheiße zu fressen
(wenn ihr eine Verfassung habt, denkt daran!)
die mit dem Bajonett im Mund und mit der Nadel im Auge,
mit den elektrischen Kontakten und dem grellen Licht in den Augen.
mit den elektrischen Kontakten und dem grellen Licht in den Augen.
– ‚Er ist ein Hurensohn, Mr. Welles, aber er ist unser‘ ...“
(Im April)

Seine Gedichte handeln nicht nur von der Unterdrückung in der Gegenwart, sondern sie dienen dazu, über die Darstellung der Vergangenheit dem Volk seine eigene Geschichte zu vermitteln. Das Fragment „Die ungewisse Meerenge“ oder der Zyklus „Für die Indianer Amerikas“ zeichnen die Geschichte Lateinamerikas, die alten Kulturen der Inkas und Mayas und deren Zerstörung durch die weißen Eroberer wie den Widerstand des Volkes. Es sind Gedichte, die vorgetragen werden in einem Volk, das noch zu 70% aus Analphabeten besteht.

In den Gedichten wird aber auch der utopische und naive Charakter der Vorstellungen Cardenals über den Weg der Befreiung durch die Verschmelzung von Christentum und Sozialismus und die Begründung der Revolution aus der Notwendigkeit christlicher Nächstenliebe besonders deutlich:

„ ‚Der Versuch, im Sturmangriff den Himmel zu nehmen‘ sagte Lenin
kein geringerer als Lenin (die Pariser Kommune)
gemeinsam und persönlich, ohne Klassen und Staat.
Ein neuer Mensch wie neue Chromosomen.
Wie einfach: produzieren und verteilen was wir brauchen
auf diesem Himmelskörper ...
Eine herrliche Gattung, wie ich sie liebe
alle geschaffen im Liebesakt
alle geboren zur Liebe.
Und ich verstand, daß es schön ist für andere zu sterben.
Dies war meine Vision an einem Abend in San José de Costa Rica.
noch stöhnte die ganze Schöpfung in den kommerziellen Reklamen
vor Schmerz über die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen
Die ganze Schöpfung
forderte, forderte schreiend
die Revolution.“
(Verdichtung und Vision)

Die Revolution als Vollendung der Schöpfungsgeschichte, geboren aus dem Liebesakt, so wird sie verklärt und selbst zum Mythos. Eine über den Klassen stehende Sittlichkeit und Moral tritt an die Stelle des interessengebunden Handelns der Bauern und Arbeiter. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen soll aufgehoben und eine klassenlose Gesellschaft aufgebaut werden, aber solange sie aus der christlichen Ethik begründet wird, bleibt die Teilnahme an dem Kampf um die soziale Befreiung eine Glaubensfrage. Für die Arbeiterklasse und die Bauern und auch die sie unterstützenden Intellektuellen, hier wie in der Dritten Welt, ist die soziale Revolution aber keine Frage des Glaubens, sondern eine notwendige Bedingung, ihre Interessen durchsetzen zu können, das Interesse der Befreiung von aller Unterdrückung und Ausbeutung und der freien Entfaltung des Menschen.

Cardenal, wie andere Priester, Teile des niederen und auch des höheren Klerus unterstützten ernsthaft und aufrichtig den Kampf der Völker Lateinamerikas. Es ist ein Fortschritt, wenn an die Stelle des Vertröstens auf ein besseres Leben im Jenseits, das dazu dient, die niedergedrückten Volksmassen in ihrer Ohnmacht zu besäuseln und ihre Ansprüche auf ein menschenwürdiges Leben zu ersäufen, die aktive Unterstützung für den Kampf um ein besseres „Diesseits“ tritt. „Wir Sozialisten müssen diese Bewegungen unterstützen, indem wir die Forderungen der ehrlichen und aufrichtigen Geistlichen bis zu Ende führen, diese Leute, wenn sie von Freiheit sprechen, beim Wort nehmen.“ (Lenin)

Wie die Arbeiterklasse hier in ihrem Kampf für die soziale Revolution werden sich die Völker der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen den Imperialismus von allen religiösen Nebelgebilden befreien und mit der Umwälzung der Gesellschaft auch die Wurzeln der Religion beseitigen. „Theologie der Befreiung“, „Theologie der Revolution“, „Christlicher Sozialismus“, „Gottsuchertum“ und ähnliche Widerspiegelungen der sujektiven Schwächen der Arbeiterklasse verlieren damit ihre Basis und für ihre Vertreter wird sich die Alternative stellen, ganz mit den eigenen religiösen Vorstellungen zu brechen oder wieder Demut und Langmut zu predigen um die Volksmassen zu fesseln. „Gott ist (historisch wie im Leben) vor allem ein Komplex von Ideen, die von der dumpfen, sowohl durch die äußere Natur als auch durch die Klassenunterdrückung bewirkten Niedergedrücktheit des Menschen erzeugt wurden – von Ideen, die diesen Zustand der Niedergedrücktheit *festigen*, die den Klassenkampf *einschläfern*. Es gab in der Geschichte eine Zeit, da trotz dieses Ursprungs und dieser tatsächlichen Bedeutung der Gottesidee der Kampf der Demokratie und des Proletariats in Gestalt des Kampfes *einer religiösen* Idee gegen eine andere geführt wurde. Aber auch diese Zeit ist längst vorüber.“ (Lenin)

* Die Zitate Cardenals wurden entnommen den Büchern: Die Stunde Null, Meditation und Widerstand, wie der „Zeit“ (9.5.1980), SZ (10.5.1980), Börsenblatt (9.5.1980)





Ernesto Cardenal / 19. Juli 1979 Befreiung Managuas, die Denkmäler des ehemaligen Diktatorclans Somoza werden gestürzt.

Von der Heiligkeit der Revolution. Ein Gespräch mit Ernesto Cardenal, Juni 1972

(Auszüge, zit. n. Ernesto Cardenal: Die Stunde Null, Wuppertal 1980)

Eigentlich bin ich erst durch das kontemplative Leben zu einem politischen Menschen geworden. Die Meditation, das Sich-Vertiefen ins Mystische, hat mich politisch radikalisiert. In Wirklichkeit bin ich durch das Evangelium zur Revolution gekommen, also nicht durch Karl Marx, sondern durch Christus. Das Evangelium hat mich zum Marxisten gemacht ...

Diese (wirkliche) Volksvertretung kann es nicht geben, ehe das Volk nicht von der wirtschaftlichen Ausbeutung befreit ist. Zunächst darf es kein Volk von Analphabeten mehr sein, denn in jenen Ländern, in denen 60, 70 oder 80 Prozent der Bevölkerung Analphabeten sind, kann das Volk nicht Herr seines Schicksals sein. Nachdem das Volk Bildung erworben hat und nachdem es auch über die Produktionsmittel verfügt und die Ökonomie des Landes in Händen hat, kann es auch Anteil am politischen Leben haben ...

Die Zehn Gebote haben alle eine soziale Grundlage und schützen Eigentum und Recht des einzelnen, des Nächsten. Wenn die Ausgebeuteten die Veränderung der Strukturen fordern, begehren sie nicht das Eigentum der anderen, sondern das, was ihnen eigentlich gehört. Die Kapitalisten haben kein Recht, das zu besitzen, was sie haben. Sie haben sich der Güter der anderen bemächtigt: das ist Raub. Es geht ja nicht um ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände, sondern um Kapital, Produktionsmittel und Grundbesitz, um die Erde, die der Kapitalist nicht selbst bearbeitet. Von der Erde ist alles andere gekommen. Das erste, was es gab, war der Besitz der Erde – und sie wurde gestohlen. Ein Feudalherr hat sein Land ja nicht selbst produziert, sondern hat es jenen weggenommen, die auf ihm wohnten. Dieser Reichtum war es, der sich später in industriellen Reichtum verwandelte, zu Beginn des Industriezeitalters. Landbesitz wurde zu Fabriken. Alles geht auf die Erde zurück.“

... Für mich ist die Religion als Religion bereits überholt; die religiösen Riten gehören den primitiven Gesellschaftsformen an. Das Christentum ist keine Religion, sondern die Praxis der Liebe, die Verwirklichung der Brüderlichkeit unter den Menschen. Das ist die wahre Religion des Christen. Riten, Liturgie und religiöse Formeln können, soweit sie dieser Brüderlichkeit irgendwie dienen, gut sein. Ist das aber nicht der Fall, so sind sie überflüssig und interessieren nicht mehr. In Lateinamerika könnte die Religion noch nützlich sein; die Volksfrömmigkeit, die Prozessionen, die Marien- und Heiligenverehrungen könnten der Befreiung dienen. Aber es wird der Augenblick kommen, in dem das Volk diese religiöse Phase seiner Entwicklung überwunden hat.“

„Ich glaube, daß den Ländern der Dritten Welt nur geholfen werden kann, indem man die Strukturen der Ausbeutung zerschlägt, die kapitalistischen Strukturen. Der einzige Weg, aus der Unterentwicklung herauszukommen, ist der Sozialismus. Alle anderen Hilfsmaßnahmen sind nur Flickwerk, kleine Pflaster, die aber dem Übel nicht an die Wurzeln gehen ... Denn es sind allein die Besitzverhältnisse in diesem Land, die bewirken, daß es Obdachlose gibt. Der Kapitalismus produziert am laufenden Band Arme. Anstatt den Armen zu helfen, sollte man vermeiden, daß Arme produziert werden.“